UNIWERSYTET JAGIELLOŃSKI
ZAKŁAD PRAWA MIĘDZYNARODOWEGO
PUBLICZNEGO

VERÖFFENTLICHUNGEN
DER CARNEGIE-STIFTUNG FÜR
INTERNATIONALEN FRIEDEN

ABTEILUNG FÜR VOLKSWIRTSCHAFT
UND GESCHICHTE

BIBLIOTEKA SZKOŁY
NAUK POLITYCZNYCH
W KRAKOWIE

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALGESCHICHTE DES WELTKRIEGES

DEUTSCHE SERIE

GENERALHERAUSGEBER

PROFESSOR DR. JAMES T. SHOTWELL

DEUTSCHER HERAUSGEBERAUSSCHUSS

Dr. Carl Melchior, Vorsitzender
Geh. Rat Dr. Hermann Bücher
Geh. Rat Prof. Dr. Carl Duisberg
Geh. Rat Prof. Dr. A. Mendelssohn Bartholdy
Geh. Rat Prof. Dr. Max Sering

Der Plan des Gesamtwerkes ist am Schluß dieses Bandes mitgeteilt

1927

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART BERLIN UND LEIPZIG
YALE UNIVERSITY PRESS, NEW HAVEN

BIBLIOTEKA SZKOŁY
NAUK POLITYCZNYCH
W KRAKOWIE

DIE DEUTSCHE STAATSFINANZ-WIRTSCHAFT IM KRIEGE

VON

DR. WALTHER LOTZ
PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT MÜNCHEN

Wydz. Bibl. Prawnicza
1806140514

1927

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART BERLIN UND LEIPZIG
YALE UNIVERSITY PRESS, NEW HAVEN

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart
Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg
Printed in Germany

INHALT

Vorwort des Generalherausgebers für das Gesamtwerk VII
Vorwort des Verfassers: Hauptergebnisse bezüglich der Kriegsfinanzierung 1
Erster Teil: Finanzlage bei Kriegsausbruch 3
Finanzlage 1914, S. 3; Finanzverfassung 1914, S. 4; Reichshaushalt 1913, S. 7; Geldverfassung 1914, S. 13.
Zweiter Teil: Die finanzielle Mobilmachung 15
Deutschlands Volkswirtschaft 1913; Handelsbilanz S. 15; Einfuhrbedarf S. 16; Kreditmaßnahmen 1914, S. 18; Darlehnskassen S. 20; Inflationsbeginn S. 23.
Dritter Teil: Die Finanzierung des Kriegs 27
1. Allgemeines 27
Steuern oder Schulden S. 30.
2. Die Inanspruchnahme des öffentlichen Kredits 1914—1918 32
Kriegsanleihepolitik S. 32; Sparprämienanleihe S. 40; Kursstützung S. 40.
3. Finanzlage und Steuermaßnahmen in den einzelnen Kriegsjahren 42
Erstes Kriegsjahr 1914 42
Finanzpolitik 1914, S. 42; Unterstützungsmaßnahmen S. 47; Stundung von Zöllen und Steuern; Einfuhrerleichterungen; Einschränkungen der Erzeugung von Bier und Branntwein; Vermehrung der Reichskassenscheine S. 48.
Zweites Kriegsjahr 1915 50
Finanzpolitik 1915, S. 50; Vorbereitung der Kriegsgewinnsteuern S. 55.
Drittes Kriegsjahr 1916 56
Finanzpolitik 1916, S. 56; Helfferichs Kriegssteuern 1916, S. 59.
Viertes Kriegsjahr 1917 62
Finanzpolitik 1917, S. 62; Graf v. Roederns Kriegssteuern 1917, S. 67.
Fünftes Kriegsjahr 1918 69
Finanzpolitik 1918, S. 69; Graf v. Roederns Kriegssteuern 1918, S. 75; Sicherungsmaßregeln gegen Steuerflucht und gegen Kapitalabwanderung; Überwachung des Post- und Telegraphenverkehrs; Reichsfinanzhof S. 81.
Vierter Teil: Rückblick und Zusammenfassung 83
1. Geldmarkt, Kreditmarkt und Devisenkurse 83
Suspension der Bareinlösung der Noten 1914; Goldansammlung bei der Reichsbank; Verbot des Aufgelds für Reichsgoldmünzen; Außerkraftsetzung der Goldklausel; Verbot der Veröffentlichung von Devisenkursen; Sinken des Werts der Papiermark in der internationalen Bewertung S. 83; Kleine Mittel und Bekämpfung von Symptomen angesichts der beginnenden Inflation S. 86; Förderung des bargeldlosen Verkehrs

S. 91; Politik stabilen Diskonts S. 91; Zunehmende Inflation S. 92; Zurückbleiben der innerdeutschen Preise gegenüber der Markentwertung S. 97.
2. Die Reichsfinanzen und der Krieg 97
Kriegsausgaben S. 98; Anteil der Steuern und Schulden an den Gesamtausgaben nach der Methode des Bruttoetats und des Nettoetats S. 100; Schuldenstand am Kriegsschluß S. 108; Zusammenfassung S. 109.
Beilagen 111
Anhang I: Material über den Schuldenstand bei Kriegsausbruch 113
Anhang II: Material über deutsche Kriegsschulden und Nachkriegsschulden in ausländischer Währung 115
Anhang III: Materialien betreffend die Entwicklung der Reichsschuld 1914 bis 1918 120
1. Ergebnis der neun deutschen Kriegsanleihen 120
2. Schwebende Schuld des Deutschen Reichs aus diskontierten Schatzanweisungen, verglichen mit dem Erlös der Kriegsanleihen 121
3. Die Veränderungen im Stand der Reichsschuld nach den Berichten der Reichsschuldenkommission 125
Schlagwortregister 127
Anhang: Plan der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges 129

BIBLIOTEKA SZKOŁY
NAUK POLITYCZNYCH
W KRAKOWIE

VORWORT DES GENERALHERAUSGEBERS FÜR DAS GESAMTWERK

Als im Herbst 1914 die Aufgabe wissenschaftlicher Erforschung der Wirkungen eines Kriegs auf das heutige Leben mit einem Male vom metaphysischen Theoretiker auf den Geschichtschreiber überging, beschloß die Abteilung für Wirtschaft und Geschichte der Carnegie-Stiftung für den Weltfrieden, den Plan ihrer Untersuchungen den teils neuen, teils veränderten Problemen anzupassen, die der Krieg stellte. Der frühere Plan, das Ergebnis einer Konferenz von Volkswirtschaftlern in Bern im Jahre 1911, beruhte auf dem damals verfügbaren Tatsachenmaterial; eben hatte sich an den ersten Beiträgen zu zeigen begonnen, welche Vorzüge er hatte; indessen konnte man jetzt aus mancherlei Gründen nicht mehr daran denken, ihn bis zum Ende durchzuführen. So wurde auf Verlangen des Leiters der Abteilung ein neuer Plan entworfen; man wollte versuchen, vermittelst einer geschichtlichen Übersicht zu bestimmen, welche Kosten der Krieg für die Wirtschaft und welche Verschiebungen er für die kulturelle Entwicklung mit sich gebracht hat. Solch eine Geschichte könnte, das fühlte man, wenn wissenschaftlich geschulte Männer von richterlichem Gleichmaß des Geistes sie schrieben, zuletzt im wissenschaftlichen Dienst der Wahrheit die Mittel zur Bildung einer gesunden öffentlichen Meinung liefern und auf diese Weise grundlegend beitragen zur Erreichung der Ziele einer der Sache des Weltfriedens gewidmeten Institution.

Das Bedürfnis nach einer solchen im Geist historischer Forschung geplanten und ausgeführten Analyse zeigte sich immer deutlicher, je weiter der Krieg fortschritt, da nun die vielgestaltigen Kräfte des nationalen Lebens nicht nur für den ungeheuren Zerstörungsprozeß entfesselt, sondern auch unter dem Antrieb des Kriegs zu neuen produktiven Leistungen freigemacht wurden. Diese neue wirtschaftliche Aktivität, die im ruhigen Friedens-

zustand einen Gewinn für die Gesellschaft hätte bedeuten können, und die überraschend sich darstellende Fähigkeit der kriegführenden Nationen zum Ertragen lang fortgesetzter, sich steigernder Verluste — oft unter dem äußeren Anschein eines neuen Wohlstandes — nötigten zu einer Überprüfung der gesamten Kriegswirtschaftslehre. Der Abteilung für Wirtschaft und Geschichte war damit eine doppelte Verpflichtung auferlegt. Sie mußte ihre Arbeit auf dieses sich darbietende Problem konzentrieren, und sie mußte es in seiner Gesamtheit erfassen, mit anderen Worten, die Maßstäbe und Methoden der Geschichtschreibung auf es anwenden. Wie der Krieg selbst, ein Einzelereignis, dennoch auf Wegen, zwischen denen keine Verbindung zu bestehen schien, bis in die entferntesten Teile der Welt wirkte, so muß die Kriegsforschung nach einem Plan vorgehen, der zu gleicher Zeit allumfassend ist und sich doch in die praktischen Beschränkungen des zugänglichen Materials fügt.

Solange der Krieg dauerte, war es indessen unmöglich, diesen Plan einer wissenschaftlichen und unvoreingenommenen Erforschung der Kriegswirtschaft in großem Maßstab und mit sicherer Hand durchzuführen. Man konnte wohl Gelegenheitsarbeiten und Einzelstudien unternehmen, und das geschah auch unter der Leitung der Abteilung; eine allgemeine Geschichte in Angriff zu nehmen, war aus naheliegenden Gründen unmöglich. Der erste dieser Gründe war, daß eine autoritative Darstellung der Wirtschaftskräfte, über welche die Kriegführenden verfügten, unmittelbar auf die Kriegführung im Feld hätte einwirken müssen; deshalb wurden die Daten über das wirtschaftliche Leben der kriegführenden Länder, die zu Friedenszeiten der Forschung leicht zugänglich gewesen wären, ihr soweit wie möglich entzogen. Zu dieser Schwierigkeit im Beschaffen der Dokumente kam noch, daß die Mitarbeiter, die für sie sachverständig waren, in den kriegführenden Ländern zum großen Teil in den Dienst der Landesverteidigung gestellt waren und so für die Aufgabe nicht in Betracht kamen. Die Ausführung des Planes einer Kriegsgeschichte wurde deshalb auf eine Zeit verschoben, in der nicht nur der Zugang zu den wesentlichen Urkunden, sondern auch die Mitwirkung von Nationalökonomen, Historikern und Männern der Praxis in allen hauptbeteiligten Ländern möglich sein würde; denn es kam darauf an, sie zu einem gemeinsamen Werk zu ver-

einigen, das in seinem Gehalt wie in seinem Ziel über jedes Mißverständnis erhaben wäre.

Bei Kriegsende nahm die Stiftung den ursprünglichen Plan wieder auf, und man fand, daß er mit nur geringer Änderung auf die jetzige Lage anwendbar sei. Die Arbeit begann im Sommer und Herbst 1919. Zunächst trat eine Schlußkonferenz des Wirtschaftsbeirats der Abteilung für Wirtschaft und Geschichte in Paris zusammen; sie beschränkte sich auf den Entwurf einer Reihe von kurzen vorläufigen Einzelstudien. Da aber die rein vorläufige Art solcher Studien noch deutlicher dadurch wurde, daß sie sich ganz besonders auf die damals für Europa dringlichen Probleme richteten, so hielt man es für das beste, sie nicht als einen Bestandteil des großen Werks zu behandeln, sondern ihnen nur das beschränkte Verdienst von Beiträgen zur Liquidierung des Kriegs zuzuerkennen. Es leuchtete ein, daß es nicht nur unmöglich war, auf dieser Konferenz a priori ein allgemeines Programm für die Gesamtgeschichte aufzustellen, sondern daß man vielmehr eine neue und mehr spezialisierte Forschungsorganisation brauchte, um die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Kriegs in Angriff nehmen zu können, eine Organisation, die fürs erste mehr national eingerichtet sein und noch nicht auf internationaler Zusammenarbeit beruhen sollte. Ehe die Tatsachen der Kriegsgeschichte in den einzelnen Ländern festgestellt waren, würde man nicht zur vergleichenden Nachprüfung schreiten können, und die Geschichte jedes einzelnen Landes war in sich schon von fast schwindelerregender Vielfältigkeit und Verschlungenheit. Infolgedessen löste sich der bisherige Untersuchungsausschuß für Europa auf, und man beschloß, an seiner Stelle in den großen Ländern Herausgeberausschüsse einzusetzen und in den kleineren Staaten einzelne Herausgeber zu ernennen; sie sollten sich jeder, wenigstens fürs erste, in seiner Arbeit auf die Wirtschafts- und Sozialgeschichte seiner Heimat im Krieg konzentrieren.

Die Bildung dieser Ausschüsse durch den Generalherausgeber war der erste Schritt, der überall zum Beginn der Arbeit zu tun war. Und wenn der Plan der Stiftung noch irgendeiner Rechtfertigung bedurfte, so bietet sie sich in den Namen der in Wissenschaft und Politik bewährten Männer dar, die die Verantwortung der Herausgeberschaft auf sich genommen haben. Diese Verant-

wortung ist keineswegs eine leichte, schließt sie doch die Aufgabe in sich, den allgemeinen Plan den wechselnden Bedürfnissen nationaler Besonderheiten anzupassen. Der Erfolg wird der hingebenden und ernstgemeinten Arbeitsgemeinschaft der Männer zu danken sein, denen die Schriftenreihe ihres Landes anvertraut ist.

Über den nächsten Schritt, der nach Einrichtung der Organisation zu tun war, konnte kein Zweifel bestehen: ohne Urkunden keine Geschichtschreibung.Alle für die Zentralverwaltungen wie für engere Gebiete wesentlichen Kriegsakten sind daher zu erhalten und der Forschung zugänglich zu machen, soweit es sich mit dem Staatswohle vereinbaren läßt. Aber diese gewaltige archivalische Aufgabe liegt von Rechts wegen den Regierungen und anderen Besitzern der Dokumente ob und nicht dem Geschichtschreiber oder dem Wirtschaftsforscher, der sie zu benützen wünscht. Eigentum verpflichtet: all diese Dokumente sind anvertrautes öffentliches Gut. In diesem Abschnitt unserer Kriegsgeschichte konnten also die Mitarbeiter nur über den Zustand, wie sie ihn auf ihrem besonderen Forschungsgebiet gefunden hatten, in der Form von Führern oder Nachschlagewerken berichten und möglicherweise dadurch, daß sie zu einem Vergleich der hier und dort angewandten Methoden anregten, dazu helfen, daß überall die praktischste Art der archivalischen Ordnung zur Annahme gelangte. Dies also war in jedem Land der Ausgangspunkt der wirklichen Arbeit an der Kriegsgeschichte; freilich sind nicht überall Monographien darüber verfaßt worden.

Dieses erste archivtechnische Stadium der Arbeit schien eine Zeitlang alle Möglichkeiten zu erschöpfen. Und wenn der Plan der Kriegsgeschichte seine Untersuchungen auf das Zeugnis amtlicher Dokumente beschränkt hätte, so hätte es dabei bleiben müssen, denn sobald ein amtliches Schriftstück einmal als »geheim« bezeichnet ist, findet man selten einen Beamten, der genug Mut oder Entschlußkraft hat, das Siegel zu brechen. So waren große Mengen des dem Historiker notwendigen Quellenmaterials seinem Zugriff tatsächlich entzogen, obgleich vieles davon von jedem Gesichtspunkt aus durchaus harmlos war. Man konnte erwarten, daß die Kriegsverhältnisse, die solcher Art fortwirkend die wissenschaftliche Forschung hinderten, dies noch auf Jahre

hinaus tun würden; deshalb mußte ein anderer Weg gefunden werden.

Glücklicherweise stand ein solcher Weg offen: die auf reichlichen Urkundenbeweis gestützte Geschichtserzählung derer, die an der Staatsleitung während des Kriegs teilgenommen oder als Beobachter in günstiger Stellung die Möglichkeit gehabt hatten, aus eigener Kenntnis oder nach dem Bericht von Augenzeugen die Wirtschaftsgeschichte des Kriegs in ihren verschiedenen Stadien und die Wirkung des Kriegs auf das Gesellschaftsleben aufzuzeichnen. So kamen wir zu dem Plan einer Reihe von Monographien, die zum großen Teil aus nichtamtlichen und doch maßgeblichen Darstellungen, sei es rein beschreibender, sei es kritisch-historischer Art, bestehen und am ehesten als ein Mittelding zwischen Memoiren und Farbbüchern bezeichnet werden können. Diese Monographien bilden den Hauptteil der Arbeit, soweit sie bisher in Angriff genommen ist. Sie sind nicht beschränkt auf Darstellungen aus der Kriegszeit selbst; denn die Wirtschaftsgeschichte muß sich mit einem längeren Zeitraum als dem des eigentlichen Kriegs befassen. Sie muß die Jahre des Abbaus der Kriegswirkungen mit umfassen, zum mindesten so weit, daß die Verschiebung der wirtschaftlichen Kräfte gerechter beurteilt werden kann, als dies unter den Anschauungen der Kriegszeit möglich war.

In diesem Stadium der Arbeit gewann das Problem der Herausgeberschaft ein ganz neues Gesicht. Der Plan für die Schriftenreihe war in erster Linie durch die verfügbaren Mitarbeiter bestimmt, nicht so sehr, wie bei den meisten anderen Geschichtswerken, durch das Quellenmaterial; es waren ja die Mitarbeiter selbst, denen die Quellen offenstanden. Dies wiederum brachte eine neue Haltung zu den beiden Idealforderungen mit sich, die der Historiker einzuschärfen liebt: Geschlossenheit und Sachlichkeit. Wollte man den Beitrag jedes Mitarbeiters in seinen Vorzügen zur Geltung kommen lassen, so war es unmöglich, sich an enge logische Grenzen zu binden. Dieselben Tatsachen mußten in verschiedenem Zusammenhang wiederholt und von verschiedenen Seiten betrachtet werden; man mußte Fragen behandeln, die nicht im engsten Bereich der Geschichtschreibung liegen, und man konnte nicht überall auf unbedingte Unbefangenheit rechnen. Im Drang einer Kontroverse oder im Wunsch einer

Apologie würden wohl hier und da parteiische Ansichten zum Ausdruck kommen. Aber diese Ansichten sind manchmal ein innerer Bestandteil der Geschichte selbst. Das gleichzeitige Urteil über eine Tatsache kann ebenso bedeutsam sein wie die Tatsache selbst. Zudem ist das Geschichtswerk als Ganzes so geplant, daß es sich selbst korrigiert; und wo es das nicht tut, werden andere es tun.

Neben dieser monographischen Behandlung des Quellenmaterials ist eine Anzahl von Studien vorbereitet, in denen sich Spezialforscher mit technischen oder eng umrissenen historischen und statistischen Fragen beschäftigen. Auch diese Monographien sind bis zu einem gewissen Grad als Quellenstudien anzusehen, da sie die geschichtlichen Daten aus solcher Nähe ihres Ursprungs ansehen, daß die Prüfung ihrer Richtigkeit in einer für spätere Zeiten nicht mehr möglichen Weise gewährleistet ist. Aber sie gehören zugleich zu jener konstruktiven geistigen Arbeit, durch welche die Geschichtschreibung von der Analyse zur Synthese fortschreitet. Dieser Fortschritt ist freilich langsam und schwierig, und wir stehen noch in seinem Beginn. Die Anfänge einer Geschichte wie der unserigen sind, um ein treffendes Bild zu gebrauchen, erst das »Wollezupfen«. Später können dann die Fäden der Ereignisse zum Bild der Geschichte verwoben werden; und für diese schöpferische Arbeit werden vielleicht andere Pläne und Organisationen nötig sein.

Bei einem Werk so komplizierter und verschiedenartiger Zusammenarbeit ist es unmöglich, anders als in ganz allgemeinen Zügen die Verantwortlichkeit für den Inhalt der einzelnen Schriften zwischen Herausgebern und Verfassern zu verteilen. Für den Gesamtplan der Geschichte und seine Verwirklichung ist der Generalherausgeber verantwortlich; aber die Anordnung der einzelnen Schriftenreihen ist weithin das Werk der verschiedenen Herausgeberausschüsse und der Einzelherausgeber, die auch die unter ihrer Leitung verfaßten Schriften gelesen haben. Die Aufnahme einer Monographie verpflichtet indessen die Herausgeber nicht auf die Ansichten oder Schlußfolgerungen der Verfasser. Sie müssen, wie jeder Herausgeber, bürgen für die Wissenschaftlichkeit, die Eignung und die Brauchbarkeit jedes aufgenommenen Beitrags. Die Verfasser aber müssen natürlich die Freiheit haben, das Ihre auf ihre eigene Weise zu geben. Ebenso legt die

Veröffentlichung einer Monographie die Carnegie-Stiftung nicht auf die besonderen Schlüsse fest, die der Verfasser darin gezogen hat. Die Stiftung fühlt sich der Geschichte selbst verantwortlich — sie hält es für ihre Pflicht, den Varianten der Erzählung und Auffassung, soweit sie uns den Krieg als Ganzes verstehen lassen, nicht aus dem Weg zu gehen, sondern sie festzuhalten und zu bewahren.

J. T. Shotwell.

BIBLIOTEKA SZKOŁY
NAUK POLITYCZNYCH
w KRAKOWIE

VORWORT

Die Hauptergebnisse dieser Untersuchung sind:

1. Deutschland hat einen sehr großen Teil der Kosten des Weltkriegs durch Kreditaufnahme bestritten. Immerhin sind — je nach der Methode, die für die Berechnung angewendet wird — von den Gesamtausgaben des Reichs in den Rechnungsjahren 1914—1918 durch Steuern und Erwerbseinkünfte sowie Verwaltungseinnahmen 16,275 vH bzw. 13,57 vH bis 13,1 vH gedeckt worden.

2. Angesichts der politischen und finanziellen Verfassung Deutschlands und der Wirkungen der Blockade standen in den ersten Kriegsjahren außerordentliche Schwierigkeiten einer Finanzierung der Kriegskosten durch ausgiebige Besteuerung entgegen.

3. Weniger die Kreditinanspruchnahme als vielmehr die wachsende Kreditbeschaffung durch Vermehrung der papierenen Zahlungsmittel ist verhängnisvoll gewesen.

4. Weder die finanzielle Lage noch die Inflation waren bei Kriegsende so verzweifelt, daß eine Heilung unmöglich gewesen wäre, wenn nicht die Anforderungen der Siegerstaaten nach dem Waffenstillstand und Friedensschluß, die Gebietsverluste und die Wirkungen der Besetzung deutscher steuerkräftiger Gebiete durch die alliierten Mächte, die Erschütterung der öffentlichen Ordnung durch die Revolution und die Schwäche der deutschen Staatsgewalt in der ersten Zeit nach Friedensschluß rechtzeitige Neuordnung der Finanzen und der Währung hintangehalten hätten. Die schlimmste Inflation erfolgte erst zwischen 1919 und 1923. Nun erst konnte der Plan auftauchen, die schließliche Stabilisierung der Mark — statt zu ihrem Nennwert — nur zu einem winzigen Bruchteil ihres Nennwerts vorzunehmen.

W. Lotz

BIBLIOTEKA SZKOŁY
NAUK POLITYCZNYCH
W KRAKOWIE

ERSTER TEIL

Finanzlage bei Kriegsausbruch

In Deutschland waren 1914 für die öffentlichen Finanzen zu unterscheiden: der Haushalt des Reichs, die Haushalte der sechsundzwanzig Staaten[1] (einschließlich Elsaß-Lothringens) und die Haushalte der verschiedenen Selbstverwaltungskörper von den Provinzen und Kreisen bis zu den Gemeinden. Es herrschte bis zum Ausbruch des Kriegs das Prinzip weitestgehender Dezentralisation staatlicher Wirksamkeit. Die Verwaltungstätigkeit war im allgemeinen den einzelnen Staaten und Gemeinden überlassen. Das Reich hatte seinen Behördenapparat fast ausschließlich in Berlin; die Marine war Reichssache, die Verwaltung der Landarmee dagegen im Frieden Sache der Staaten Preußen, Bayern, Württemberg und Sachsen. Jedoch wurden die Heereskosten vom Reich für alle Kontingente getragen. Die Justiz war nur in der obersten Instanz (Reichsgericht usw.) Reichsangelegenheit, im übrigen Sache der einzelnen Staaten. Ebenso waren die Staaten und Gemeinden für die innere Verwaltung, auch für Schul- und Armenwesen, zuständig. So eifersüchtig wachten die Staaten des Deutschen Reichs über ihre Selbständigkeit, daß 1871—1919 auch die Zölle und inneren Steuern des Reichs nicht von Reichsbeamten, sondern von Landesbeamten, allerdings für Rechnung des Reichs, vereinnahmt wurden. Nur ein kleiner Teil des Eisenbahnnetzes (Reichsbahn in Elsaß-Lothringen) gehörte dem Reich, der überwiegende Teil des Bahnnetzes war Eigentum von Preußen und einigen anderen größeren Staaten. Die Post war Reichssache, jedoch nahmen Bayern und Württemberg eine Sonderstellung ein, indem hier die Post auf Landesrechnung verwaltet wurde. Weiter bezog das Reich noch Erwerbseinkünfte aus der Reichsdruckerei und der mit privatem Kapital begründe-

[1] Amtlich wurden die im Deutschen Reich vereinigten Staaten bis 1919 als »Bundesstaaten« bezeichnet, was wegen möglicher Verwechslungen mit dem Wort Bundesstaat als Bezeichnung für souveräne Staatenvereinigung nicht empfehlenswert war. Seit der Weimarer Verfassung von 1919 werden die Staaten des Deutschen Reichs »Länder« genannt.

ten Reichsbank. Im wesentlichen erfüllten die Einzelstaaten und Gemeinden all die Friedensaufgaben staatlicher Natur, welche größeren Aufwand bedingen: sie kamen für die Kosten der Justiz, des Unterrichts, der Kirche, der Polizei, des Straßenwesens, Armenwesens und der sonstigen inneren Verwaltung auf. Dadurch erklärt es sich, daß im wesentlichen die Ausgaben des Reichs — außer für Betriebsverwaltungen (Post, Reichsdruckerei und Reichseisenbahnen), oberste Gerichtshöfe und einige Ämter für einheitliche Beaufsichtigung bestimmter innerer Angelegenheiten, z. B. des Versicherungswesens — Ausgaben für Heer und Marine, Kolonien und auswärtige Angelegenheiten waren. Fremde, die das deutsche Budget nicht näher kannten, konnten daraus den falschen Schluß ziehen, daß im wesentlichen in Deutschland nur Aufgaben des Militärstaats erfüllt würden, während in Wirklichkeit die Aufgaben friedlicher Verwaltung überwiegend dezentralisiert erfüllt wurden und daher nicht im Bundeshaushalt eine wesentliche Rolle spielten.

Der Reichshaushalt, dessen Rechnungsjahr vom 1. April bis 31. März läuft und der Kürze wegen als Rechnungsjahr 1913, 1914 usw. nach dem Kalenderjahr, in welches die ersten neun Monate des Rechnungsjahrs fallen, bezeichnet wird, wurde keineswegs vom Kaiser aus eigener Machtvollkommenheit festgesetzt, sondern unterlag der jährlichen Bewilligung einer Vertretung der einzelnen Staaten (des Bundesrats) sowie einer Vertretung des deutschen Volks, die auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts der erwachsenen Männer gewählt wurde (Reichstag).

In den Einzelstaaten war den Volksvertretern in den Parlamenten ebenfalls das Recht der Mitwirkung beim öffentlichen Haushalt gewährt. Zum Teil bestand hier Zweikammersystem. Für das Wahlrecht zur Volkskammer herrschte keineswegs überall — vor allem nicht in Preußen — gleiches allgemeines Wahlrecht. Man motivierte die Beschränkungen der einzelstaatlichen Wahlrechte damit, daß die Bewilligung von Steuern auf Einkommen und Vermögen, welche im Einzelstaat eine Hauptrolle spielten, nicht besitzlosen Schichten anvertraut werden könne. Doch war das preußische Dreiklassenwahlrecht nicht genau der wirklichen Steuerleistung angepaßt, sondern bevorzugte das damals steuerlich geschonte platte Land.

Nicht minder hatten die Besteuerten ein Kontrollrecht in den Selbstverwaltungskörpern. Das Ringen um die politische Macht spielte sich im Reich und in den einzelnen Staaten im wesentlichen bei der Bewilligung der Ausgaben und Einnahmen ab, da die Mehrheiten nicht unmittelbaren Einfluß auf die Besetzung der Regierungsämter hatten, sondern ein permanentes Beamtentum die Staatsleitung führte, solange die aus den Fachbeamten berufenen Minister das Vertrauen der Staatsoberhäupter genossen. Die Staatsoberhäupter waren erbliche Monarchen außer in den drei Stadtrepubliken Hamburg, Bremen, Lübeck.

Die Kontrolle des öffentlichen Haushalts in der Budgetberatung wurde bis auf Kleinigkeiten ausgedehnt, und bei den Bewilligungen wurde im allgemeinen darauf gesehen, daß nicht zu viele Mittel sich in den Händen der Exekutive ansammelten und daß sie sparsam verwendet wurden.

Im Reichshaushalt brachten die elsaß-lothringischen Bahnen, die Reichsdruckerei und die Post regelmäßig einen Überschuß; die aus privatem Kapital begründete Reichsbank lieferte einen Gewinnanteil an das Reich ab, doch spielten gegenüber den Steuereinnahmen im Reichshaushalt die Erwerbseinkünfte nur eine geringe Rolle. Der Überschuß von Post, Druckerei und Eisenbahn betrug 1913 etwas über 125 Millionen Mark, einschließlich der Ausgleichsbeträge Bayerns und Württembergs 140,9 Millionen Mark.

In einzelnen Staaten und in den Gemeinden dagegen lieferten die Erwerbseinkünfte einen sehr großen Teil der Gesamteinnahmen; so vor allem Feldgüter, Forsten, Eisenbahnen, Bergwerke und andere gewerbliche Unternehmungen, auch Banken, in Bayern und Württemberg auch die Post. Im Postwesen hatten Bayern und Württemberg eine Sonderstellung gegenüber dem Reich. Da diese Staaten die Post für Landesrechnung verwalteten, hatten sie entsprechende Ausgleichsbeträge — je nach den Überschüssen der Reichspost — an die Reichskasse zu entrichten. Die Haushalte der Einzelstaaten und Gemeinden schlossen im allgemeinen im Gleichgewicht ab, zeigten auch hin und wieder beträchtliche Überschüsse. Die Ausgaben der Einzelstaaten betrugen 1913 nach den Rechnungen brutto 6793 Millionen Mark im ordentlichen, 1714 Millionen Mark im außerordentlichen Haushalt, insgesamt 8507 Millionen Mark. Die Gesamtlast an fundier-

ten Schulden der einzelnen deutschen Staaten[2] betrug 1913 rund 15 501,9 Millionen Mark; ihnen standen sehr ansehnliche Vermögenswerte in Form von Feldgütern, Forsten, Bergwerken, Verkehrsanstalten gegenüber. Die gesamte Reichsschuld betrug am 31. März 1914[3] 5 441 897 600 M, davon 4 917 897 600 M verzinsliche langfristige Schuld. Hierzu kam noch die Schutzgebietsschuld von 183 750 000 M. Die Ausgaben für Verzinsung der Reichsschuld betrugen nach der Reichshaushaltsrechnung 1913 rund 178,8 Millionen Mark, die Ausgaben für Schuldentilgung rund 59,2 Millionen Mark, für Verwaltung der Reichsschuld 1,3 Millionen Mark (außerdem 5,9 Millionen Mark einmalige Ausgaben des ordentlichen Etats).

So günstig der geringe Schuldenstand des Reichs auch für die Finanzlage war, so hatte sich doch andererseits eine auf Erfahrung beruhende, verfeinerte Tradition in der Kunst, den Kredit auszunützen und den Geldmarkt geschickt zu behandeln, nicht ausgebildet. Der Reichshaushalt hatte von 1889—1899 dauernd Überschüsse, von 1900—1904 Fehlbeträge aufgewiesen. Nachher wechselten Überschüsse und Fehlbeträge ab, bis durch die Finanzreform von 1909 Grundlagen geschaffen wurden, um 1910—1912 fortgesetzt Überschüsse zu ermöglichen.[4]

Im Rechnungsjahr 1913 zeigte der offizielle Abschluß einen

[2] Vgl. Vierteljahrsheft 1921, II, S. 68, 49 zur Statistik des Deutschen Reichs. Vgl. auch *Otto Schwarz*, Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens vor und nach dem Weltkrieg. 1921.

[3] Die Reichsschuld betrug am 31. März 1914 nach dem Bericht der Reichsschuldenkommission vom 20. Mai 1915 (RT. Bd. 315, Nr. 101, S. 33): a) verzinsliche Schuld (3 vH, 3½ vH und 4 vH) 4 917 897 600 M; b) unverzinsliche Schuld: unverzinsliche Schatzanweisungen 284 Millionen Mark, Reichskassenscheine 240 Millionen Mark, Reichsschuld insgesamt 5 441 897 600 M.

In den Statistischen Jahrbüchern für das Deutsche Reich, zuletzt für 1923 Seite 357, sind die Ziffern der Reichsschuld für Ende März 1914 nur mit 5 157 897 600 M angegeben, da für Ende März 1914 regelmäßig die damals umlaufenden 284 Millionen Mark unverzinslichen Schatzanweisungen — als lediglich der Kassenverstärkung dienend — nicht mitgezählt sind.

Der Schuldenstand vom 31. März 1914 hatte sich bis zum Kriegsausbruch etwas durch Tilgungen und Schuldaufnahme geändert. Ein Versuch, diese Änderungen zu schätzen, ist im Anhang I dieser Schrift gemacht. Der Sicherheit wegen wird aber im folgenden stets vom Schuldenstand Ende März 1914, der zweifelsfrei festzustellen ist, ausgegangen.

[4] Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1914, S. 357.

Überschuß von einigen Millionen Mark. Zur Erklärung ist auf zwei Besonderheiten hinzuweisen:

1. Der deutsche Reichshaushalt ist bis heute nicht einheitlich. Vielmehr werden, wie in einigen anderen Ländern, in Deutschland zwei Budgets, ein ordentliches und ein außerordentliches, unterschieden. Die Ausgaben des ordentlichen Haushalts gliedern sich in »fortdauernde« und in die euphemistisch als »einmalige« bezeichneten. Beide Arten von ordentlichen Ausgaben sollen normalerweise durch »ordentliche«, das heißt solche Einnahmen gedeckt werden, die weder eine Verminderung der Vermögenssubstanz noch eine Belastung der Zukunft bedeuten, nämlich Steuern, Matrikularbeiträge, Verwaltungseinnahmen und Betriebsüberschüsse. Die außerordentlichen Ausgaben, die beim Reich auch vor dem Krieg keineswegs bloß aus Investitionen bestanden, werden durch »außerordentliche Deckungsmittel«, nämlich Vermögensveräußerung und Schuldaufnahme, gedeckt. Eine deutsche Eigentümlichkeit ist, daß der Aufwand für Tilgung von Schulden, der als Ausgabe des ordentlichen Haushalts bereits einmal gebucht worden ist, nochmals im außerordentlichen Haushalt, und zwar hier als *Einnahme* verrechnet wird. Im übrigen ist eine Folge der Trennung des außerordentlichen vom ordentlichen Budget, daß überhaupt nicht von einem Defizit die Rede sein kann, solange die wiederkehrenden Einnahmen für die Deckung der wiederkehrenden Ausgaben ausreichen und solange genügend neue Schulden aufgenommen werden, um die nicht anderweit gedeckten Ausgaben des außerordentlichen Budgets zu bestreiten. Ein rein formelles Defizit wird allerdings offiziell errechnet, wenn die ordentlichen Einnahmen samt Schuldvermehrung usw. nicht ausreichen, um die Gesamtausgaben zu bestreiten. Die Erklärung dieses unzweckmäßigen und unübersichtlichen Verfahrens lag nicht in finanztechnischen, sondern in politischen Erwägungen, insbesondere in dem Wunsch, bei Schuldaufnahme die Lasten, welche die Gesamtheit aller deutschen Staaten trafen, von denen zu trennen, welche von einigen deutschen Staaten, insbesondere Bayern und Württemberg, damals nicht mitzutragen waren.

2. Das Rechnungsjahr, welches vom 1. April bis 31. März läuft, wird in Deutschland — ähnlich wie beim französischen System des budget d'exercice — noch nicht mit dem 31. März sofort ab-

geschlossen. Es werden vielmehr noch nach Ablauf des Rechnungsjahres »Reste« für Rechnung des Vorjahres verausgabt und vereinnahmt, so daß sich der endgültige Abschluß der Haushaltsrechnung jeweils beträchtlich verzögert. Je nach dem Abschluß vorausgegangener Jahre erscheinen außerdem als »Bestand« bei den Einnahmen Aktivreste oder Passivreste des Vorjahres. So findet man bisweilen an der Spitze der Einnahmen Minusposten. Eine besonders wenig verständliche Spezialität sind die Übertragungen von Mehrausgaben des außerordentlichen Haushalts aus Vorjahren auf die *Einnahme* des neuen Rechnungsjahres. Diese Übertragungen können formell Minusposten in der Einnahme des außerordentlichen Haushalts zur Folge haben.

Dank der Trennung des Haushalts in ein ordentliches und ein außerordentliches Budget wird der schließliche Überschuß oder Fehlbetrag nicht nach dem Grundsatz berechnet, den Gesamtausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts die Einnahmen aus Verwaltung, Erwerbseinkünften und Steuern gegenüberzustellen und den durch Vermögensveräußerung, Steuererhöhung oder Schuldaufnahme zu deckenden Fehlbetrag ersichtlich zu machen. Vielmehr wird die Deckung der außerordentlichen Ausgaben durch außerordentliche Einnahmen, im wesentlichen durch Schuldvermehrung, bei diesem System als normal angesehen, und es wird in einer sehr verwickelten und unübersichtlichen Berechnung unter Berücksichtigung der Reste und Übertragungen offiziell ein schließlicher »Überschuß« oder »Fehlbetrag« festgestellt, der keinen klaren Aufschluß darüber gibt, ob die laufenden Einnahmen für die Ausgaben ausreichten oder nicht und wieweit eine Schuldvermehrung das Abhilfsmittel war. Alle dem außerordentlichen Haushalt verdankten sogenannten »Mehreinnahmen« sind irreführend und nicht wirkliche Überschüsse. Die Abschaffung der Zerspaltung des Haushalts in ein ordentliches und außerordentliches Budget und die Ersetzung des Rechnungsjahrsystems mit seinen Restrechnungen durch das britische Kassenjahrsystem (budget de gestion) würde in Deutschland einen großen Fortschritt im Sinne der Übersichtlichkeit und Klarheit bedeuten.

Zu billigen ist, daß für Vergleichung der Rechnungsergebnisse verschiedener Jahre die Übersichten im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich die Reste und Übertragungen weglassen.

Es würden sonst dieselben Posten in verschiedenen Jahren mehrmals erscheinen.

Als Beispiel der offiziellen Rechnungsmethode sei im folgenden der Abschluß der Reichshaushaltsrechnung 1913, S. 26 — also zum 31. März 1914 — wiedergegeben:

Abschluß.	Isteinnahme und Istausgabe	Verbliebene Reste	Zusammen
A. Ordentlicher Etat	M	M	M
Einnahme	3 371 586 244,08	424 447 215,61	3 796 033 459,69
Ausgabe	3 403 033 984,07	318 222 678,45	3 721 256 662,52
Mithin Mehreinnahme	—	106 224 537,16	74 776 797,17
Mithin Mehrausgabe	31 447 739,99	—	—
B. Außerordentlicher Etat			
Einnahme	—123 503 675,56	250 651 903,99	127 148 228,43
Ausgabe	117 867 726,32	9 280 502,11	127 148 228,43
Mithin Mehreinnahme	—	241 371 401,88	—
Mithin Mehrausgabe	241 371 401,88	—	—
C. Ordentlicher und außerordentlicher Etat			
Einnahme	3 248 082 568,52	675 099 119,60	3 923 181 688,12
Ausgabe	3 520 901 710,39	327 503 180,56	3 848 404 890,95
Mithin Mehreinnahme	—	347 595 939,04	74 776 797,17
Mithin Mehrausgabe	272 819 141,87	—	—

Die in das Rechnungsjahr 1913 übernommenen Überschüsse haben betragen aus 1911: 249 131 174,91 M, aus 1912: 77 106 023,97 Mark, zusammen 326 237 198,88 M. Davon sind 1913 verrechnet: beim Einnahmekapitel 21 Tit. 6: 205 573 560,00 M, beim Einnahmekapitel Titel 8: 66 839 159,97 M, zusammen 272 412 719,97 M, bleiben 53 824 478,91 M, die in der Mehreinnahme für 1913 enthalten sind. Nach Abzug dieser 53 824 478,91 M ergibt sich als Überschuß des Rechnungsjahres 1913 der Betrag von 20 952 318,26 M. Dieser Überschuß ist ebenso wie der Rest der Überschüsse aus den Rechnungsjahren 1911 und 1912 zunächst in das Rechnungsjahr 1914 übernommen worden. An eisernen Beständen waren am Schlusse des Rechnungsjahres 1913 vorhanden 132 613 661,63 M.

Analysiert man diesen Abschluß mit Abkürzung auf Millionen Mark nach kaufmännischen Grundsätzen, so würde man zu folgendem Ergebnis kommen:

Gesamtausgabe 1913 ohne Reste	3 520,9	Millionen	Mark
hiervon gedeckt durch Steuern usw. sowie durch Nettoüberschuß von 1912	3 371,6	„	„
Fehlbetrag 1913 ohne Reste	149,3	Millionen	Mark
hierzu Zuschußbedarf des außerordentlichen Etats aus 1912 netto . .	313,8	„	„
zu decken	463,1	Millionen	Mark
hiervon beschafft:			
durch Verkaufserlöse der Reichsheeresverwaltung	3,2	„	„
durch die Entschädigung von China .	2,9	„	„
durch Verkäufe der Marineverwaltung	0,2	„	„
durch Überschüsse aus dem Münzwesen	10,8	„	„
	17,1	Millionen	Mark

Somit verbleibender Restbetrag der nicht anderweitig gedeckten Ausgaben 446,0 Millionen Mark. Tatsächliche Vermehrung der Reichsschuld im Rechnungsjahr 1913 nach dem Bericht der Reichsschuldenkommission[5] 515,1 Millionen Mark.

Berechnet man den Abschluß 1913 nach dem für Vergleichung verschiedener Jahre richtigen Grundsatz der Übersichten in den Statistischen Jahrbüchern für das Deutsche Reich, alle Übertragungen von Jahr zu Jahr auszuschalten, so ist der in der Haushaltsrechnung bei den ordentlichen Einnahmen verbuchte Bestand von 177,2 Millionen Mark aus dem Vorjahr abzuziehen.

[5] Vgl. Verh. RT. Bd. 315, Nr. 101, S. 34. Von den 515 Millionen Mark Schuldvermehrung entfallen 403 Millionen Mark auf die unverzinsliche Schuld, hiervon 120 Millionen Mark Reichskassenscheine, die zur Beschaffung eines außerordentlichen Bestandes von 120 Millionen Mark Metallschatz dienten.

Das Resultat wäre:

Gesamtausgabe 1913 ohne Reste	3 520,9	Millionen Mark
ordentliche Einnahmen ohne Vorjahrsbestand	3 194,4	„ „
Fehlbetrag[6] (ohne Berücksichtigung des aus dem Vorjahr übernommenen Zuschußbedarfs im außerordentlichen Haushalt von 313,8 Millionen)	326,5	Millionen Mark
hiervon durch Vermögensveräußerung usw. gedeckt	17,1	„ „
bleibt Defizit von	309,4	Millionen Mark.

In den ordentlichen Einnahmen sind hier jeweils die Bruttoeinnahmen der Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung, der Reichsdruckerei und der Reichseisenbahnverwaltung mitenthalten. Sie überstiegen bis zum Kriegsausbruch regelmäßig die Betriebsausgaben. Im ordentlichen Haushalt stellte sich — ohne Berücksichtigung der Reste — das Ergebnis nach der Reichshaushaltsrechnung 1913, auf Millionen Mark abgekürzt, folgendermaßen dar:

	Post	Reichsdruckerei	Reichsbahn
fortdauernde Ausgaben des ordentlichen Haushalts	713,5	10,4	111,9
einmalige Ausgaben des ordentlichen Haushalts	30,2	0,1	16,1
Summe der ordentlichen Ausgaben . . .	743,7	10,5	128,0
Summe der ordentlichen Einnahmen . .	833,3	15,7	158,6
somit Betriebsüberschuß im ordentlichen Haushalt	89,6	5,2	30,6

[6] In der Wirthschen Denkschrift vom 29. Juli 1920 (RT. erste Wahlperiode 1920, Nr. 254, S. 5) ist nach dem Krieg von der Regierung ein interessanter Versuch unternommen worden, die Ergebnisse des Reichshaushalts seit 1913 nach dem Nettobudgetprinzip umgerechnet vergleichsweise darzustellen. Nach dieser Berechnung, die an späterer Stelle eingehender zu würdigen ist, betrug die Nettoausgabe 1913 2537,9, die Nettoeinnahme 2217,9, das durch außerordentliche Deckungsmittel zu bestreitende Defizit also 320 Millionen Mark.

Hierzu die Ausgleichsbeträge Bayerns und Württembergs für den Überschuß der Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung 15,4 Millionen Mark. Gesamtüberschüsse der Betriebsverwaltungen 1913 einschließlich der Ausgleichsbeträge 140,8, genau 140,9 Millionen Mark.

Der Voranschlag für das Jahr vom 1. April 1914 bis 31. März 1915, in welches der Kriegsausbruch fiel, sah ursprünglich im ordentlichen Haushalt die bis dahin höchste Summe von 3405,2 Millionen Mark Ausgaben, im außerordentlichen Haushalt dagegen nur 92,8 Millionen Mark vor (Haushaltsgesetz vom 27. Mai 1914, Reichsgesetzblatt S. 143). Besondere Einnahmen sollte für 1914 und für die folgenden Jahre eine Besteuerung der größeren Vermögen sowie des unfundierten Einkommens der natürlichen Personen und der wirklichen Reserven der Erwerbsgesellschaften in Form des 1913 bewilligten einmaligen Wehrbeitrags liefern. Durch den Wehrbeitrag beabsichtigte man, eine Schuldenvermehrung anläßlich bestimmter Rüstungsausgaben zu vermeiden. Da jedoch eine selbständige Steuerquelle des Reichs in Form einer Vermögensteuer oder Reichseinkommensteuer nicht existierte, vielmehr die veranlagten Steuern durchweg Sache der einzelnen Staaten und Gemeinden waren, so mußte diese Reichsabgabe, die als einmalige Leistung aufgefaßt wurde, gleich anderen Reichssteuern für Rechnung des Reichs von den Verwaltungen der einzelnen Staaten veranlagt und erhoben werden. Die eigentlichen Steuergebiete des Reichs waren: Zölle, innere Verbrauchsteuern, Erbschaftsteuern und Steuern vom Vermögensverkehr unter Lebenden, sowie Gebühren. Die Steuerlast im Reich und den Einzelstaaten und Gemeinden war mäßig. Als bewegliche Reichseinnahme standen nur die Matrikularbeiträge, d. h. nach der Kopfzahl der Einwohner jedes Landes bemessene Geldkontingente der einzelnen Staaten, zur Verfügung, eine äußerst spröde Form der Einnahmebeschaffung. Praktisch wurde ihre Last durch die Überweisung bestimmter Reichssteuererträgnisse an die einzelnen Staaten gemindert. Das Hinundherrechnen von Matrikularbeiträgen und Überweisungen, ferner von Ausgleichsbeiträgen für die nicht an der Reichspost beteiligten Staaten, für Staaten mit eigener Militärverwaltung, sowie für Staaten mit Sonderrechten in der Bier- und Branntweinbesteuerung machte den

öffentlichen Haushalt sehr verwickelt und schwer verständlich für Nichteingeweihte.

Die *Geldverfassung* vor Kriegsausbruch charakterisierte sich dadurch, daß für alle Forderungen auf größere Beträge ohne Verlust Goldmünzen erlangt werden konnten. In Goldmünzen waren die Scheidemünzen, sämtliche Banknoten — sowohl der Reichsbank wie der Privatnotenbanken — und der geringfügige Umlauf von Reichskassenscheinen jederzeit einlöslich. Die Deckung der Banknoten[7] und Giroverbindlichkeiten bestand in Reichskassenscheinen und Gold, sowie vor allem in guten kaufmännischen Wechseln und Schecks, nicht aber in staatlichen Schuldverschreibungen.

Da im Bedarfsfall für jede auf Gold lautende Forderung Goldstücke zu erlangen waren und auch ein beträchtlicher Goldumlauf beim deutschen Publikum verbreitet war und da außerdem der Goldausfuhr keinerlei Hindernisse bereitet wurden, so war ein hoher Grad von Stabilität der Wechselkurse Deutschlands mit barzahlenden Ländern der übrigen Welt garantiert.

[7] In Gold einlösliche Noten anderer deutscher Banken durften nach § 17 und 47a des Bankgesetzes vom 14. März 1875 bei der Dritteldeckung nicht als Barvorrat eingerechnet werden, wohl aber bei der Berechnung des Barvorrats im Sinne der Notensteuer des § 9.

BIBLIOTEKA SZKOŁY
NAUK POLITYCZNYCH
W KRAKOWIE

BIBLIOTEKA SZKOŁY
NAUK POLITYCZNYCH
W KRAKOWIE

ZWEITER TEIL

Die finanzielle Mobilmachung

Da man seit dem Rücktritt Bismarcks damit zu rechnen hatte, daß, wenn die französischen Revanche-Ideen Verwirklichung finden würden, Frankreich mit Rußland vereint Deutschland gegenübertreten würde, so mußten hierauf die Pläne des Generalstabs eingerichtet werden. Die alte preußische Tradition war, wenn ein Krieg unvermeidlich sei, im Angriff die beste Deckung zu erblikken. Diese rein militärtechnische Praxis, die nach Ausbruch eines Kriegs anzuwenden war, hat natürlich mit der Frage, wer den Krieg gewollt habe, nichts zu tun. Ebensowenig ist ein Urteil über die Schuld am Kriege etwa daraus zu gewinnen, daß in den letzten Jahren vor 1914 — anläßlich der Kritik der Fachleute über die mangelnde finanzielle Kriegsbereitschaft Deutschlands und anläßlich des dies Thema behandelnden Werkes des Bankdirektors Rießer [1] — von der Reichsbank und der Reichsfinanzleitung pflichtgemäß die Maßregeln erwogen und vorbereitet worden waren, die man zur Ergänzung der militärtechnischen Mobilmachung auf finanziellem Gebiet ergreifen mußte; ohne die finanzielle Vorbereitung würden die militärtechnischen Vorbereitungen nutzlos gewesen sein, welche angesichts der Gefahren des französisch-russischen Bündnisses sorgsam ausgearbeitet waren.

Deutschlands Volkswirtschaft war vor dem Krieg dadurch charakterisiert, daß ein dicht bevölkertes Land durch Mehrausfuhr von Fabrikaten, durch Zinseinnahmen von auswärtigen Kapitalanlagen und durch Seeschiffahrtseinnahmen die Mittel zu gewinnen suchte, um die Einfuhr an Lebensmitteln und Rohstoffen zu bezahlen. Die Gesamtbilanz des deutschen auswärtigen Handels zeigte stetig einen Passivsaldo, der durch unsichtbare Posten (Schiffahrtseinnahmen, Ertrag ausländischer Kapitalanlagen, Durchfuhrverkehrseinnahmen, Fremdenverkehr, Bank-

[1] Vgl. *J. Rießer*, Finanzielle Kriegsbereitschaft und Kriegführung, 2. Auflage. Jena 1913.

und Versicherungseinnahmen) gedeckt wurde.[2] Eine Mehrausfuhr begegnet 1913, im letzten vollen Friedensjahr, in den Erzeugnissen der Textilindustrie, der Leder- und Papierindustrie, der keramischen Industrie sowie Glasfabrikation, der Spielwarenindustrie, Farbenindustrie, elektrischen Industrie, Metallindustrie einschließlich der Maschinenindustrie. Von Rohstoffen und Nahrungsmitteln produzierte Deutschland einen Ausfuhrüberschuß von wesentlicher Höhe in Kali, in Steinkohle sowie in Kohlederivaten, in Salz, Superphosphat und Thomasmehl, ferner in Ton, Zement, Zink, Rübenzucker und Hopfen, sowie bei der besonders reichen Ernte von 1913 in Roggen und Roggenmehl sowie Hafer.

Eine starke Abhängigkeit vom Weltmarkt stellte sich dagegen heraus nicht nur durch das Einfuhrbedürfnis an Erzeugnissen eines heißeren Klimas: Reis, Kaffee, Kakao, Tee, Kautschuk usw., sondern auch dadurch, daß eine starke Mehreinfuhr an fast allen menschlichen Nahrungsmitteln, sowie an Futterstoffen,[3] an sämt-

[2] Eine eingehende Bearbeitung der deutschen Zahlungsbilanz vor dem Krieg findet sich bei H. G. Moulton und C. E. McGuire, Germany's capacity to pay, New York 1923.

[3] In den Reichstagsakten, Verh. RT. Bd. 315, Nr. 73 (3. Nachtrag zur Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen anläßlich des Kriegs, überreicht 10. Mai 1915), S. 39 wird die Einfuhr und Ausfuhr von Kraftfuttermitteln für Deutschland im Durchschnitt des Jahres 1912 und 1913 folgendermaßen angegeben:

Futtermittel	Einfuhr in Tonnen	Ausfuhr in Tonnen	Einfuhrüberschuß
Ölfrüchte und Ölsämereien	1 587 891	15 966	1 571 925
Kleie (einschließlich der aus dem eingeführten Getreide gewonnenen)	2 084 807	339 880	1 744 927
Reisabfälle	243 095	5 687	237 408
Ölkuchen, Ölkuchenmehl usw.	811 369	278 898	532 471
Ausgelaugte Zuckerrübenschnitzel	38 685	6 027	32 658
Schlempe und Stärkerückstände	67 849	4 313	67 849
Treber, Malzkeime	206 515		202 202
Wicken	20 222	1 112	19 110

Die Mehreinfuhr an Futtergerste wurde für 1912 und 1913 auf durchschnittlich rund 2 900 000 Tonnen, die an Mais und Dari auf rund 1 030 000 Tonnen geschätzt. Hierzu trat noch eine Mehreinfuhr von Futterstoffen tierischen Ursprungs, wie Fischmehl, Fleischkuchen, Blutmehl und anderes mehr. Der Gesamtwert der jährlich nach Deutschland eingeführten Futtermittel überstieg weit 1000 Millionen Mark.

lichen Textilstoffen, Holz, Mineralölen, Erzen, Schwefel, Salpeter und an den Rohmaterialien der Lederindustrie in der Handelsstatistik hervortrat. Ein großer Teil der Mehreinfuhr an Nahrungsmitteln, Futtermitteln und Industrierohstoffen stammte von Übersee. Durch die Blockade wurde Deutschland von dieser Versorgung abgeschnitten. Dem Versuch, durch Bezüge aus neutralen Ländern den Einfuhrbedarf zu decken, arbeiteten die Gegner Deutschlands mit allen Mitteln entgegen. Nur teilweisen Ersatz konnte die Beschlagnahme von Vorräten in Gebieten liefern, in denen die deutschen Armeen siegreich vordrangen. Im großen ganzen wurde es nötig, den Verbrauch in Deutschland, je länger der Krieg dauerte, immer mehr einzuschränken, Ersatzstoffe zu verwerten und durch planmäßige Regelung der Produktion und der Verteilung, sowie durch Eingriffe in die Preisbildung die Deckung des deutschen Bedarfs zu ermöglichen. In wirtschaftlicher Hinsicht wurde Deutschland durch den Kriegsausbruch völlig überrascht. Man verfügte nicht über ausreichende Ansammlungen von Vorräten von Rohstoffen und Lebensmitteln innerhalb Deutschlands. Dies war so wenig der Fall, daß sogar eine Entblößung des deutschen Getreidemarktes durch Getreideausfuhr unmittelbar vor dem Krieg eintrat. Die einzige wirtschaftliche Kriegsrüstung hatte in Maßnahmen des Agrarschutzes bestanden. Aber auch die höchsten Schutzzölle hatten nicht erreichen können, daß Deutschland selbst bei der günstigen Ernte von 1913 seinen Bedarf an Weizen, Futtergerste, Holz, Gemüse, Fetten und Ölen, Obst und Eiern ausreichend aus eigenen Erzeugnissen deckte. Eine Steigerung des Ertrags der heimischen Landwirtschaft war während des Kriegs nicht nur durch den Mangel an Arbeitskräften erschwert, sondern auch dadurch, daß von Düngemitteln zwar Kali und Thomasmehl, nicht aber Salpeter zur Verfügung stand. Ersatz für den Chilesalpeter suchte man durch Stickstoffgewinnung aus der Luft zu schaffen. Diese Stickstoffgewinnung, bei der man zunächst ausschließlich an Interessen der Landwirtschaft gedacht hat, erwies sich im Laufe des Kriegs auch für die Munitionserzeugung als wertvoll.

Die Blockade bedeutete nicht nur große wirtschaftliche Erschwerungen für Deutschland; war es doch abgeschnitten von der Zufuhr wichtigster Lebensmittel und Rohstoffe und fehlten doch die Aktivposten der Zahlungsbilanz, welche die Seeschiff-

fahrt und Einnahmen aus überseeischen Kapitalanlagen geliefert hatten. Auch finanziell mußten diese Änderungen sich geltend machen. Die Einnahmen aus Lebensmittelzöllen hatten in Friedensjahren im ordentlichen Haushalt des Reichs eine wichtige Rolle gespielt; bei Kriegsausbruch mußte zollfreie Einfuhr der Lebensmittel zugestanden werden; dies bedeutete Verzicht auf viele Millionen Zolleinnahmen. Die Einschränkungen ferner, denen im Interesse der Versorgung mit unentbehrlichen Dingen die Erzeugung von Bier, Branntwein und zeitweise von Zucker unterworfen wurde, mußten die Ergiebigkeit der Steuereinnahmen von diesen Genußmitteln beeinträchtigen. Einen Ausgleich für den Ausfall an Zöllen und inneren Verbrauchsteuern durch Steuern auf Einkommen und Vermögen anzustreben, war so lange unmöglich, als man daran festhielt, den einzelnen Staaten und den Gemeinden diese Steuereinnahmen zu belassen. Speziell den Gemeinden wäre es außerordentlich schwer gefallen, auf diese Einnahmen zugunsten des Reichs zu verzichten, da ihnen durch Kriegswohlfahrtspflege, Erwerbslosenfürsorge usw. neue große Lasten während des Kriegs aufgebürdet wurden. Das Reich vermochte nicht prompt Ersatz für Gemeindeaufwendungen, die der Krieg verursachte, zu leisten. Für die ersten Monate der Mobilmachung kamen alle diese Momente noch weniger in Betracht, als später bei längerer Dauer des Kriegs.

Bei Kriegsausbruch wurde in einem Nachtrag zum Haushaltsgesetz zunächst ein Anleihekredit von 5 Milliarden Mark bewilligt (Gesetz betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1914 vom 4. August 1914, Reichsgesetzblatt S. 345).[4]

Der Bedarf der Heeresverwaltung für die ersten sechs Mobilmachungstage belief sich auf rund ¾ Milliarden Mark (Verh. RT. Bd. 315, Nr. 26, S. 8). In der kritischen Zeit vom 23. bis 31. Juli 1914 hatte sich der Goldbestand der Reichsbank durch starke Abhebungen angesichts der Erregung des deutschen Volks gemindert, und zwar von 1356,9 auf 1253,2 Millionen Mark (vgl. Reichsbankbericht 1914). Am Nachmittag des 31. Juli 1914, unmittelbar nach Erklärung des Zustands der dauernden Kriegsgefahr, hatte

[4] Von 5 300 000 000 M außerordentlichen Ausgaben aus Anlaß des Kriegs sollten 300 Millionen Mark aus den Gold- und Silberbeständen des Reichs, 5000 Millionen Mark durch Anleihe aufgebracht werden.

sich die Reichsbank entschlossen, die Einlösung ihrer Noten gegen Gold allgemein einzustellen. Die Gesetzgebung legalisierte diese Praxis nachträglich und traf Anordnungen, die ebenso das Zahlungswesen wie die öffentlichen Finanzen in starkem Maße berührten. Am 4. August 1914 erschienen folgende Gesetze:

1. Gesetz betreffend die Reichskassenscheine und die Banknoten (RGBl. 347),
2. Gesetz betreffend Änderung des Münzgesetzes (RGBl. 326),
3. Gesetz betreffend Änderung des Bankgesetzes (RGBl. 327),
4. Gesetz betreffend Ergänzung der Reichsschuldenordnung (RGBl. 325),
5. Darlehnskassengesetz (RGBl. 340).

Die Kosten der Mobilmachung eines Millionenheeres kann kein moderner Staat aus Kriegssteuern allein oder vorwiegend bestreiten. Man mag zu der Streitfrage, ob ein Krieg zweckmäßig bloß durch Schulden oder, soweit als möglich, durch Steuererhöhungen und neue Steuern zu finanzieren ist, wie immer stehen: eine Mobilmachung ohne Inanspruchnahme des Kredits als vorwiegenden Finanzierungsmittels ist in einem modernen Großstaat nicht möglich. Außer der Erwägung, die Kosten des Kriegsaufwands in den ersten Kriegswochen zu decken, kamen bei der finanziellen Mobilmachung besondere Rücksichten auf das Wirtschaftsleben in Betracht. Es war vorauszusehen, daß eine weitgehende Kündigung aller Guthaben bei Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften drohe und daß eine Panik sich in Ansammlung von Bargeld und Zurückhaltung der Käufer bei Bestellungen äußern werde, wenn nicht rechtzeitig hiergegen Vorsorge getroffen wurde. In Deutschland war das Wirtschaftsleben auf weitgehende Kreditgewährung eingerichtet; bei der Verflechtung in die Weltwirtschaft war ferner eine Menge von Forderungen und Schulden gegenüber dem Ausland gegeben. Dadurch, daß England als Weltbankier diente und sich am Weltkrieg als Deutschlands Gegner beteiligte — worauf alle kriegführenden Länder gegenseitige Verbote der Zahlung an den Feind erließen, bald auch das gegnerische Privateigentum beschlagnahmten —, wurde das deutsche Wirtschaftsleben angesichts seiner Verflechtung in die Weltwirtschaft schwer gefährdet, und zwar in einem Maße, welches überhaupt nicht voraus-

zusehen war. Man wünschte in Deutschland, eine Lähmung des Wirtschaftslebens, wie sie mit einem allgemeinen Moratorium verbunden ist, tunlichst zu vermeiden. Im übrigen verwertete man Erfahrungen, die Deutschland in den Kriegen von 1866 und 1870/71 gesammelt hatte. Das Programm, auf welches man sich vorbereitet hatte, war: Beschaffung des ersten Mobilmachungsbedarfs durch Inanspruchnahme von kurzfristigem Kredit bei der Zentralnotenbank und weitherzige Kreditgewährung an das Wirtschaftsleben durch Wechseldiskontierung seitens der Reichsbank und der übrigen Bankinstitute, Pfänderbeleihung durch eigens hierfür geschaffene Institute, die Darlehnskassen, und weitgehende sonstige Kreditgewährung durch besonders hierfür eingerichtete Institute, die Kriegskreditbanken.

Wäre es gelungen, diese Kreditgewährung bei Kriegsausbruch durchweg ohne künstliche Vermehrung der Kaufkraft, d. h. ohne Inflation, zu bewirken, so hätte eine ganz erstaunliche Leistung vorgelegen. Kein kriegführendes Volk hat dies vollbracht. Doch wenn es nur gelungen wäre, nach den ersten Wochen der Panik den Zettelumlauf zu reduzieren, wären Inflationsgefahren dauernder Art abgewendet worden. Diese Möglichkeiten wurden jedoch nicht verwirklicht, vielmehr wurde die Finanzierung des staatlichen Kreditbedarfs wie des vorübergehenden Bedarfs des Erwerbslebens — wenn man von den Kriegskreditbanken, die ohne Zettelausgabe arbeiteten, absieht — zu einer Quelle dauernder Vermehrung des Umlaufs von uneinlöslichen Noten. Um dies zu verstehen, gilt es nunmehr die Veränderungen zu betrachten, die sich infolge der Gesetze vom 4. August 1914 innerhalb der Reichsbank und des Erwerbslebens, sowie durch die Wirksamkeit der Darlehnskassen vollzogen.

Die Reichsbank, deren Noten bis zum Krieg gesetzliches Zahlungsmittel, aber jederzeit in Gold einlöslich gewesen waren, wurde von der Verpflichtung, ihre Noten in bar einzulösen, bis auf weiteres entbunden. Andererseits wurde bestimmt, daß ihre Verpflichtung, Notensteuer von dem metallisch ungedeckten Notenumlauf jenseits von 550 bzw. an den Vierteljahrsschlüssen von 750 Millionen Mark zu entrichten, wegfiel. Sie wurde ermächtigt, gleich Schecks und guten kaufmännischen Wechseln kurzfristige unverzinsliche Schuldverschreibungen des Reichs sowie Reichswechsel bei der Deckung ihrer Noten einzurechnen. Man

hat sich seitdem gewöhnt, die durch Diskontierung begebene unverzinsliche Reichsschuld als Schatzwechsel zu bezeichnen, obwohl der größte Teil davon in der Form des Inhaberpapiers, nicht des Orderpapiers ausgegeben wurde. Da die Reichsbank am 31. Juli 1914 bei einem Notenumlauf von 2909,4 Millionen Mark und einem Stand von 1258,5 Millionen Mark sonstigen stets fälligen Verbindlichkeiten über 1528,0 Millionen Mark Metallbestand (darunter 1253,2 Millionen Mark Gold) und über 2081,1 Millionen Mark Wechsel und Schecks verfügte, so war ihr Status hinsichtlich der Liquidität durchaus befriedigend; auch die 202,2 Millionen Mark kurzfristige Lombardforderungen der Reichsbank konnten als liquide Deckung der Giroverbindlichkeiten angesehen werden. Die Reichsbank wünschte, daß ihr Status, den sie wöchentlich während des ganzen Kriegs veröffentlicht hat, den Anforderungen genüge, bankmäßige Deckung der stets fälligen Verbindlichkeiten aufzuweisen.

Materiell wurde dies erstrebt durch Verstärkung des Goldvorrats. Dies wurde erreicht durch Übergabe des Reichskriegsschatzes an die Reichsbank und durch patriotische Leistungen des ganzen Volks, welches sich seiner Goldmünzenbestände auf dringende Aufforderung der Reichsbank durch freiwillige Ablieferung entäußerte und sich mit uneinlöslichen Hundertmarkscheinen für abgelieferte je fünf Zwanzigmarkstücke zufriedenstellen ließ. Die Argumente, durch welche man auf diese Goldablieferung hinzuwirken suchte, waren nicht immer so trefflich wie der prinzipielle Gedanke. Beflissene, aber unkritische Lobredner dieser Politik verkündeten damals dem deutschen Volk, dank der Vorschrift der Dritteldeckung bedeuteten 1000 M Gold bei der Reichsbank 3000 M unbedenkliche Vermehrung des Notenumlaufs.

Formell wurde auf Verschönerung des Reichsbankstatus durch drei Maßregeln hingewirkt:

a) durch Gleichstellung der diskontierten Schuldverschreibungen des Reichs mit bankmäßiger Deckung. Während des Kriegs wurden in den Übersichten der Reichsbank die diskontierten kaufmännischen Wechsel und Schecks von den diskontierten staatlichen Schuldverschreibungen nicht getrennt, obwohl sie hinsichtlich der Tauglichkeit für Notendeckung fundamental verschieden sind;

b) durch Einrechnung uneinlöslicher Zettel, die sich in den Kassen der Reichsbank befanden, nämlich der Darlehnskassenscheine, wie bisher schon der bis dahin einlöslichen Reichskassenscheine, in denjenigen Barbestand, der für Aufrechterhaltung der sogenannten Dritteldeckung vorgeschrieben war. Hier handelt es sich um reine Prestigepolitik;

c) durch Fernhaltung der beträchtlichen Ansprüche des Wirtschaftslebens an Lombardkredit von den Bilanzen der Reichsbank. Um dies zu verstehen, muß nunmehr die Organisation der Darlehnskassen näher betrachtet werden.[5]

Sowohl im Jahre 1848 wie auch 1866 und 1870/71 hatte man in Preußen bzw. Norddeutschland bzw. schließlich im gesamten Deutschland Kassen zur Gewährung kurzfristiger Pfanddarlehen auf Wertpapiere und Kaufmannswaren geschaffen. Als die Krisen, zu deren Bekämpfung diese Einrichtungen geschaffen waren, vorübergegangen waren, wurden damals die Lombarddarlehen an die Darlehnskassen zurückgezahlt und aus dem Erlös der Umlauf an Darlehnskassenscheinen getilgt. Besondere verfassungsmäßige Gründe erklärten es, daß 1848 und 1866 wenig klar ausgesprochen wurde, wer eigentlich Schuldner der Darlehnskassen sei. Die damals in Eile und schwieriger politischer Lage getroffenen Bestimmungen wurden 1870 übernommen, und auch 1914 lehnte man sich an sie an. Danach sind die Darlehnskassen besondere Anstalten, deren Verwaltung an die Organisation der Reichsbank angegliedert ist. Die Reichsbank betrachtete jedenfalls die Darlehnskassenscheine nicht als Schulden der Reichsbank. Von der Reichsschuldenkommission wurden die Darlehnskassenscheine in den Übersichten der schwebenden Schuld des Reichs aufgeführt; dem entspricht, daß die Darlehnskassenscheine mit der Unterschrift der Mitglieder der Reichsschuldenverwaltung ausgegeben wurden. Wenn auch das Reich nicht ausdrücklich ausgesprochen hat, daß es Schuldner der Darlehnskassenscheine sei, hat es dennoch kein Bedenken getragen, den Reingewinn der Darlehnskassen als Reichseinnahme zu verwenden. Das Problem, ob und wieweit das Reich Unter-

[5] Vgl. Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Artikel »Darlehnskassen«; ferner *Leo Feuchtwanger*, Die Darlehnskassen des Deutschen Reiches usw. (141. Stück der Münchener Volkswirtschaftlichen Studien). Stuttgart und Berlin 1918.

nehmer der Darlehnskassen und Schuldner, jedenfalls Garant der Darlehnskassenscheine sei, wäre würdig, die Aufmerksamkeit juristischer Autoritäten zu finden, die sich für feine Streitfragen interessieren. Praktisch hatte die Reichsbank erreicht, daß der Andrang von Lombardkreditbedarf befriedigt wurde, ohne daß die Lombarddarlehen der Reichsbank in den Wochenübersichten ein Anschwellen aufwiesen, obwohl der Einfluß der Reichsbank bei diesen Lombardkreditgewährungen durch Personalunion beider Institute gewahrt blieb. Die Reichsbank hat außerdem sehr zweckmäßigerweise, um einer unerwünschten Mannigfaltigkeit des Notenumlaufs vorzubeugen, die Darlehnskassen in weitgehendem Maße mit Reichsbanknoten versehen, für die sie im Austausch Darlehnskassenscheine empfing. Diese Darlehnskassenscheine wurden nur in Umlauf gesetzt, soweit es sich um kleine Abschnitte handelte, während die größeren Abschnitte bei der Reichsbank verblieben.

Sie war ermächtigt, diese Scheine, deren Umlaufsfähigkeit nicht auf Annahmezwang gegenüber den Privaten und nicht auf einem Einlösungsversprechen, sondern auf der Annahme bei öffentlichen Kassen beruhte, in ihren Barbestand einzurechnen, obwohl sie mit den besseren Bestandteilen des Barbestands nur eine äußerst entfernte Ähnlichkeit besaßen. Selbstverständlich trugen die Banknoten, welche — mit Darlehnskassenscheinen gedeckt — von den Darlehnskassen zu Lombarddarlehen verwendet wurden, genau so zur Inflation bei, als wenn die Reichsbank, ohne die Darlehnskassen zu schaffen, ihre direkten Lombardkredite entsprechend vermehrt hätte. Die Unterscheidung beider Arten von Zetteln bedeutete vor allem ein gefälligeres Aussehen der Reichsbankausweise.

Würden sich die Darlehnskassen auf Befriedigung des außerordentlichen Kreditbedürfnisses der privaten Erwerbswirtschaft während der Panik bei Kriegsausbruch beschränkt haben, so würde von selbst mit Rückzahlung der Darlehen eine Liquidation der Darlehnskassen und ein Rückfluß der von ihnen ausgegebenen Scheine stattgefunden haben. Die Maßregel würde den vorübergehenden Charakter, der ihr ursprünglich zugedacht war, bewahrt haben. Eine dauernd inflationssteigernde Wirkung wäre nicht eingetreten. Erst am 30. April 1924 sind jedoch die Darlehnskassen geschlossen worden. Während des Kriegs und nach

der Revolution wurde die Einrichtung — entgegen ihrem ursprünglichen Sinn — als etwas Dauerndes behandelt. Nicht nur, daß Kredite an das Erwerbsleben auch nach Ablauf der Mobilmachungszeit gewährt wurden, die Tätigkeit der Darlehnskassen wurde wesentlich erweitert und von dauernder Art, indem den Darlehnskassen folgende neue Aufgaben gestellt wurden:

1. durch Erteilung von Vorschüssen die Zeichnung auf Kriegsanleihen zu befördern sowie Vorschüsse gegen Verpfändung von Kriegsanleihen zu gewähren;
2. dem Anleihebedürfnis der einzelnen Staaten und der Gemeinden seit Kriegsausbruch entgegenzukommen.

Über die erste der beiden zusätzlichen Aufgaben, mit der man nach Abschluß des Kriegs und der Kriegsanleihen nicht mehr zu rechnen hatte, wird bei Besprechung der Technik der Unterbringung der Kriegsanleihen zu reden sein. Die zweite der beiden Aufgaben erwuchs daraus, daß während des Kriegs der deutsche Kapitalmarkt für die Reichsanleihen ausgeschöpft werden sollte und sich keine Gelegenheit fand, das normale Anleihebedürfnis der einzelnen Staaten und der Gemeinden durch langfristige Schuldaufnahme am deutschen Markte zu befriedigen. Vom banktechnischen Standpunkt ergab sich, wenn augenblicklich unbegebbare Schuldverschreibungen von Ländern und Gemeinden durch die Darlehnskassen beliehen wurden, der Mangel, daß hier persönliche Schuld und die Haftung des Pfandschuldners zusammenfielen, also nicht doppelte Sicherung wie sonst bei den Darlehen der Darlehnskassen gewährleistet war. Man hat dem durch bestimmte Vorsichtsmaßregeln Rechnung getragen. Für die Volkswirtschaft war die Wirkung eine Vermehrung des Zettelumlaufs ohne bankmäßige Deckung, also eine Zunahme dauernder Inflation.

Der Anteil, den die Darlehen an »Bundesregierungen, ihre Banken und die Kommunalverbände« an der Gesamtinanspruchnahme der Darlehnskassen ausmachten, war zeitweilig sehr beträchtlich. Nach der Höhe der aufgekommenen Zinsen entfielen auf diese Kreditentnahme 1917: 74,9 vH, 1918: 84,5 vH, 1922 noch immer 13,7 vH.[6] Später traten als Kreditnehmer der Dar-

[6] Vgl. die jährlichen Rechenschaftsberichte der Darlehnskassen.

lehnskassen die Kriegsgesellschaften einschließlich der Reichsgetreidestelle mehr in den Vordergrund.

Da die Verwaltungskosten verhältnismäßig gering blieben und in keinem Kriegsjahr 18 Millionen überstiegen haben, unverzinslicher Kredit aber reichlich von den Darlehnskassen zur Gewährung verzinslicher Darlehen ausgenutzt wurde, so waren die Überschüsse beträchtlich, welche an die Reichskasse jeweils abgeliefert wurden. Diesen Gewinnen standen jedoch die Verluste gegenüber, welche das Reich und das deutsche Volk durch die Inflation, zu der auch die Darlehnskassen beitrugen, erlitten haben. Vor allem war ein verhängnisvoller Weg beschritten, sobald man begann, statt beim Sparer beim Umlauf Staatskredit in Anspruch zu nehmen und dadurch auf die Dauer die Quelle normaler Kreditbeschaffung unergiebig zu machen.

Außer der Inanspruchnahme des Kredits standen dem Deutschen Reich zur Bestreitung der Mobilmachungskosten noch einige andere Deckungsmittel zur Verfügung, die jetzt betrachtet werden sollen.

Der alte preußische Staat war gewohnt gewesen, angesichts der damals geringen Entwicklung des öffentlichen Kredits und um Papierwirtschaft möglichst zu vermeiden, mit baren Reserven eines hierzu angesammelten Kriegsschatzes die Mobilmachung zu bestreiten. Ein Kriegsschatz von 120 Millionen Mark in Gold war entsprechend dieser Tradition vom Deutschen Reich nach 1870/71 angesammelt worden. 1913 war der in Gold bestehende Reichskriegsschatz von 120 auf 240 Millionen Mark vergrößert worden. Man hatte gleichzeitig, ohne auf die hiermit verbundenen Bedenken zu achten, den aus Vereinheitlichung des Landespapiergelds aus der Zeit der Kleinstaaterei herrührenden und vereinheitlichten Umlauf von 120 Millionen Mark Staatsnoten, sogenannten Reichskassenscheinen, auf 240 Millionen Mark erhöht. Diese Reichskassenscheine, in Abschnitten zu 5 und 10 M ausgegeben, waren bei Kriegsausbruch ein sogenanntes uneigentliches Staatspapiergeld gewesen, d. h. Staatsnoten in bar einlöslich und ohne die Eigenschaft eines gesetzlichen Zahlungsmittels. Ihre Umlaufsfähigkeit beruhte vor allem darauf, daß sie an öffentlichen Kassen und bei der Reichsbank zum Nennwert angenommen wurden. Mit Kriegsausbruch wurden die Reichskassenscheine für uneinlöslich erklärt, und es wurde ihnen die

Eigenschaft des gesetzlichen Zahlungsmittels verliehen, so daß wiederum die Inflationsgefahr etwas vermehrt wurde. Den Reichskriegsschatz hat man nicht in bar verausgabt, sondern bei Kriegsausbruch der Reichsbank zur Verstärkung ihres Metallbestands überwiesen. Die Mittel des Reichskriegsschatzes standen also nach wie vor in keiner Beziehung zu den ohne jede Deckung verausgabten Staatsnoten, bildeten vielmehr jetzt einen Teil der Deckung des Reichsbanknotenumlaufs. Die Folge der bisher betrachteten Maßregeln war, daß in Deutschland uneinlösliche Zettel der Reichsbank, uneinlösliche Darlehnskassenscheine und uneinlösliche Reichskassenscheine nebeneinander in Umlauf waren.

Außer durch Inanspruchnahme des Reichskriegsschatzes wurden noch bis Ende des Rechnungsjahrs 1914 weitere 297,6 Millionen Mark durch Ausprägung von Silberscheidemünzen aus der besonderen Silberreserve des Reichs beschafft.

Alle diese Einnahmen traten natürlich neben der Kreditbeschaffung als wenig erheblich vollkommen zurück.

DRITTER TEIL

Die Finanzierung des Kriegs

1. Allgemeines

Die Leiter des Reichs und der Reichsbank rechneten anfänglich mit einer kurzen Dauer des Kriegs. Vielleicht herrschte in amtlichen Kreisen zeitweilig die Hoffnung, daß man einen entschiedenen Sieg erringen und — wie nach 1871 — die Kosten durch Entschädigungszahlungen der niedergeworfenen Gegner decken werde. Jedenfalls verkündete man in den ersten Jahren — besonders während Dr. Helfferich die Finanzen leitete —, es sei nicht nötig, durch Steuern einen Teil der Kriegskosten aufzubringen, und es sei auch gar nicht möglich, einen sehr erheblichen Teil der Kriegsausgaben hiermit zu bestreiten. Man verwies auf die Deckung der Kriegsausgaben durch Kredit, allerdings unter Wahrung des Grundsatzes, daß die Mittel für Verzinsung dieser wie anderer Schulden durch ordentliche Einnahmen zu beschaffen seien. Helfferich betonte, wie geringfügig der Anteil der Steuern an der Deckung des Kriegsbedarfs selbst bei England sei. Vergeblich rühme sich dieses Land, die solideste Finanzpolitik zu treiben. Man wies ferner darauf hin, daß bei der Kreditinanspruchnahme im Inland sich ein Kreislauf vollziehe, indem durch Heeresaufträge der heimischen Volkswirtschaft die Gelder wieder zugute kämen, die ihr durch Anleihen zunächst entzogen sind. Tatsächlich hat Deutschland sich aufs eifrigste bemüht, seinen Waffen- und Munitionsbedarf im Inland zu beschaffen. Ob es möglich gewesen wäre, entsprechend der Praxis der Engländer und Franzosen, beträchtliche Heeresaufträge den Vereinigten Staaten zuzuwenden und dementsprechend dort bedeutende Kredite zu bekommen, ist für den Fernstehenden noch heute schwer zu entscheiden. Wäre es gelungen, so wäre es wohl politisch für Deutschland vorteilhaft gewesen. Da jedoch Deutschland mit der Beherrschung der Meere durch die englische Flotte rechnen mußte, so ist wahrscheinlich die Politik, die Heeresaufträge nur im Inland zu vergeben, keine ganz frei-

willige gewesen. Höchstens wäre in Betracht gekommen, in den Vereinigten Staaten Munition zu bestellen und einstweilen dort aufzustapeln.

Jedenfalls waren nennenswerte Erfolge in Beschaffung von Kredit aus den Vereinigten Staaten, solange diese neutral waren, unter den gegebenen Umständen für Deutschland nicht erzielbar.[1] Was die Technik der Kreditbeschaffung in Deutschland während des Kriegs betrifft, so lautete das Programm: vorläufige Aufbringung der nötigen Mittel durch Begebung unverzinslicher diskontierbarer Schuldverschreibungen, in geringem Maße auch von Wechseln, 1. bei der Reichsbank, 2. am offenen Markt, und womöglich regelmäßige Tilgung der aufgelaufenen schwebenden Schuld durch langfristige verzinsliche Anleihen, die man jeweils im Herbst und im Frühling beim deutschen Sparpublikum unterbrachte. Würde jedesmal durch die einzelnen neun Kriegsanleihen, die vom Herbst 1914 bis Herbst 1918 aufgelegt worden sind, der volle Betrag der ausstehenden unverzinslichen Schatzanweisungen aufgebracht und getilgt worden sein, so hätte diese Finanzpolitik in der Tat keine größere dauernde Inflation bewirken müssen. Soweit es möglich ist, diese Dinge nachzuprüfen, ist jedoch im Laufe des Kriegs eine solche Steigerung der Kriegskosten eingetreten, daß die Erlöse der Kriegsanleihen immer weniger ausreichten, die inzwischen entstandene Schuld an unverzinslichen Schatzanweisungen abzubürden.[2]

Trotz aller Erfolge der neun Kriegsanleihen lastete nach Abschluß der letzten Kriegsanleihe am 15. Oktober 1918 eine kurzfristige Schuld von 46,1 Milliarden Mark auf dem Reich.[3]

[1] Vgl. Anhang II. — *K. Helfferich*, Der Weltkrieg, Berlin 1922, Bd. I, Teil II, S. 151, formuliert seine Auffassung des Problems folgendermaßen: »Die Amerikaner haben im weiteren Verlauf des Weltkriegs nicht etwa deshalb für die Entente Partei genommen, weil sie dieser Geld gegeben hatten und uns nicht, sie hatten vielmehr der Entente Geld gegeben und nicht uns, weil sie von Anfang an in diesem Völkerringen mit ihren ganz überwiegenden Sympathien auf der Seite der Westmächte standen.« Ebenda S. 150 wird über den geringen Erfolg Dernburgs bei seinen Bemühungen, nach Kriegsbeginn Kredit für Deutschland in Amerika zu erlangen, und über Helfferichs Versuch, später wenigstens zehn Millionen Dollar Schatzscheine in Amerika unterzubringen, berichtet.

[2] Vgl. Anhang III.

[3] Vgl. Dr. Wirths Denkschrift vom 29. Juli 1920 (Verh. RT. 1. Wahlp. 1920, N. 254, S. 18). Für Ende Oktober 1918 wird in der Regierungsdenkschrift von

Soweit Kredit beim sparenden Publikum und bei der Geschäftswelt durch Kriegsanleihen beschafft wurde, ist ein Weg gewählt worden, bei welchem nur das Bedenken der Zins- und Tilgungslasten für die Zukunft, zunächst aber nicht unmittelbar Inflationsgefahr gegeben war. Aber auch soweit die unverzinslichen Schatzanweisungen am offenen Markt durch Diskontierung begeben wurden, trug diese Kreditbeschaffung nicht an sich zur Inflation bei, sondern nur mittelbar so weit, als die Schatzanweisungen bei der Reichsbank rediskontiert wurden oder der Geldmarkt bereits durch Inflation künstlich geschaffene Flüssigkeit der Mittel aufwies. Dagegen war mit der Begebung der unverzinslichen Schatzanweisungen unmittelbar bei der Reichsbank — mochte der Gegenwert in Noten sofort abgehoben werden oder auf Girokonto zunächst dem Reich gutgeschrieben werden — stets eine unmittelbare Schaffung künstlicher Kaufkraft, eine Inflationsgefahr verbunden.

Bis zum Kriegsende hat sich die Steigerung des Umlaufs an Reichsbanknoten, Privatbanknoten, Reichskassenscheinen, Darlehnskassenscheinen, zu denen noch das Notgeld verschiedener Gemeinden trat, keineswegs in der Preissteigerung innerhalb Deutschlands voll ausgewirkt. Vielmehr war Deutschland — durch die Blockade von der Einfuhr aus einer Menge von überseeischen Märkten abgeschnitten — während des Kriegs imstande, eine allerdings äußerst knappe Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Lebensmitteln, Kleiderstoffen, Brennstoffen usw., dank einer planmäßigen Regelung der Volkswirtschaft, zu ziemlich mäßigen Preisen zu gewährleisten. Die Entwertung der Mark sprach sich damals weder in der Steigerung der Kosten der Lebenshaltung, noch in den Löhnen, noch in den Mieten voll aus. Sie würde in einem Goldaufgeld zu messen gewesen sein, wenn nicht sorgsam durch Staatsanordnungen das Bekanntwerden eines Aufgelds auf Goldmünzen oder auch ein Bekanntwerden von erhöhten deutschen Barrengoldpreisen verhindert worden wäre. So blieb nur in der Änderung der Markwechselkurse in

Anfang 1924 »Material für ein Studium von Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen« auf S. 62 der Gesamtbetrag der begebenen unverzinslichen Schatzanweisungen auf 48,2 Milliarden angegeben. Die Wirthsche Denkschrift gibt die schwebende Schuld für 31. Oktober 1918 auf 48,0 Milliarden Mark an.

neutralen Ländern eine Möglichkeit, die im Krieg bereits eingetretene Entwertung der Mark rechnerisch festzustellen.

Drei Staatsmänner haben während des Kriegs als Staatssekretäre des Reichsschatzamts nacheinander die Finanzen geleitet: die Staatssekretäre Kühn, Helfferich (ab 1. Februar 1915) und Graf v. Roedern (ab 1. Juni 1916).[4] Unter Staatssekretär Kühn kam es noch nicht zu neuen Steuern; doch stand in den Eingängen aus dem in der Friedenszeit veranlagten Wehrbeitrag ein Deckungsmittel, das die Zukunft nicht belastete, zur Verfügung. Dazu kamen noch einige kleinere Posten solcher außerordentlicher Einnahmen, welche keine Lasten für die Zukunft bedeuteten. Trotzdem überhaupt in Zolleinnahmen und Verbrauchsteuern ein Ausfall eintrat, überraschte nach Abschluß des ersten Kriegsjahrs Dr. Helfferich den Reichstag mit der Mitteilung, daß im ordentlichen Haushalt im Rechnungsjahr 1914 ein *Überschuß* erzielt worden sei. Dieser war allerdings nur zu errechnen, indem man den ordentlichen Haushalt erheblich von den Heeres- und Marineausgaben, die in Friedenszeiten die Hauptlast gebildet hatten, befreite und diese auf den außerordentlichen Haushalt schob, dessen Ausgaben mit Schulden gedeckt wurden. Schon unter Helfferich drängte die öffentliche Meinung auf Heranziehung der Besteuerung zur Verringerung der Finanzschwierigkeiten. Es ist nicht zu leugnen, daß in Deutschland, solange es keine Reichseinkommensteuer und keine Reichsvermögensteuer gab, die Heranziehung der Wohlhabenden zu Steuerlasten des Reichs große Schwierigkeiten bot. Die einzelstaatlichen Finanzminister und die einzelstaatlichen Landtage setzten solchen Bestrebungen, da sie Einkommensteuer und Vermögensteuer als ihre Domäne sorgsam hüteten, lebhaften Widerstand entgegen.[5] Den Verbrauch der breiten Massen durch beträchtliche Erhöhung der Finanzzölle und inneren Verbrauchsteuern wirksam heranzuziehen, erwies sich als noch schwieriger. Die innerpolitische Schwierigkeit wäre gewesen, die Zustimmung der sozialdemokratischen Arbeitervertreter, auf deren Festhalten an der die Kriegslasten bewilligenden Mehrheit man größten Wert legen mußte, hierfür zu

[4] Vgl. Verh. RT. Bd. 307, S. 1227. Dr. Helfferich war am 22. Mai 1916 zum Staatssekretär des Innern ernannt, jedoch daneben bis 1. Juni 1916 mit Weiterführung des Reichsschatzamts beauftragt worden.

[5] Vgl. *Karl Helfferich*, Der Weltkrieg, Berlin 1922, Bd. I, Teil II, S. 155, 156.

gewinnen. Rein finanztechnisch aber war die weit größere Schwierigkeit, wie man einem Volk, welches großenteils auf Kaffee, Tee und Kakao wegen der Blockade verzichten und sich mit dürftigen Ersatzmitteln begnügen mußte, einem Volk, welches statt Zucker Süßstoff verwendete, mit Kriegsbrot knapp ernährt war und an allen Fetten Mangel litt, mit Fleisch äußerst knapp versorgt war und statt Bier ein immer mehr verdünntes Getränk verbrauchte, durch Zölle und Akzisen namhafte Beträge abnehmen sollte. Mit solchen Schwierigkeiten hatten Deutschlands Kriegsgegner, denen die Weltzufuhr offen stand, bei ihrer Kriegsfinanzierung nicht zu rechnen. Als der gangbarste Weg erschien wie anderwärts die steuerliche Heranziehung jener Schichten, die während des Kriegs als Lieferanten der Wehrmacht oder bei anderen Gelegenheiten besondere Gewinne gemacht hatten. Hierzu gesellten sich dann einige Erhöhungen der Steuern vom Vermögensverkehr sowie mit der Zeit einige Änderungen der Akzisen.

Wenn es auch übertrieben ist, Deutschland vorzuwerfen, daß nichts geschehen sei, um Kriegsausgaben durch Steuern zu decken, so ist doch zuzugeben, daß erst in den letzten Kriegsjahren die Besteuerung sehr energisch angespannt wurde und daß weitaus die Hauptlast der Kosten durch Kreditinanspruchnahme aufgebracht worden ist.[6]

[6] Es ist ein ungerechter Vorwurf, der der deutschen Regierung hie und da im Ausland gemacht worden ist, daß sie im Gegensatz zu anderen kriegführenden Ländern keinen Rechenschaftsbericht über die Kriegsfinanzen veröffentlicht habe. In der am 12. März 1919 vom Reichsfinanzminister Schiffer der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vorgelegten Denkschrift: »Die Finanzen des Deutschen Reichs in den Rechnungsjahren 1914—1918« (Verh. RT. Bd. 335, Nr. 158, mit Nachtrag in Drucksache Nr. 760 der Nationalversammlung vom 5. August 1919) sind eingehende Nachweisungen über die Kriegsfinanzen gegeben worden. Später legte noch der Reichsfinanzminister Dr. Wirth eine weitere Denkschrift »über die finanzielle Lage des Reichs« vom 29. Juli 1920 (RT. 1. Wahlp. 1920, Nr. 254) vor. Im wesentlichen übereinstimmend hiermit, jedoch in manchen Punkten berichtigend und ergänzend ist die am 9. Dezember 1920 vom Reichsfinanzminister Dr. Wirth dem Reichstag vorgelegte »Übersicht über die Reichseinnahmen und -ausgaben in den Rechnungsjahren 1913—1920« (RT. 1. Wahlp. 1920, Nr. 1134). Der Reichsfinanzminister Schiffer hat außerdem in seiner Rede vor der Nationalversammlung am 15. Februar 1919 sich bemüht, ein wahrheitsgetreues Bild der Finanzlage des Reichs, wie sie sich auf Grund des Kriegs ergab, zu entwickeln. Ergänzt werden diese Angaben durch die Anleihedenkschriften 1921 (RT. 1. Wahlp. 1921/22, Nr. 3556, vorgelegt 11. Februar 1922) und 1922 (RT. 1. Wahlp. 1920/23, Nr. 5557, vorgelegt 17. Februar 1923).

2. Die Inanspruchnahme des öffentlichen Kredits 1914–1918

Schon während des Kriegs wurde jeweils in den Denkschriften über die anläßlich des Kriegs ergriffenen wirtschaftlichen Maßnahmen eingehend über den Erfolg der einzelnen Kriegsanleihen der Öffentlichkeit berichtet. Leider ist es nicht ganz leicht, aus diesen Nachweisungen und den jährlich dem Reichstag bzw. der Nationalversammlung vorgelegten Anleihedenkschriften und den Berichten der Reichsschuldenkommission genau festzustellen, wieviel Reichsschulden aufgenommen worden sind, und vor allem, welcher Erlös bei den einzelnen Kriegsanleihen erzielt wurde. Eine zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse der deutschen Kriegsanleihen[7] habe ich in Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 1924, 47. Jahrg., S. 207 ff. und 48. Jahrg., S. 981 ff., gegeben.

Was wir bestimmt den Regierungsschriften entnehmen können, ist zunächst bezüglich der Technik der Kriegsanleihen folgendes:

Bei allen neun Kriegsanleihen 1914—1918 wurde nicht ein fester Betrag zur Zeichnung aufgelegt, sondern unbeschränkte Berücksichtigung der Zeichnungen zugesichert. Eine Ausnahme bildet nur, daß bei der ersten Kriegsanleihe der Betrag der aufgelegten Reichsschatzanweisungen auf eine Milliarde Mark beschränkt und vorbehalten wurde, Mehrzeichnungen durch Zuteilung eines anderen Anleihetyps zu berücksichtigen. Da somit die Höhe der zu begebenden Anleihe nicht im voraus feststand, wurde bei den Kriegsanleihen nicht die feste Begebung an ein Konsortium, sondern der Weg der Nationalsubskription gewählt. Zeichnungsstelle war die Reichsbank mit allen Zweigniederlassungen. Sie zog jedoch als Vermittler von Zeichnungen sämtliche übrige deutsche Banken und Bankiers, die Sparkassen, allmählich auch die Kreditgenossenschaften und die Post, ferner die Träger der Sozialversicherung, Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten, sowie sonstige private Versicherungsunternehmungen, vor allem die Lebensversicherungs-Gesellschaften, heran. Mit der Zeit hat man auch die Schulen zur Vermittlung von Zeichnungen beim Lehrpersonal und den Schülern nutzbar gemacht, ferner auch von der Armee und Marine sogenannte

[7] Vgl. Anhang III.

Feldzeichnungen — jedoch nur auf fünfprozentige Reichsanleihe und nur bis zu 10 000 M — entgegengenommen und endlich auch von überseeischen Stellen Zeichnungen erhalten.

Die Reichsbank empfing eine prozentweise vom Zeichnungsergebnis berechnete Vergütung für Auflegung und Abwicklung der Kriegsanleihen, wovon sie einen Anteil an die Vermittlungsstellen weiterzugeben hatte. Beispielsweise empfing die Reichsbank bei der 2. Kriegsanleihe 0,50 M für je 100 M Nennwert und gab hiervon 0,35 M an die Vermittlungsstellen weiter. Bei der 3. Kriegsanleihe waren diese Anteile 0,45 und 0,35 M, bei der 4. bis 8. Kriegsanleihe 0,40 und 0,30 M, bei der 9. Kriegsanleihe 0,45 und 0,30 M.[8] Zur Technik der Kriegsanleiheoperationen ist noch folgendes zu bemerken:

Bei allen neun Kriegsanleihen wurde ratenweise Einzahlung der gezeichneten Beträge zugelassen, jedoch sofortige Vollzahlung gestattet. Die Einzahlung hatte z. B. zu erfolgen in vier Terminen mit je 30 vH, 20 vH, 25 vH, 25 vH des gezeichneten Betrags.

Im ganzen sind überraschend prompt — vielfach ohne Inanspruchnahme der Möglichkeit aufgeschobener Zahlung — die gezeichneten Beträge entrichtet worden.

Die Leistung dieser Riesenzahlungen wurde erleichtert durch Entgegenkommen der Sparkassen und Banken: Gewährung von sofortiger Verfügung über noch nicht gekündigte Guthaben, ferner durch Beleihungen der Darlehnskassen für Kriegsanleihezeichnung sowie später auch durch Beleihung der gezeichneten Anleihen zu günstigem Darlehenssatz; diese Darlehen wurden überraschend schnell abbezahlt.[9] (Note 9 auf der folgenden Seite.)

Bereits fällige vierprozentige Reichsschatzanweisungen nahm man von den Zeichnern in Zahlung, ebenso — mit Diskontabzug — unverzinsliche Schatzanweisungen.

Dagegen jedoch, ältere, noch nicht fällige Reichsanleihen, insbesondere ältere Kriegsanleihe von den Zeichnern neuer Kriegsanleihe in Zahlung zu nehmen, hat sich die deutsche Finanzverwaltung im Gegensatz zu den Ententeregierungen anfangs gesträubt. Bei den späteren Kriegsanleihen ist man aber im wohlverstandenen Interesse der Kurssicherung der Kriegsanleihen

[8] Vgl. hierzu die Anleihedenkschriften der Regierung (Verh. RT. Bd. 316, Nr. 165; Bd. 320, Nr. 577, S. 4; Bd. 322, Nr. 1263, S. 4; Bd. 335, Nr. 234, S. 3).

darauf eingegangen. (Vgl. z. B. für die 6. Kriegsanleihe Verh. RT. Bd. 322, Nr. 1214, S. 198, 11. Nachtrag zur Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen anläßlich des Kriegs.) Um jedoch zu verhindern, daß zu wenig bare Mittel einflössen, wurde gefordert, daß jeder Zeichner von viereinhalbprozentigen Reichsschatzanweisungen höchstens doppelt soviel alte Anleihen (nach dem Nennwert) zum Umtausch anmelden konnte, als er neue Schatzanweisungen gezeichnet hatte.

Während der ganzen Kriegszeit hatte man die Tilgung älterer Kriegsanleihen fortgesetzt. Nicht nur zu bestimmten Zeitpunkten zu tilgende Schulden, wie z. B. vierprozentige Schatzanweisungen, wurden bei Fälligkeit zurückgezahlt, sondern es wurde auch die freiwillige Tilgung der seitens der Gläubiger unkündbaren älteren Anleihen durch Rückkauf am Markte bewirkt. Man hat außerdem auch während des Kriegs zur Kurshaltung Kriegsanleihe zurückgekauft. Im übrigen suchte man dem Bedürfnis nach

[9] Verh. RT. Bd. 322, Nr. 1214, S. 209 (11. Nachtrag zur Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges) gibt folgende Ziffern:

	Gesamtzeichnung in Millionen Mark	Hiervon waren bis zu den dem ersten Pflichteinzahlungstermin folgenden Ausweistagen der Reichsbank bezahlt			
		am	überhaupt in Millionen Mark	mit Hilfe der Darlehnskassen in Millionen Mark	vom Hundert von Spalte IV
I	II	III	IV	V	VI
1. K.Anl.	4481	7. 10. 1914	2568	710	27,6
2. K.Anl.	9106	15. 4. 1915	6085	521	8,6
3. K.Anl.	12163	23. 10. 1915	8732	566	6,5
4. K.Anl.	10768	22. 4. 1916	8271	396	4,8
5. K.Anl.	10699	23. 10. 1916	8423	235	2,8
6. K.Anl.	13122	30. 4. 1917	10430	277	2,7
7. K.Anl.	12458 (vorläufig)	31. 10. 1917	10470	135	1,3

Hierzu bemerkt die Denkschrift: »Es verdient noch erwähnt zu werden, daß nach dem Stand vom 23. November 1917 die Inanspruchnahme der Darlehnskassen für alle sieben Kriegsanleihen zusammen, auf die bis zu diesem Tage rund 71,9 Milliarden Mark eingezahlt waren, nur 940 Millionen Mark oder 1,3 vH betrug. Dieser Betrag stellt die gesamte Inanspruchnahme der Darlehnskassen für die Zwecke der Kriegsanleiheeinzahlungen dar, enthält also sowohl die Darlehen auf Waren wie auf Wertpapiere, von welch letzteren wiederum ältere Kriegsanleihen nur einen kleinen Teil ausmachen.« Im übrigen sind in Spalte II nicht überall die endgültigen Ziffern der Gesamtzeichnung in dieser Zusammenstellung enthalten. Vgl. hierzu Anhang III.

Abwechslung in den Schuldtypen zu entsprechen, indem zweimal je 400 Millionen Mark fünfprozentige Schatzanweisungen gegen einzuliefernde fünfprozentige Reichsanleihe und außerdem 1400 Millionen Mark viereinhalbprozentige Schatzanweisungen teils gegen bar, teils im Umtausch gegen andere Kriegsanleihen begeben wurden.

Zur Entlastung des Marktes und zur Kurssicherung trug ferner bei, daß bei Kriegssteuern und bei der Veräußerung von Heeresgut Kriegsanleihe an Zahlungs Statt angenommen wurde.

Mit der Zeit hat man auch in der Technik der Anleiheemission den Fortschritt gemacht, zunächst Zwischenscheine bis zur Herstellung der endgültigen Stücke den Zeichnern zuzustellen. (Vergleiche für die 3. Kriegsanleihe Verh. RT. Bd. 316, Nr. 162, S. 27 ff. 7. Nachtrag zur Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen anläßlich des Kriegs.)

Der größte Teil der Zeichnungen entfiel nicht auf die Reichsbank und deren Zweigstellen, sondern auf die vermittelnden Banken und Bankiers sowie die Kreditgenossenschaften.

Der Gewinn der Reichsbank als einziger Zeichnungsstelle wurde erheblich verringert durch Weitergabe von Vergütungen an die Vermittler. Er betrug nach den Reichsbankberichten:

Rbk. 1915 S. 14	1. KAnl.	9 654 538,54
Rbk. 1915 S. 14	2. KAnl.	12 443 450,01
Rbk. 1916 S. 17	3. KAnl.	8 598 559,42
Rbk. 1917 S. 18	4. KAnl.	6 027 636,17
Rbk. 1917 S. 18	5. KAnl.	3 735 950,37
Rbk. 1918 S. 19	6. KAnl.	3 415 728,38
Rbk. 1918 S. 19	7. KAnl.	— 1 958 721,65
Rbk. 1919 S. 21	8. KAnl.	607 763,92
	9. KAnl.	Die Abrechnung verschob sich; nähere Angaben sind im Bericht 1923 S. 13 nicht gegeben.

Bei allen neun Kriegsanleihen wurde zunächst fünfprozentige, bis zum 1. Oktober 1924 unkündbare Reichsanleihe zur Zeichnung aufgelegt. In der Regel handelte es sich um Zuteilung von Inhaberpapieren dieses Schuldtitels mit halbjährlichen Zinsscheinen. Da aber schon vor dem Krieg ein Reichsschuldbuch eingerichtet war, in welchem Forderungen, durch Umwandlung eingereichter Inhaberpapiere oder durch Barzahlung, zugunsten

des mit Namen und Wohnort eingetragenen Gläubigers begründet werden konnten, so hielt man auch bei den Kriegsanleihen daran fest, daß der Zeichner von fünfprozentiger Reichsanleihe statt Inhaberpapieren auf Antrag Eintragung ins Reichsschuldbuch erlangen konnte. Er hatte sich in diesem Falle einer Sperre von etwa einem Halbjahr bezüglich Wiederveräußerung seiner Forderung gegen das Reich zu unterwerfen und bekam hierfür einen günstigeren Zeichnungskurs (20 Pf für 100 M Kursermäßigung) zugebilligt. Das Reich sparte an Kosten der Herstellung von Wertpapieren und verringerte die Gefahr, daß spekulative Zeichner einen Kursdruck durch ihr Angebot am Markte herbeiführen konnten. Es empfahl sich, denjenigen Zeichnern, die nicht eine Forderung auf eine Rentenschuld zu erwerben beabsichtigten, vielmehr in absehbarer Zeit eine Rückzahlung ihres Darlehens zu einem festen Betrag vorzogen, durch eine andere Schuldgattung Entgegenkommen zu bieten. So war denn bei allen deutschen Kriegsanleihen mit Ausnahme der dritten neben der Begebung von fünfprozentiger, nicht tilgungspflichtiger Reichsanleihe die Begebung von verzinslichen, nach einem festen Plan tilgungspflichtigen Schatzanweisungen unternommen worden. Es wurde dem Gläubiger anheimgestellt, auf welche der beiden Schuldarten er zeichnen wolle. Bei der ersten und zweiten Kriegsanleihe sind fünfprozentige, bei der vierten bis neunten viereinhalbprozentige Schatzanweisungen ausgegeben worden. Sie waren wie die fünfprozentigen Reichsanleihen mit halbjährlichen Zinsscheinen ausgestattet. Die Tilgung sollte durch Auslosung erfolgen, für die folgende Bedingungen galten: Die fünfprozentigen Schatzanweisungen I waren in fünf Serien eingeteilt, die vom 1. Oktober 1918 bis 1. Oktober 1920 halbjährlich zur Tilgung auszulosen waren (Laufzeit durchschnittlich fünf Jahre). Die fünfprozentigen Schatzanweisungen II waren in vier Serien am 2. Januar und 1. Juli 1921 und 1922 zurückzuzahlen und sind gegenwärtig ebenfalls getilgt. Die viereinhalbprozentigen Schatzanweisungen IV und V waren in zehn Serien eingeteilt, von denen je eine Serie Januar 1923 bis Januar 1933 auszulosen und am darauffolgenden 1. Juli zurückzuzahlen war. Die Inhaber der ausgelosten Stücke konnten hier statt der Barzahlung viereinhalbprozentige, bis 1. Juli 1932 unkündbare Schuldverschreibungen fordern. Die viereinhalbprozentigen Schatzanweisungen VI bis

IX sind nach dem Tilgungsplan allmählich bis 1. Juli 1967 zur Heimzahlung auszulosen. Diese Heimzahlung erfolgt mit einem Aufgeld, welches von 10 auf 15 bzw. 30 vH steigt. Bei den viereinhalbprozentigen Schatzanweisungen VI bis IX ist für Verzinsung und für Tilgung durch Auslosung insgesamt jährlich 5 vH des ursprünglichen Betrags der Schatzanweisungen aufzuwenden, so daß für das Aufgeld mit dem Voranschreiten der Heimzahlung mehr Mittel zur Verfügung stehen. Die zurückgezahlten Schatzanweisungen nehmen weiterhin an Verzinsung und Auslosung teil. Zunächst werden die viereinhalbprozentigen Schatzanweisungen VI bis IX vom Juli 1918 an zu 110 vH ausgelost. Die nichtausgelosten Schatzanweisungen können seitens des Reichs — frühestens zum 1. Juli 1927 — zur Rückzahlung zum Nennwert gekündigt werden.

Jedoch dürfen die Inhaber der Stücke sodann statt der Barrückzahlung vierprozentige, bei der ferneren Auslosung mit 115 M für je 100 M Nennwert rückzahlbare, im übrigen den gleichen Tilgungsbedingungen unterliegende Schatzanweisungen fordern. Frühestens zehn Jahre nach der ersten Kündigung ist das Reich wieder berechtigt, die dann noch unverlosten Schatzanweisungen zur Rückzahlung des Nennwerts zu kündigen; jedoch können die Inhaber alsdann statt der Barrückzahlung dreieinhalbprozentige, mit 120 M für je 100 M Nennwert rückzahlbare, im übrigen den gleichen Tilgungsbedingungen unterliegende Schatzanweisungen verlangen.

Eine Übersicht der Rückzahlungsverpflichtungen aus Schatzanweisungen ist auf S. 39, 40 der Wirthschen Denkschrift über die finanzielle Lage des Reichs vom 29. Juli 1920 (Reichstag erste Wahlper. 1920 Nr. 254) gegeben. Hieraus ist folgendes zu entnehmen:

Die fünfprozentigen Reichsschatzanweisungen waren in der Zeit bis zum 1. April 1923 zurückzuzahlen, und zwar kamen zur Rückzahlung:

am 1. April 1920	bis zu	200 000 000 M
am 1. Oktober 1920	„ „	200 000 000 M
am 2. Januar 1921	„ „	300 000 000 M
am 1. April 1921	„ „	80 000 000 M
am 1. Juli 1921	„ „	300 000 000 M

am 1. Oktober 1921	bis zu	80 000 000 M
am 2. Januar 1922	„ „	300 000 000 M
am 1. April 1922	„ „	80 000 000 M
am 1. Juli 1922	„ „	300 000 000 M
am 3. Oktober 1922	„ „	80 000 000 M
am 1. April 1923	„ „	80 000 000 M

Inzwischen ist diese Tilgung der fünfprozentigen Schatzanweisungen bereits vollständig abgewickelt worden. Viereinhalbprozentige Schatzanweisungen der 4. und 5. Kriegsanleihe sind mit insgesamt einem Aufwand bis zu 2 646 298 300 M in der Zeit vom 1. Juli 1923 bis 1. Juli 1932 zurückzuzahlen, und zwar jährlich am 1. Juli bis zu 265 000 000 M.

Tilgungsplan der im Wege der Auslosung zurückzuzahlenden viereinhalbprozentigen Reichsschatzanweisungen der 6. bis 9. Kriegsanleihe für die ersten zwanzig Halbjahre:

Gesamtbetrag der Schatzanweisungen:

6. Kriegsanleihe	1 856 800 000 M
7. „	1 420 100 000 M
8. „	1 596 100 000 M
9. „	1 381 600 000 M

Es werden zurückgezahlt am (in Tausend Mark)	6. KAnl.	7. KAnl.	8. KAnl.	9. KAnl.
1. Juli 1918	4 400	—	—	—
2. Januar 1919	4 400	6 600	—	—
1. Juli 1919	4 400	3 300	11 000	—
2. Januar 1920	4 400	3 300	3 300	13 200
1. Juli 1920	4 400	3 300	4 400	3 300
2. Januar 1921	4 400	4 400	4 400	3 300
1. Juli 1921	5 500	3 300	4 400	3 300
2. Januar 1922	4 400	3 300	3 300	3 300
1. Juli 1922	5 500	4 400	4 400	4 400
2. Januar 1923	4 400	3 300	4 400	4 400
1. Juli 1923	5 500	4 400	4 400	3 300
2. Januar 1924	5 500	4 400	4 400	3 300
1. Juli 1924	5 500	3 300	4 400	4 400
Übertrag	62 700	47 300	52 800	46 200

Übertrag	62 700	47 300	52 800	46 200
2. Januar 1925	5 500	4 400	5 500	4 400
1. Juli 1925	5 500	4 400	4 400	4 400
2. Januar 1926	5 500	4 400	5 500	4 400
1. Juli 1926	5 500	4 400	4 400	4 400
2. Januar 1927	6 600	4 400	5 500	4 400
1. Juli 1927	5 500	4 400	5 500	4 400
2. Januar 1928	6 600	5 500	4 400	4 400
	103 400	79 200	88 000	77 000

Die Reichsschuld war bis zum Herbst 1918, zu welchem Zeitpunkt die 9. Kriegsanleihe begeben wurde, in dreierlei Weise stetig vergrößert worden: durch Ausgabe von fünfprozentiger Reichsanleihe ohne Tilgungspflicht, durch Ausgabe fünfprozentiger, später viereinhalbprozentiger Schatzanweisungen und durch Begebung unverzinslicher Schatzanweisungen bei der Reichsbank und am offenen Markt.

Mit Eintritt der Katastrophe im Herbst 1918 war die Frage brennend geworden, wie für Kreditbeschaffung in der Zukunft vorzusorgen sei. Zwei Probleme waren miteinander verknüpft: den Zugang zum deutschen Sparkapital für Unterbringung von verzinslichen Schuldverschreibungen zu sichern, die erst in längeren Fristen heimzuzahlen waren, und die schwebende unverzinsliche Schuld einzudämmen, die immer mehr die Reichsbank immobilisierte und Inflation bedeutete. Wollte man die Ursachen der Krediterschütterung bekämpfen, so mußte man schleunigst auf Konsolidierung der schwebenden Schuld und Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt hinarbeiten. Ansätze in der letzteren Hinsicht sind nicht zu verkennen, vor allem seit die Reichseinkommensteuer geschaffen wurde und sonstige Steuerreformen unternommen wurden. Die Erfolge dieser Steuermaßnahmen wurden aber beeinträchtigt durch andere Ereignisse, die nach der Revolution das Gleichgewicht des Reichshaushalts störten, wie z. B. Überführung der Eisenbahnen in Reichsbetrieb, übereilte Vermehrung des Beamtenheeres und Steigerung der Personalausgaben. Hierzu traten die Kosten der Demobilmachung, Ausgaben infolge politischer Unruhen seit der Revolution und vor allem drückende Anforderungen der Alliierten an die deutschen Finanzen seit Waffenstillstand und Friedensschluß.

Eine zielbewußte und weitschauende finanzielle Führung, die damals auf Einschränkung der Ausgaben, Einstellung der Begebung schwebender Schulden bei der Reichsbank, Vorbereitung einer Konsolidationsanleihe hingewirkt und die Markentwertung rechtzeitig bekämpft hätte, fehlte. Dementsprechend war auch den Versuchen, freiwilligen Kredit am offenen Markt zu finden, seit Herbst 1918 nur äußerst wenig Erfolg beschieden. Es beginnt eine Politik des Experimentierens mit kleinen Mitteln, eine Politik, welche in Zwangsanleihen und immer steigender Papierwirtschaft bis 1923 ihre Auswege suchte.

Von den kleineren Mitteln, mit denen man dem Zusammenbruch zu steuern suchte, seien vor allem zwei erwähnt:

1. Im November 1919 wurde noch einmal an den freiwilligen Kredit beim deutschen Kapital appelliert, und zwar indem eine neue, besonders lockende Form der Kapitalanlage in Gestalt einer unverzinslichen Lotterieanleihe dem Publikum angeboten wurde. Die sogenannte Sparprämienanleihe 1919 sollte ursprünglich fünf Milliarden einbringen. An Stelle einer fünfprozentigen Verzinsung wurde in Aussicht gestellt, daß die Zinsersparnis des Reichs verwendet werden sollte, um den Besitzern der Anleihe innerhalb 80 Jahren Prämien von 1000 bis 1 000 000 M bei der durch Auslosung zu bewirkenden Heimzahlung zuzuteilen, und daß außerdem für jedes zweite getilgte Stück ein mit den Jahren wachsender Bonus von 1000 bis 4000 M gezahlt werde.

Die Einzahlung war zur Hälfte in bar, zur Hälfte in fünfprozentiger Reichsanleihe zu leisten. Statt der erwarteten fünf Milliarden wurden jedoch nur 3 628 952 000 M begeben.[10]

Dadurch, daß nur die Hälfte der Zahlung in bar zu erfolgen hatte, war der Zugang an verfügbaren Mitteln aus der Sparanleihe für die Reichskasse angesichts der Finanznot nicht übermäßig groß.

2. Immer schwieriger war die Lage der Besitzer von verzinslichen Kriegsanleihen geworden, wenn sie aus irgendeinem Grund zum Verkauf ihres Besitzes genötigt waren. Um am Markt den Kurs zu halten, wurden bei Verkauf von Heeresgut, ferner bei

[10] Anleihedenkschrift 1920, Dr. Nr. 1522, RT. 1. Wahlp. 1921, S. 1, gibt das Zeichnungsergebnis auf 3 818 637 000 M an; Anleihedenkschrift 1922, Dr. Nr. 5557, RT. 1. Wahlp. 1920—1923, gibt dagegen die Ziffer der Begebung mit 3 628 952 000 M.

einzelnen Reichsabgaben Schuldverschreibungen der Kriegsanleihe in Zahlung genommen. Sie wurden ferner bereitwillig von den Darlehnskassen lombardiert. Vom 1. September 1919 ab wurde eine Stützungsaktion[11] für Kriegsanleihen unter Mitwirkung des Reichs unternommen. Die zu diesem Zweck begründete »Reichsanleihe-Aktiengesellschaft« mit 400 Millionen Mark Grundkapital und 400 Millionen Mark Garantiekapital wurde unter finanzieller Mitbeteiligung des Reichs begründet; sie sollte Kriegsanleihen, die am Markt angeboten wurden, aufnehmen und sich die Mittel hierfür größtenteils durch Lombardierung der Stücke bei der Reichsdarlehnskasse schaffen. Vom Standpunkte, daß vermehrte Inflation zu vermeiden sei, war dies natürlich nicht unbedenklich. Selbstverständlich war sowohl die Sparprämienanleihe wie jeder Versuch der Stützung des Kurses der Kriegsanleihen bloß dann auf die Dauer sinnreich, wenn einer Steigerung der Inflation gleichzeitig vorgebeugt wurde. Gelang es nicht, die Inflation aufzuhalten, so konnten noch so große Gewinne der Zeichner der Sparanleihen in entwerteten Papiermark kein Lockungsmittel bilden und mußten auch alle Versuche, den Kurs der Kriegsanleihen zu stützen, auf die Dauer wenig Erfolg versprechen.

Zunächst ist es aber durch die verschiedenen hier genannten Mittel gelungen, den Kurs der fünfprozentigen Reichsanleihe, der 1918, nach den Umsätzen des freien Verkehrs berechnet, durchschnittlich 97,80 vH betragen hatte, 1919 auf 80,596, 1920 auf 78,949 vH zu halten.[12] Seitdem stellte sich die Kursentwicklung mit Entwertung der Papiermark immer ungünstiger. Nach Durchführung der Markstabilisierung betrug der Kurs der fünfprozentigen Reichsanleihe zum Beispiel am 2. Juli 1925 nur noch, in Reichsmark berechnet, nach dem Berliner Kursbericht 0,410 vH, der der viereinhalbprozentigen Schatzanweisungen VI—IX 0,370 vom Hundert.

[11] Anleihedenkschrift 1919, Verh. RT. Bd. 341, Nr. 1869, S. 3. Vgl. auch über die am 26. August 1919 begründete Reichsanleihe-Aktiengesellschaft Reichsbankbericht 1919 S. 12.

[12] Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1921/22, S. 271.

BIBLIOTEKA SZKOŁY
NAUK POLITYCZNYCH
W KRAKOWIE

3. Finanzlage und Steuermaßnahmen in den einzelnen Kriegsjahren

ERSTES KRIEGSJAHR 1914

(Vom 1. April 1914 bis 31. März 1915)

Gerade bei Kriegsausbruch, am 1. August 1914, waren 80 Millionen Mark vierprozentige Schatzanweisungen Serie I von 1912 zur Heimzahlung fällig gewesen. 60 905 000 M davon wurden gegen vierprozentige Schatzanweisungen Serie I von 1914 umgetauscht, für den Rest war Barzahlung zu leisten.[13]

Im Reichshaushaltsgesetz vom 27. Mai 1914 (RGBl. S. 143) waren bereits für Verstärkung der Betriebsmittel der Reichskasse und für Deckung außerordentlicher Ausgaben 617,7 Millionen Mark vorgesehen gewesen. Hierzu trat eine Kreditbewilligung für Schuldtilgung im außerordentlichen Haushalt von 68,9 Millionen Mark.

Die Kreditbewilligungen für Schuldaufnahme beliefen sich im ersten Kriegsjahre auf folgende Summen: fünf Milliarden Mark Anleihekredit wurden durch das Gesetz vom 4. August 1914 betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1914 (RGBl. S. 345) der Regierung zur Verfügung gestellt. Es blieb der Verwaltung überlassen, den Typus der Schuldbegebung zu wählen, ferner im Bedarfsfalle auch Schulden in ausländischer Währung zur Flüssigmachung dieses Kredits aufzunehmen.[14]

Weitere fünf Milliarden Mark wurden durch das Gesetz vom 3. Dezember 1914 betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1914 (RGBl. S. 489) bewilligt.[15]

[13] Vergleiche Bericht der Reichsschuldenkommission vom 26. Juni 1916 (Verh. RT. Bd. 319, Nr. 434, S. 12, 13).

[14] Unter dem Eindruck, daß Deutschland den Krieg nicht gewollt habe und daß daher jeder angesichts der verzweifelten Lage zur Sicherung des Vaterlandes nach Kräften beitragen müsse, wurde der erste Kriegskredit wie die sonstigen Regierungsvorlagen am 4. August 1914 einstimmig — auch von der Sozialdemokratie — bewilligt. Vergleiche Verh. RT. Bd. 306, S. 10, 11. Im Nachtragsetat vom 4. August 1914 wurden als außerordentliche Deckungsmittel der Ausgaben außer der Anleihe von 5 Milliarden noch weitere 300 Millionen »aus den Gold- und Silberbeständen des Reichs« zur Verfügung gestellt.

[15] In der Wirthschen Denkschrift über die finanzielle Lage des Reichs vom 29. Juli 1920, S. 17, wird für das Rechnungsjahr 1914 noch eine Kreditbewilligung

Prüft man auf Grund der Reichshaushaltsrechnungen die hauptsächlichen Veränderungen, welche die Ausgaben und Einnahmen des Reichs im ersten Kriegsjahr 1914 gegen das letzte volle Friedensjahr 1913 auswiesen, so fällt zunächst auf, daß die Summe der ordentlichen Ausgaben 1914 sich gegen das Vorjahr von 3403,0 auf 2646,3 Millionen Mark verringert hat, obwohl die ordentlichen Ausgaben für Schulddienst von rund 245,3 Millionen Mark auf rund 470,4 Millionen Mark gestiegen sind. Die Erklärung hierfür liegt in folgendem: Die Preissteigerung machte sich im ersten Kriegsjahr noch nicht stark geltend, und erhöhte Ausgaben der Zivilverwaltungen für Personal- und Sachbedarf wurden noch nicht erforderlich. Vor allem aber zeigten im ordentlichen Haushalt die Ausgaben für Heer und Marine rein buchmäßig eine beträchtliche Verminderung, indem der Hauptteil dieser Ausgaben sowie anderer Ausgabeposten auf das Kapitel »Ausgabe des außerordentlichen Etats aus Anlaß des Kriegs« übernommen wurde. Ohne Berücksichtigung der Reste betrugen diese Ausgaben, nach den Reichshaushaltsrechnungen auf Millionen Mark abgekürzt:

1. im ordentlichen Haushalt	1913	1914
a) fortdauernde Ausgaben:		
Verwaltung des Reichsheeres	747,0	258,3
Verwaltung der kaiserlichen Marine	204,4	82,7
b) einmalige Ausgaben:		
Verwaltung des Reichsheeres	423,7	226,6
Verwaltung der kaiserlichen Marine	225,7	222,6
2. im außerordentlichen Haushalt		
aus Anlaß des Kriegs	—	6935,7

Was die Einnahmen betrifft, so verwandelte sich der bis 1913 aus Reichsbetrieben erzielte Überschuß in Fehlbeträge, außer bei der

vom 22. März 1915 (RGBl. S. 157) im Betrage von 9 933 837 074,09 M aufgeführt. In Wirklichkeit handelt es sich dabei um den Haushaltsplan für 1915, worin die Regierung zu insgesamt 9 961 842 782 M Schuldaufnahme für das am 1. April 1915 beginnende Rechnungsjahr ermächtigt wurde. Außerdem wurden durch dies Gesetz 2 Milliarden Mark Schatzanweisungskredit zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Mittel der Reichshauptkasse bewilligt.

Reichsdruckerei, die dank den Notendruckaufträgen seit Kriegsbeginn noch immer mit Überschuß arbeitete. Die Ausgaben der Post waren gegen 1913 gestiegen, nicht jedoch die Ausgaben, welche als solche der Reichsbahn verrechnet wurden; die Bruttoeinnahmen gingen bei beiden Verwaltungen erheblich zurück. Das Betriebsergebnis im ordentlichen Haushalt war, unter Weglassung der Reste und auf Millionen Mark abgekürzt:

	1913	1914
ordentliche Einnahmen der Post	833,3	745,3
süddeutsche Ausgleichsbeträge für Post	15,4	— 7,3
Gesamteinnahme	848,7	738,0
ordentliche Ausgaben der Post	743,6	781,3
Ergebnis	+ 105,1	— 43,3
ordentliche Einnahmen der Reichsdruckerei	15,7	19,5
ordentliche Ausgaben der Reichsdruckerei	10,5	13,8
Ergebnis	+ 5,2	(genau 5,3) + 5,7
ordentl. Einnahmen der Reichsbahn	158,6	108,0
ordentl. Ausgaben der Reichsbahn	128,0	124,0
Ergebnis	+30,6	— 16,0

Tatsächlich würden Post und Eisenbahn weit ungünstiger abgeschlossen haben, wenn nicht im Krieg in Neuanschaffungen und Ausbesserungen größte Einschränkung geübt worden wäre. Aus diesem Verhalten erwuchsen aber nach Kriegsabschluß bei der starken Abnutzung der Betriebsmittel große Lasten.

Das Defizit von Post und Eisenbahn wurde nicht etwa durch gestiegenen Ertrag der Zölle, Steuern und Gebühren des Reichs aufgewogen; vielmehr zeigten diese Einnahmen einen Rückgang von rund 1659,3 Millionen Mark (1913) auf 1567,2 Millionen Mark (1914).

Einen erheblichen Rückgang wiesen unter den Steuereinnahmen des Reichs vor allem die Zölle infolge Wegfall der Nahrungs-

mittelzölle und infolge Absperrung durch die Blockade, ferner die Wechselstempelsteuer, die Stempelsteuer von Wertpapieren, Börsenumsätzen, Frachturkunden und Personenfahrkarten, die Bodenwertzuwachssteuer, der Stempel von Grundstücksübertragungen auf, während noch 1914, vor voller Durchführung der Einschränkungen der Produktion in bestimmten steuerbelasteten Gewerben, die Steuern auf Zucker, Salz, Tabak, berauschende Getränke, Zündwaren und Leuchtmittel Mehrerträge gegen 1913 lieferten. Ebenso brachten die Abgaben von Gesellschaftsverträgen und von Versicherungen Mehreinnahmen. In den Verwaltungseinnahmen, dem Posten »Sonstiges«, der Überschüsse früherer Jahre enthält, endlich in den Ausgleichsbeträgen für Posteinnahmen schloß das Jahr 1914 weit ungünstiger als 1913 ab. Die Matrikularbeiträge, welche eigentlich der bewegliche Faktor in den Reichseinnahmen sein sollten, hierzu aber untauglich waren, bleiben unverändert auf netto 51,9 Millionen Mark stehen. Eine wirkliche große, 1913 bewilligte, nicht die Finanzen der Zukunft belastende Einnahme bot der Wehrbeitrag mit 637,4 Millionen Mark im Jahre 1914. Der Wehrbeitrag war der Ersatz für eine eigentliche Kriegssteuer im ersten Kriegsjahr.

Nach der Reichshaushaltsrechnung 1914 S. 24[16] schloß das Rechnungsjahr 1914, wenn man die Beträge auf Millionen Mark abkürzt, folgendermaßen ab:

A. Ordentlicher Etat:	ohne die verbliebenen Reste	einschließlich der verbliebenen Reste
Einnahme	3 258,6	3 270,2
Ausgabe	2 646,3	3 029,5
Mithin Mehreinnahme	612,3	240,7
B. Außerordentlicher Etat:		
Einnahme	4 564,1	10 401,9
Ausgabe	7 004,3	10 401,9
Mithin Mehrausgabe	2 440,2	—

Nach dem amtlichen Schema wird unter Berücksichtigung der verbliebenen Reste und nach Abzug von aus den Vorjahren übernommenen Posten für den ordentlichen und außerordentlichen

[16] Dr. Nr. 204, RT. 13. Leg.P. II. Session 1914/16.

Haushalt insgesamt ein Überschuß von 219,7 Millionen Mark errechnet.

Läßt man jedoch die verbliebenen Reste und die Übertragungen aus dem Vorjahr außer Betracht, so beträgt die Einnahme des ordentlichen Etats, bei welcher dann nicht wie im offiziellen Abschluß 85,3 Millionen Mark für Fehlbetrag von 1913 abzuziehen sind, 3343,9 Millionen Mark. Gegenüber 9650,6 Millionen Mark Gesamtausgabe des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts bliebe also ein durch außerordentliche Deckungsmittel zu bestreitender Fehlbetrag von 6306,7 Millionen Mark.[17] An außerordentlichen Einnahmen standen, abgesehen von kleineren Posten, 297,6 Millionen Mark, die nicht durch Schuldaufnahme, sondern durch Verwertung von Gold- und Silberbeständen des Reichs zu beschaffen waren, zur Verfügung. Aus 1913 war ein Zuschußbedarf des außerordentlichen Etats von 241,4 Millionen Mark übernommen worden. Tatsächlich betrug nach dem Bericht der Reichsschuldenkommission vom 26. Juni 1916 S. 34[18] vom 31. März 1914 bis 31. März 1915 die Nettozunahme

der verzinslichen Reichsschuld rund	4 579,0 Millionen Mark
der unverzinslichen Reichsschuld .	6 934,0 Millionen Mark
der Gesamtschuld rund	11 513,0 Millionen Mark

[17] In der Wirthschen Denkschrift vom 29. Juli 1920 (Dr. Nr. 254, RT. 1. Wahlp. 1920, S. 38) ist eine Übersicht des monatlichen Bedarfs an außerordentlichen Deckungsmitteln auf Grund der täglichen Kassenzettel der Reichshauptkasse gegeben, wobei es sich aber nach der Erläuterung nicht um rechnungsmäßig belegbare Ausgabeziffern und daher nicht um eine genaue Feststellung des Gesamtbedarfs handelt. Die Bareinzahlungen auf das Reichsschuldbuch sind zum Beispiel darin enthalten. Die Ziffern betragen in Millionen Mark:

August 1914	2 047,1
(Außerdem waren bei Kriegsbeginn genau 365 Millionen Mark Schatzanweisungen in Umlauf)	
September 1914	969,7
Oktober 1914	1 262,2
November 1914	1 218,5
Dezember 1914	1 602,9
Januar 1915	1 545,2
Februar 1915	1 513,6
März 1915	2 035,5
Insgesamt vom August 1914 ab im Rechnungsjahr 1914 ..	12 194,7

[18] Verh. RT. Bd. 319, Nr. 434.

Es ist jedoch hervorzuheben, daß von der Mehrung der verzinslichen Schuld auf die Friedensschuld 62,5 Millionen Mark entfielen.

Insgesamt belief sich die Reichsschuld am 31. März 1915 nach dem Bericht der Reichsschuldenkommission auf folgende Summen rund in Millionen Mark:

verzinsliche Friedensschuld	4 980,5
verzinsliche Kriegsschuld	4 516,4
verzinsliche Schuld insgesamt [19]	9 496,9
unverzinsliche Schuld einschließlich der Reichskassenscheine	7 458,0
gesamte Reichsschuld Ende März 1915	16 954,9
hierzu ausgefertigte Darlehnskassenscheine	2 978,9

Jedenfalls ist zu ersehen, daß 1914 der Gedanke, durch den Erlös der Kriegsanleihen dem Anwachsen der unverzinslichen Schatzanweisungen zu steuern, keineswegs befriedigend verwirklicht werden konnte.

Von finanziellen Maßnahmen im Rechnungsjahr 1914 sind folgende besonders hervorzuheben:

1. Eine finanzielle Belastung entstand durch die Verpflichtungen zur Unterstützung für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer. Maßgebend sind folgende Gesetze:

a) Das Gesetz vom 4. August 1914 (RGBl. S. 332) zur Änderung des Gesetzes betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 18. Februar 1888 sah eine weitere Ausdehnung der Unterstützungen über das bisher geltende Maß hinaus vor.

b) Das Gesetz vom 4. August 1914 über die Kriegsversorgung von Zivilbeamten (RGBl. S. 335) dehnte die für Pensionierung von Offizieren geltenden Bestimmungen auf militärisch verwendete Zivilbeamte und deren Hinterbliebene aus.

c) Die Verordnung vom 19. März 1915 (RGBl. S. 187) betreffend Unterstützung der Familien von Mannschaften des Beur-

[19] Abweichend von den Ziffern der Reichsschuldenkommission gibt die Wirthsche Denkschrift vom 29. Juli 1920 auf S. 29 die Gesamtsumme der fundierten Schuld für 31. März 1915 mit 9692 Millionen Mark an.

laubtenstandes und des Landsturms, die bei einer Schutztruppe in den Dienst getreten sind, regelt die Unterstützung vor allem der Angehörigen der Kämpfer in Deutsch-Südwestafrika. Die Verordnung wurde ergänzt durch die Verfügung des Reichskanzlers vom 23. März 1915 (RGBl. S. 191) zur Ausführung der Verordnung vom 19. März 1915.

d) Die Bekanntmachung vom 23. April 1915 betreffend Ausdehnung der Wochenhilfe während des Kriegs ergänzte die für Unterstützung von Wöchnerinnen als Angehörigen von Kriegsteilnehmern geltenden Bestimmungen. Die Zahlungen belasteten zunächst die kommunalen Lieferungsverbände, denen das Reich ihre Aufwendungen vierteljährlich ersetzen sollte.

2. In der Bekanntmachung vom 1. August 1914[20] betreffend die sofortige Einzahlung gestundeter Zölle und Reichssteuern bestimmte der Reichskanzler, daß die zur Zeit gestundeten und die nach den gesetzlichen Vorschriften noch zu stundenden Beträge an Zöllen und Reichssteuern, mit Ausnahme der Erbschaftsteuer, bei der zuständigen Zoll- oder Steuerstelle gegen Gewährung eines Abzugs von 6¼ vH für ein Jahr sogleich bar einzuzahlen seien, sofern die Stundungsnehmer es nicht vorzögen, in Höhe der gestundeten Beträge Wechsel zu zeichnen und zu übergeben. Die Pflicht sofortiger Zahlung galt jedoch nur für Beträge von 300 M aufwärts. Noch nicht fällige Branntweinsteuervergütungsscheine, Branntweinsteuergutscheine und Zuckersteuervergütungen durften bis auf weiteres auf gestundete Abgaben nicht mehr angerechnet werden. Entsprechend der Bekanntmachung vom vom 2. August 1914 betreffend Rabatt bei Verzollung oder Versteuerung aus Niederlagen (siehe Zentralblatt für das Deutsche Reich 1914 S. 447) ordnete der Bundesrat an, daß ein Rabatt von 10 vH des Abgabebetrags zu gewähren sei, sofern wegen des Kriegszustands aus Gründen der Sicherheit eine öffentliche Niederlage oder ein Privatzoll- oder Steuerlager aufgehoben und aus diesem Anlaß eine Verzollung oder Versteuerung mit sofortiger barer Entrichtung der Abgabe veranlaßt werde.

Die Bekanntmachung vom 31. Dezember 1914 (RGBl. 1915 S. 1) betreffend die Herabsetzung der Zinsvergütung für vorzeitige

[20] Diese Bekanntmachung ist nicht im Reichsgesetzblatt, sondern in dem vom Reichsamt des Innern herausgegebenen Zentralblatt für das Deutsche Reich 1914, S. 445, veröffentlicht.

Einzahlung gestundeter Zölle und Reichssteuern setzte die bisher gewährte Vergütung von 6¼ vH jährlich vom 10. Januar 1915 ab auf 5¼ vH herab.

In der Bekanntmachung vom 15. März 1915 (RGBl. S. 155) betreffend die gestundeten Zölle und Reichssteuern wurden die Bestimmungen vom 1. August 1914 betreffend die sofortige Einzahlung gestundeter Zölle und Steuern usw. aufgehoben. Die Zollkriegswechsel, welche zur Vorauszahlung gestundeter Zölle und Reichssteuern ausgestellt, dem zuständigen Hauptamt übergeben und an die Reichskasse giriert wurden, sind namentlich in den ersten Kriegswochen in beträchtlichem Maße bei der Reichsbank zur Diskontierung oder Lombardierung eingereicht worden.[21]

3. Wesentliche Einfuhrerleichterungen traten mit Kriegsausbruch und in den ersten Kriegsmonaten zwecks Versorgung der durch die Blockade von überseeischer Zufuhr abgesperrten deutschen Bevölkerung in Kraft:

a) Das Gesetz vom 4. August 1914 (RGBl. S. 338) betreffend vorübergehende Einfuhrerleichterungen ermächtigte den Bundesrat, während des Kriegs die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Genußmitteln, sowie von Mineralölen zu erleichtern, jedoch nicht für Waren, die sich in Zollausschlußgebieten, Freibezirken, Zollagern befanden.

b) Eine Menge von Einfuhrerleichterungen und Zollbefreiungen für pflanzliche und tierische Nahrungsmittel sind auf Grund dieser Gesetze ergangen.[22]

4. In einer Anzahl von Fällen wurde zur Förderung des Hypothekenkredits, der deutschen Rohstoffversorgung und der gemeinnützigen Kriegskreditbanken Erlaß von Reichsstempelabgaben angeordnet.[23]

5. Bedeuteten schon die Aufhebung der Lebensmittelzölle und die Befreiung von Reichsstempelabgaben einen Verzicht auf bisherige Einnahmen des Reichs, so wirkten indirekt einnahme-

[21] Vergleiche Kriegsdenkschrift, RT. Bd. 315 (1914), Nr. 26, S. 10.

[22] Vergleiche Kr.D. RT. Bd. 315, Dr. Nr. 26 vom 23. November 1914, S. 45 ff., und die weiteren Nachträge zu dieser Denkschrift.

[23] Vergleiche Bekanntmachung vom 19. August 1914 (RGBl. S. 380), Bekanntmachung vom 18. August 1914 (RGBl. S. 411), Bekanntmachung vom 17. März 1915 (RGBl. S. 155).

mindernd die Einschränkungen, welche sehr bald hinsichtlich der Branntweinerzeugung und des Branntweinausschanks sowie der Biererzeugung angeordnet werden mußten.

6. Durch das Gesetz vom 22. März 1915 betreffend die Ausgabe von Reichskassenscheinen und Reichsbanknoten zu 10 M (RGBl. S. 179) war angesichts des Verschwindens der silbernen Reichsscheidemünzen aus dem Umlauf eine starke Vermehrung von papierenen Zahlungsmitteln schon vor Ablauf des Rechnungsjahres 1914 vorgesehen worden. Diese Maßregeln wurden jedoch erst im Rechnungsjahre 1915 voll durchgeführt. Der Reichsbank wurde das Recht verliehen, Banknoten im Betrage von 10 M, deren Ausgabe man bisher vermieden hatte, auszugeben. Der bisherige Umlauf der Reichskassenscheine von 240 Millionen Mark sollte in Abschnitten zu 5 M unter Einziehung der bisherigen Reichskassenscheine zu 10 M stattfinden. Außerdem sollten weitere 120 Millionen Mark über den bisherigen Betrag von 240 Millionen Mark hinaus in Reichskassenscheinen zu 10 M ausgegeben werden. Dieser Mehrumlauf sollte jedoch durch Hinterlegung ausgegebener Darlehnskassenscheine oder von gemünztem deutschen Gold gedeckt werden. Die Reichskassenscheine waren seit Kriegsausbruch uneinlöslich und mit Zwangsumlauf ausgestattet. Ein weiterer Schritt zur Inflation, wenn auch in relativ geringen Beträgen, war getan. Man hat sich aber in der Folge nicht hinreißen lassen, in Deutschland den Staatsnotenumlauf weiter zu vermehren; die Zettelvermehrung erfolgte vielmehr — wenn man von vorübergehenden Notgeldemissionen usw. absieht — ausschließlich in Reichsbanknoten, Privatbanknoten und Darlehnskassenscheinen.

ZWEITES KRIEGSJAHR 1915

In der Reichstagssitzung vom 10. März 1915 begründete der nunmehrige Leiter der Finanzverwaltung, Staatssekretär Dr. Helfferich, den Haushaltsentwurf für das am 1. April 1915 beginnende Rechnungsjahr. Waren am 4. August 1914 die Kriegskredite noch einstimmig im Reichstag angenommen worden, so genehmigte diesmal nur eine große Mehrheit in dritter Lesung am 20. März 1915 den Haushaltsplan.[24]

[24] Verh. RT. Bd. 306, S. 134.

An Kreditaufnahmen wurden der Regierung bewilligt:

durch das Haushaltsgesetz vom 22. März (RGBl. S. 157) Anleihekredit	9 961 842 782 M
zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Reichskasse	2 000 000 000 M
durch Nachtragsgesetz vom 31. August 1915 (RGBl. S. 543)	10 000 000 000 M
durch Nachtragsgesetz vom 24. Dezember 1915 (RGBl. S. 842)	10 000 000 000 M
	31 961 842 782 M

Die ordentlichen Ausgaben hielten sich 1915 erheblich unter denen des Friedensjahrs 1913 und vermehrten sich nur wenig gegenüber 1914;[25] dies kam daher, daß Heeres- und Marineausgaben nunmehr fast völlig in den außerordentlichen Haushalt übernommen wurden. Die Kriegsausgaben stiegen gegen 1914 gewaltig. Dies spiegelt sich in den folgenden, den Haushaltsrechnungen unter Weglassung der Reste und Übertragungen entnommenen, auf Millionen Mark abgekürzten Ziffern:

	Ist 1913	Ist 1914	Ist 1915
Ordentliche Ausgaben	3 403,0	2 646,3	2 761,9
Außerordentliche Ausgaben aus Anlaß des Kriegs	—	6 935,7	23 908,9
Sonstige außerordentliche Ausgaben	117,9	68,6	18,2
Gesamtausgabe im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt	3 520,9	9 650,6	26 689,0

Bei den ordentlichen Einnahmen zeigt sich ein wachsendes Defizit in den Ergebnissen der Post. Die Betriebsverwal-

[25] Nach den Reichshaushaltsrechnungen stieg die fortdauernde Ausgabe für den Schulddienst im ordentlichen Haushalt beträchtlich; sie betrug rund in Millionen Mark:

	1913	1914	1915
Verzinsung der Reichsschuld brutto	178,8	397,8	1 264,8
Tilgung der Reichsschuld brutto	59,2	63,4	67,9
Verwaltung der Reichsschuld brutto	1,3	2,2	6,9
	239,3	463,4	1 339,6
	(genauer 239,4)		

tungen ergaben 1915 im ordentlichen Haushalt ausschließlich der Reste:

	Post	Reichsdruckerei	Reichsbahn
Ausgaben	776,4		
Fehlbetrag der süddeutschen Ausgleichsbeträge	9,2		
Summe der Ausgaben . . .	785,6	16,7	126,0
Einnahmen	741,7	23,9	120,5
Ergebnis	— 43,9	+ 7,2	— 5,5

Die Einnahmen aus Zöllen und inneren Verbrauchsteuern, die 1913 1343,0 und im Jahr 1914 noch 1339,6 Millionen Mark betragen hatten, schrumpften 1915 auf 878,9 Millionen Mark zusammen.[26] Salzsteuer, Zündwarensteuer, Branntweinsteuer, Biersteuer und Schaumweinsteuer, die 1914 Mehrerträge gegen das Vorjahr aufgewiesen hatten, sanken unter die Ziffern des Friedensjahres 1913. Die Zölle, welche 1913 679,3, 1914 noch 560,8 Millionen geliefert hatten, brachten 1915 nur noch 359,9 Millionen Mark. Günstige Ergebnisse brachte jedoch die Tabak- und Zigarettenbesteuerung, deren Ertrag von 54 (1913) und 68,2 (1914) Millionen im Jahr 1915 auf 79,7 Millionen Mark stieg.

Die Erbschaftsteuer brachte 48,8 gegen 46,4 (1913) und 43,6 (1914) Millionen. Die Bodenwertzuwachssteuer, welche 1913 noch 15,3 Millionen gebracht hatte, lieferte 1915 nur 0,7 Millionen Mark; der Ertrag der Reichsstempelabgaben, die einschließlich des Frachturkundenstempels 1913 254,7, 1914 noch 181,2 Millionen Mark gebracht hatten, sank 1915 auf 165,3 Millionen Mark.

Die Matrikularbeiträge nach Abzug der Überweisungen blieben wie in der ganzen Kriegszeit unverändert auf 51,9 Millionen Mark.

Wenn die ordentliche Gesamteinnahme ohne die Erträgnisse der Betriebsverwaltungen und ohne die Verwaltungseinnahmen sich von 2077,0 (1913) und 2404,4 (1914) im Jahr 1915 nur auf 1777,4 Millionen Mark verminderte, so ist dies relativ günstige Ergebnis nur zwei Umständen zu verdanken, nämlich dem Wehrbeitrag, der 1915 noch 307,8 Millionen Mark lieferte, und dem

[26] Vergleiche für die Einnahmen die Übersicht 1913—1920 in Dr. Nr. 1134, RT. 1. Wahlp. 1920.

Überschuß der Darlehnskassen, dem Anteil am Reingewinn der Reichsbank und dem Münzgewinn aus Scheidemünzprägung, also Einnahmequellen, die mit inflationischen Erscheinungen verbunden waren und 270,4 gegen 54,5 (1913) und 54,9 (1914) Millionen Mark lieferten.

Nach der Reichshaushaltsrechnung 1915 S. 20 schloß das Jahr 1915 folgendermaßen ab, wenn man die Beträge auf Millionen Mark abkürzt:

A. Ordentlicher Etat:	ohne Reste	einschl. der verbl. Reste
Einnahme	3 302,9	3 340,6
Ausgabe	2 761,9	3 143,2
Mehreinnahme	541,0	197,4
B. Außerordentlicher Etat:		
Einnahme	18 054,9	33 438,6
Ausgabe	23 927,1	33 438,6
Mehrausgabe	5 872,2	—

Unter Berücksichtigung der verbliebenen Reste und bestimmter Abzüge für Übertragungen aus dem Vorjahr wurde offiziell für 1915 ein Fehlbetrag von 22,3 Millionen Mark errechnet.

Läßt man nicht nur die verbliebenen Reste, sondern auch die Übertragungen aus den Vorjahren außer Betracht, so beträgt die ordentliche Einnahme, bei welcher dann nicht wie in der offiziellen Berechnung ein Bestand von 591,4 Millionen aus den Vorjahren einbezogen ist, 2711,5 Millionen Mark. Gegenüber 26 689,0 Millionen Mark Gesamtausgabe des ordentlichen und außerordentlichen Etats bliebe also ein durch außerordentliche Deckungsmittel zu bestreitender Fehlbetrag von 23 977,5 Millionen Mark.[27]

[27] Nach der Wirthschen Denkschrift vom 29. Juli 1920, S. 38, betrug in Millionen Mark der Bedarf an außerordentlichen Deckungsmitteln:

April 1915	1 882,5
Mai 1915	1 861,6
Juni 1915	1 965,2
Juli 1915	1 865,8
Übertrag	7 575,1

Tatsächlich betrug nach dem Bericht der Reichsschuldenkommission vom 16. Mai 1917[28] S. 40 die Nettozunahme der verzinslichen Reichsschuld Ende März 1915 bis Ende März 1916 rund 20 738,2 Millionen Mark, die Nettozunahme der unverzinslichen Schuld (einschließlich Reichskassenscheine, ausschließlich Darlehnskassenscheine) Ende März 1915 bis Ende März 1916 rund 2163,0 Millionen Mark. Die Gesamtschuldzunahme Ende März 1915 bis Ende März 1916 betrug rund 22 901,2 Millionen Mark.

Die Kriegsanleiheerlöse erlaubten somit, die Zunahme der schwebenden Schuld in etwas bescheidenerem Maße zu halten als 1914.

Aus den einzelnen Finanzmaßnahmen des Rechnungsjahres 1915 sind noch zum Schluß folgende hervorzuheben:

1. Durch das Reichskontrollgesetz vom 4. April 1915 (RGBl. S. 215) wurde die Geltung der Vorschriften des bisher maßgebenden Reichskontrollgesetzes vom 21. März 1910 (RGBl. S. 521) auf die Rechnungsjahre 1915 bis 1919 weiter ausgedehnt. Gleichzeitig wurde die Rechnungskontrolle des Reichs über gewisse Ausgaben der bayerischen Heeresverwaltung während des Kriegs vereinfacht.

2. Hatte der damalige Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich in seiner Etatrede vom 10. März 1915 (Verh. RT. Bd. 306, S. 31 ff.) von Einbringung neuer Steuern abgesehen und das Programm aufgestellt, die Kriegsausgaben durch Kreditaufnahme und nur die Schuldverzinsung aus ordentlichen Einnahmen zu decken, so drängte doch die öffentliche Meinung immer energischer auf Erschließung von Steuerquellen zur Kriegskostendeckung. Am 20. August 1915 kündigte Dr. Helfferich bei Beratung eines Nachtragkredits im Reichstag an, daß in einer Besprechung mit den

(Fortsetzung von Anm. 27 auf S. 53):

Übertrag	7 575,1
August 1915	1 646,3
September 1915	2 017,9
Oktober 1915	2 164,2
November 1915	1 955,4
Dezember 1915	2 441,0
Januar 1916	1 897,0
Februar 1916	1 865,5
März 1916	2 059,2
	23 621,6

[28] Verh. RT. Bd. 323, Nr. 1264.

Finanzleitern der Einzelstaaten man in Aussicht genommen habe, die Erhebung einer Steuer auf Kriegsgewinne in Anknüpfung an den Gedanken der Besteuerung des Vermögenszuwachses erst nach Abschluß des Friedens zu verwirklichen. Sein Gesichtspunkt war, daß man durch solche Steuerpläne während des Kriegs nicht die Bereitwilligkeit des deutschen Kapitals, auf Kriegsanleihen zu zeichnen, gefährden dürfe.[29] Anscheinend rechnete die Regierung damals noch immer mit einer kurzen Kriegsdauer. Ein erster vorbereitender Schritt zur Ausnützung der Kriegsgewinnbesteuerung wurde jedoch im Spätherbst 1915 unternommen. Am 30. November 1915 begründete Staatssekretär Dr. Helfferich im Reichstag[30] die Entwürfe zu einem Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne sowie über Heranziehung der Reichsbank. Die Regierungsentwürfe wurden im Reichstag etwas verschärft und schnell bewilligt. Ein Antrag der Sozialdemokratie, den Wehrbeitrag erneut zu erheben, wurde im Reichstag abgelehnt. Dagegen äußerte sich die Stimmung für schleunige Heranziehung der Kriegsgewinne in mehreren Resolutionen, die der Reichstag gelegentlich der Beratung der Regierungsentwürfe annahm.[31] Die Gesetze vom 24. Dezember 1915 über die Kriegsabgaben der Reichsbank (RGBl. S. 840) und über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne (RGBl. S. 837) bestimmten: vom Reingewinn der Reichsbank sollten 1915 vorweg 100 Millionen Mark, für 1915 und 1916 außerdem je 14,3 Millionen Mark Abgabe an das Reich abgeführt werden. Der Reingewinn der Reichsbank 1915 und 1916, soweit er den Durchschnitt der Jahre 1911, 1912 und 1913 überstieg, sollte zu drei Vierteln an das Reich fließen. Besondere Bestimmungen über die Reserven der Reichsbank 1914—1916 wurden hinzugefügt.

Das Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne verpflichtete die Erwerbsgesellschaften mit Sitz in Deutschland und ausländische Erwerbsgesellschaften mit Geschäftsbetrieb in Deutschland, für ihren inländischen Gewinn, 50 vH des Mehrgewinns gegenüber dem fünfjährigen Durchschnitt der Friedensjahre in eine Sonderrücklage einzustellen.

[29] Verh. RT. Bd. 306, S. 223 ff.
[30] Verh. RT. Bd. 306, S. 420 ff.
[31] Verh. RT. Bd. 306, S. 497, 498.

Kapitalsänderungen wurden sinngemäß berücksichtigt, die Gewinnverwendung für gemeinnützige Zwecke von der Rücklage befreit. Der Fall, daß Kriegsgewinne bereits bei Inkrafttreten des Gesetzes verteilt waren, wurde besonders geregelt, und zwar unter Rücksichtnahme auf Wohlfahrtsrücklagen. Es wurde vorgesehen, daß die für spätere Besteuerung heranzuziehende Sonderrücklage der Erwerbsgesellschaften in Schuldverschreibungen des Reichs oder eines deutschen Einzelstaats anzulegen und gesondert zu verwalten sei. Hiermit war unmittelbar noch nicht wie bei der Abgabe von der Reichsbank eine Steuereinnahme geschaffen, aber eine Grundlage für die Maßnahmen des Rechnungsjahres 1916 geschaffen.

DRITTES KRIEGSJAHR 1916

Am 16. März 1916 legte Staatssekretär Dr. Helfferich dem Reichstag den Voranschlag für 1916 vor. Von Ausgaben für Heer und Marine erschienen im ordentlichen Haushalt nur noch einige kleinere Posten als einmalige Ausgaben.

Dafür sind 1916 im außerordentlichen Haushalt »aus Anlaß des Kriegs« 24739,3 Millionen, nur 830,4 Millionen Mark mehr als 1915, aufgewendet worden.[32] Allerdings verblieben 23716,2 Millionen Mark Ausgabereste. Die ordentlichen Ausgaben sind auf 4007,9 gegen 2761,9 Millionen Mark des Jahres 1915 gestiegen. Die Verwaltung, Verzinsung, Tilgung der Reichsschuld erforderte an fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Haushalts fast das Doppelte wie im Vorjahr, nämlich rund in Millionen Mark:

1916	1915
2610,2	1339,6

Im übrigen waren die ordentlichen Ausgaben nur beim Reichsamt des Innern sehr erheblich gestiegen.

Von den Betriebsverwaltungen erzielten Reichsdruckerei und Eisenbahn Überschüsse, während bei der Post infolge Ausgabesteigerung der Fehlbetrag bedeutend zunahm. Im ordentlichen Haushalt — ohne Reste und ohne Übertragungen — stellte sich in Millionen Mark das Ergebnis der Betriebsverwaltungen 1916 wie folgt:

[32] Es wird hier von der Reichshaushaltsrechnung 1916 ausgegangen.

	Post	Reichsdruckerei	Reichsbahn
Ausgaben	814,6	28,1	138,8
Fehlbetrag der süddeutschen Ausgleichsbeträge	10,0	—	—
Gesamtausgaben	824,6	28,1	138,8
Einnahme	760,8	31,9	148,4
Ergebnis[33]	— 63,8	+ 3,8	+ 9,6

Die Einnahmen aus Zöllen und inneren Verbrauchsteuern betrugen 1020,4 Millionen. Den Rückgängen der Bier- und Branntweinsteuererträge sowie der Zolleinnahmen standen Mehreinnahmen aus Zucker- und Salzsteuer sowie aus erhöhter Tabakbesteuerung gegenüber. Verkehrsteuern einschließlich Erbschaftsteuer und Stempelabgaben brachten vor allem infolge von Steuerreformen stark gesteigerte Einnahmen:

405,0 (1916) gegenüber 214,1 (1915) Millionen Mark.

Die Matrikularbeiträge blieben unverändert auf netto 51,9 Millionen Mark. Aus dem Wehrbeitrag flossen noch 19,5, aus neu eingeführten Kriegssteuern 45,6, aus dem Überschuß der Darlehnskassen, dem Münzwesen und dem Gewinn der Reichsbank 257,6 Millionen Mark. Zum ersten Male finden sich auch 1916 die zeitweilig seitdem stark entwickelten Ausfuhrabgaben, zunächst mit 25,3 Millionen Mark.

Nach der Reichshaushaltsrechnung 1916 S. 22[34] stellte sich das Ergebnis rund in Millionen Mark:

I. Ordentlicher Etat:

	ohne Reste	einschl. der verbl. Reste	
Einnahme	3 384,7	4 371,6	
Ausgabe	4 007,9	4 393,9	
Mehrausgabe	623,2	genau 623,1	22,3

[33] Berücksichtigt man den verbliebenen Ausgaberest, so stellt sich im ordentlichen Haushalt 1916 der Fehlbetrag bei der Post auf 102,4, der Überschuß bei der Reichsdruckerei auf 3,5, bei der Reichsbahn auf 0,7 Millionen Mark.

[34] Dr. Nr. 1278, RT. 13. Leg.P., II. Session 1914—1918.

II. Außerordentlicher Etat:

	ohne Reste	einschl. der verbl. Reste
Einnahme	13 879,8	48 537,6
Ausgabe	24 771,7	48 545,3
Mehrausgabe	10 891,9	7,7

Zieht man von den ordentlichen Einnahmen den hier mitgerechneten Bestand aus Vorjahren von 321,3 Millionen Mark ab, so stehen 3063,4 Millionen Mark ordentliche Einnahmen 28 779,5 Millionen Gesamtausgabe des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts gegenüber, wenn man die Reste außer Betracht läßt. Es waren also 25 716,1 Millionen Mark durch außerordentliche Deckungsmittel aufzubringen.[35]

Die 1916 bewilligten Schuldaufnahmen betrugen:

Im Haushaltsgesetz vom 9. Juni 1916 (RGBl. 471)	11 705 677 M
außerdem Schatzanweisungen zur Verstärkung des Bestands der Reichskasse	2 000 000 000 M
1. Nachtragsgesetz zum Reichshaushalt vom 9. Juni 1916 (RGBl. S. 490)	12 000 000 000 M
2. Nachtrag vom 30. Oktober 1916 (RGBl. S. 1229)	12 000 000 000 M
3. Nachtrag vom 28. Februar 1917 (RGBl. S. 207)	15 000 000 000 M
Kriegskredite des Rechnungsjahres 1916 insgesamt	41 011 705 677 M

[35] Nach der Wirthschen Denkschrift vom 29. Juli 1920, S. 38, betrug der monatliche Bedarf an außerordentlichen Deckungsmitteln in Millionen Mark:

April 1916	1 883,9
Mai 1916	2 018,5
Juni 1916	2 034,7
Juli 1916	2 074,6
August 1916	1 978,5
September 1916	2 657,9
Oktober 1916	3 020,5
November 1916	2 262,0
Dezember 1916	2 870,1
Januar 1917	2 938,3
Februar 1917	2 729,8
März 1917	2 986,0
Summe Rechnungsjahr 1916	29 454,8

Nach dem Bericht der Reichsschuldenkommission vom 24. Juni 1918[36] betrug, auf Millionen Mark abgekürzt, am 31. März 1917:

die verzinsliche Reichsschuld	50 299,1
die unverzinsliche Reichsschuld (einschließlich Reichskassenscheine) ..	18 912,0
die gesamte Reichsschuld	69 211,1
hierzu Darlehnskassenscheine	5 762,3

Die verzinsliche Schuld hatte im Rechnungsjahr 1916 um 20 064,0 Millionen Mark, die unverzinsliche um 9291,0 Millionen Mark, die Gesamtschuld um 29 355,0 Millionen Mark zugenommen. Die Beseitigung der schwebenden Schuld aus Kriegsanleiheerlös war weniger als bisher gelungen. Um das Gleichgewicht einigermaßen im Haushalt herzustellen, hatte Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich bei Einbringung des Voranschlags für 1916 Steuerreformen beantragt, von denen er ungefähr 480 Millionen Mark neue Einnahmen erwartete. Es handelte sich um Erhöhung der Tabakabgaben, eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende Reichsabgabe, einen Quittungsstempel, Erhöhung des Frachturkundenstempels und um eine Besteuerung der Kriegsgewinne, bei der vermieden werden sollte, daß ein neuer umständlicher Steuerapparat zu schaffen sei.

Im Reichstag hatte sich zwar diesmal sozialdemokratische Opposition geltend gemacht, die Steuervorlagen wurden aber mit großer Mehrheit bewilligt. Jedoch hatte der Reichstag den vorgeschlagenen Quittungsstempel in einen Warenumsatzstempel umgearbeitet, aus dem sich später die Umsatzsteuer entwickeln sollte.

Über die Steuergesetzgebung vom Juni 1916, die im Anschluß an den Voranschlag durchgesetzt wurde, ist folgendes zu bemerken:

1. Das Gesetz vom 12. Juni 1916 über die Erhöhung der Tabakabgaben (RGBl. S. 507) hielt daran fest, den ausländischen Tabak in Form des Zolles, den inländischen Tabak in Form der Gewicht-

[36] Verh. RT. Bd. 325, Nr. 1899, S. 40, 41. Die Wirthsche Denkschrift vom 29. Juli 1920, S. 29, gibt hiervon abweichend die fundierte Schuld für Ende März 1917 auf 50 325 Millionen Mark an.

steuer zu belasten. Sämtliche Sätze wurden beträchtlich erhöht, ebenso die Zigarettensteuer, welche bereits im Frieden als Fabrikatsteuer ausgebildet worden war. Zur Erhöhung der Zigarettensteuer wurde noch ein Kriegsaufschlag hinzugefügt.

2. Das Frachturkundenstempelgesetz vom 17. Juni 1916 (RGBl. S. 555) brachte eine beträchtliche Belastung des Güterverkehrs.

3. Das Kriegssteuergesetz vom 21. Juni 1916 (RGBl. S. 561) knüpfte daran an, daß die natürlichen Personen ohnehin durch die im Frieden vorgesehene Besitzsteuer für den Vermögenszuwachs 1913—1916 veranlagt wurden. Etwas abweichend von den Grundsätzen der Besitzsteuer sollten zu der Kriegsabgabe 1916 die natürlichen Personen für ihren Vermögenszuwachs von Ende 1913 bis Ende 1916 unter Freilassung von Erbanfällen usw. sowie der Auszahlungen für Lebensversicherungen und unter Hinzurechnung von bisher der Besitzsteuer nicht unterworfenen Sachwerten stark progressiv herangezogen werden. Kleinste Vermögen und geringfügige Summen von Vermögenszuwachs wurden freigelassen. Außer den Fällen der Vermehrung von Vermögen 1913—1916 wurden der Kriegsabgabe auch die Fälle unterworfen, in welchen die Minderung des Vermögens nicht mehr als 10 vH des für den Beginn des Veranlagungszeitraums vorhandenen Vermögens betrug.

Die Kriegssteuer von 1916 vom Vermögenszuwachs natürlicher Personen begann mit 5 vH für die ersten 10 000 M Vermögenszuwachs und steigerte sich stark zunehmend für Mehrbeträge, so daß für einen Kriegsvermögenszuwachs über eine Million für den eine Million Mark übersteigenden Betrag nicht weniger als 50 vH zu entrichten waren. Bei einer Vermögensminderung war für den 90 vH des Friedensvermögens übersteigenden Betrag 1 vH Steuer zu entrichten.

Zur Vermögenszuwachssteuer der natürlichen Personen trat eine progressive Steuer von dem Mehrgewinn, welchen die Erwerbsgesellschaften im Krieg gegenüber dem Durchschnitt der Friedensgewinne erzielt hatten. Hierbei wurde das 1915 vorgesehene Verfahren, die Erfassung der Kriegsgewinne durch die Sonderrücklage zu sichern, ausgenützt. Die Mehrgewinne der Erwerbsgesellschaften wurden mit 10 bis 30 vH Steuer herangezogen. Hierzu trat ein progressiv steigender Zuschlag, der 50 vH der Steuer erreichte, wenn der durchschnittliche Geschäfts-

gewinn in den Kriegsjahren 25 vH des eingezahlten Kapitals und die Reserve überstieg.

Vorauszahlungen der Kriegssteuer wurden ermutigt, indem eine Verzinsung der bereits bis 1. Juli 1917 vorgeleisteten Zahlungen vom Reich zugestanden wurde.

Zweck der Kriegsabgabe sollte Verminderung der Reichsschuld sein. Dieser Zweck ist aus verschiedenen Gründen nur sehr unvollkommen erreicht worden. Erstens stieg während des Kriegs die Verschuldung ohnehin in gewaltigem Tempo; zweitens kam die Verminderung nicht dem bedenklichsten Teil der Reichsschuld, der schwebenden Schuld, die durch Begebung bei der Reichsbank inflationsfördernd wirkte, sondern der ungefährlicheren langfristigen Schuld zugute, da Zahlung der Kriegssteuer in Kriegsanleihe gestattet wurde. Es beginnt hiermit die verhängnisvolle Politik, welche während des Kriegs und seitdem bis 1923 auf Verringerung der langfristigen Schuld hingewirkt hat, während gleichzeitig in viel stärkerem Maße neue kurzfristige Schulden eingegangen wurden.

3. Das Gesetz vom 26. Juni 1916 über einen Warenumsatzstempel (RGBl. S. 639) sah vor, daß die Gewerbetreibenden einer Anmeldepflicht bezüglich der für Warenlieferung erzielten Entgelte unterworfen wurden. Die Steuer, welche am 1. Oktober 1916 in Kraft trat, wurde als im Prinzip nicht unbedenklich erkannt; man beruhigte sich damit, daß sie nur 1 pro Mille betrug und der Verkehr mit dem Ausland freigelassen wurde. Eine Erleichterung wurde dem Wirtschaftsleben gleichzeitig dadurch, daß der lästige Stempel von Schecks und von Quittungen über Auszahlung von Bankguthaben nunmehr aufgehoben wurde. Man erwartete von dieser Reform eine Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und wünschte auf dieses Ziel hinzuarbeiten, da bereits die Noteninflation nicht unbedenklich erscheinen mußte. Freilich blieb dann immer noch die Möglichkeit der Schaffung künstlicher zusätzlicher Kaufkraft durch Verfügung über Bankkredite.

Gesetzesänderungen, die in den Jahren 1915 und 1916 über den Absatz von Kalisalzen ergingen (Gesetz vom 7. September 1915, RGBl. S. 559 und Gesetz vom 21. Juni 1916, RGBl. S. 559), sind ohne unmittelbare Bedeutung für die Reichsfinanzen, da schon im Frieden der Ertrag der Abgabe von Kali industriellen Zwecken und nicht der Reichskasse zugute kam.

Durch das Kriegskontrollgesetz vom 5. Juli 1916 (RGBl. S. 691) wurde der Rechnungshof des Deutschen Reichs ermächtigt,

1. während des Kriegs Erleichterungen für die Rechnungslegung anzuordnen oder auch von der Legung einzelner Rechnungen ganz abzusehen,

2. Beschränkung der Rechnungsprüfung auf Stichproben durchzuführen, das Prüfungsgeschäft an einzelne Mitglieder des Rechnungshofs oder an Verwaltungsbehörden zu übertragen. Auch wurde Mitwirkung kaufmännischer und anderer Sachverständiger bei der Rechnungsprüfung ermöglicht.

Da jährlich dem Bundesrat und dem Reichstag über die Durchführung dieser Vereinfachungen vom Rechnungshof berichtet worden ist, so läßt sich unschwer ein Bild von diesen Vereinfachungen gewinnen. Im wesentlichen erscheinen sie zweckmäßig, jedenfalls durch die Notlage im Krieg geboten, wenn auch die Einwirkung auf Sparsamkeit verringert worden ist.

VIERTES KRIEGSJAHR 1917

Am 23. Februar 1917 legte Reichsschatzsekretär Graf v. Roedern dem Reichstag den Haushaltsplan für 1917 vor. Die Ziffern des ordentlichen Haushaltsplans wiesen eine beträchtliche Steigerung gegen das Vorjahr auf. Die Ausgaben und Einnahmen im ordentlichen Haushalt wurden auf 4 941 876 060 M veranschlagt. Aus Sparsamkeitsgründen waren die Personalvermehrungen aufs äußerste beschränkt worden, sie bildeten im wesentlichen nur bei der Reichspost und den Reichseisenbahnen die Ursache zu einer Mehrausgabe von 7 bzw. 4½ Millionen. Die Ausgaben des Reichsamts des Innern waren gestiegen infolge der Wirkungen des Kriegs auf die Sozialversicherung. Zum natürlichen Zugang der Rentenempfänger bei Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersversicherung auf 65 Jahre trat die Vermehrung der Waisenrenten, welche der Tod der Ernährer im Kriege verursachte. Wie im Haushaltsplan 1916 war auch diesmal die Ausgabe für Armee und Marine fast völlig aus dem ordentlichen Haushalt ausgeschieden worden. Die Hauptbelastung des ordentlichen Haushalts war durch den Aufwand für Schuldendienst angesichts der Vermehrung der Kriegsschulden verursacht. Tatsächlich hat 1917 die Verwaltung, Verzinsung und Tilgung der Reichsschuld an fortdauernden Ausgaben 6511,0 Millionen Mark erfordert.

Im außerordentlichen Haushaltsplan wurden 93 204 992 M angefordert und die Fürsorge für die Kriegsausgaben besonderen Nachtragskrediten vorbehalten. Im außerordentlichen Haushalt war eine bescheidene Vermehrung der Fonds für Kleinwohnungen von 5 auf 10 Millionen Mark vorgesehen. Tatsächlich hat der Hauptposten der Ausgaben des außerordentlichen Haushalts, das Ausgabenkapitel »aus Anlaß des Kriegs«, 42 188,4 Millionen Mark, mit den verbliebenen Resten 68 716,2 Millionen Mark erfordert.

Da nur geringe Einnahmen aus Zöllen, Biersteuer und Branntweinsteuer — wie bisher im Kriege — zu erwarten waren und man damit rechnete, daß etwa 1250 Millionen Mark mehr als bisher für Schuldverzinsung aufzubringen seien, so fühlte sich Graf v. Roedern verpflichtet, durch erhöhte Besteuerung für 1250 Millionen Mark Mehreinnahmen zu sorgen.

Der Reichstag hat nach eingehender Beratung am 16. Mai 1917 den Haushaltsplan 1917 angenommen und auch die verschiedenen Steuervorschläge des Grafen v. Roedern im Laufe des Sommers 1917 bewilligt. Beide sozialistische Gruppen stimmten dagegen, und zwar die sozialistisch-demokratische Arbeitsgemeinschaft, wie Ledebour ausführte, infolge ihrer grundsätzlichen Stellung zur gesamten Haltung der Regierung, die sozialdemokratische Mehrheitspartei, weil sie die »ungerechte und einseitige Belastung der wirtschaftlich schwachen Volkskreise« durch einzelne der neuen Steuern mißbilligte. Dank den Steuerreformen brachten Zölle und innere Verbrauchsteuern 1437,9 (1917) gegen 1020,4 (1916) Millionen Mark. Der Rückgang der Zolleinnahmen von 348,3 auf 234,4 Millionen [37] wurde durch die Steigerung der

[37] Die Summe der Bruttoeinnahmen des Reichs aus Zöllen und inneren Verbrauchsteuern im Rechnungsjahr 1917 ergibt nach der Reichshaushaltsrechnung 1437,9 Millionen Mark. Die Nettoeinnahme nach der Wirthschen Übersicht der Reichseinnahmen und -ausgaben 1913—1920 (RT. Dr. Nr. 1134, 1. Wahlp. 1920, S. 8, 31) ist nur mit 1436,2 Millionen Mark angegeben. Die Zolleinnahmen betrugen nach der Wirthschen Übersicht S. 31 232,726 Millionen Mark, nach der Reichshaushaltsrechnung 234 447 282,67 M. Die Ziffern für die Verbrauchsteuern stimmen in beiden Quellen miteinander überein. Anscheinend beruhen die Abweichungen darauf, daß in der Wirthschen Übersicht, leider ohne nähere Aufklärung, vom Bruttozollertrag 1 721 365,97 M abgezogen wurden, die auf Grund der schließlichen Abrechnungen über die Zölle, Steuern und Gebühren für die Rechnungsjahre 1903—1907 in der Reichshaushaltsrechnung 1917 verbucht wurden. Es bleibt aber immer noch einiges unklar. Völlig abweichend von den Ziffern der Reichshaushaltsrechnung 1917 sind die Angaben über die Roherträge

Einnahmen vom Tabak von 202,9 auf 419,5, also fast auf das Achtfache der Friedenseinnahmen, mehr als aufgewogen. Von den alten Steuern lieferte nur die Salzsteuer mit 103,2 Millionen fast regelmäßig auch im Krieg steigende Erträge, während Bier und Branntwein bei der Einschränkung der Produktion, die um der Volksernährung willen angeordnet werden mußte, bloß 20,2 bzw. 19,6 gegen 130,0 bzw. 193,8 Millionen Mark des letzten Friedensjahres lieferten. Auch die Zuckersteuer brachte — im Zusammenhang mit der Einschränkung der Produktion für menschlichen Verbrauch — verringerte Erträge, nämlich 163,8 (1917) gegen 173,7 (1913) Millionen Mark. Die Steuern auf Schaumwein, Leuchtmittel, Zündwaren, Spielkarten lieferten auch im Krieg Einnahmen, die sich mit den Friedensziffern vergleichen ließen. Die ergiebigste neuerschlossene Einnahme unter den inneren Verbrauchsteuern bildete die *Kohlensteuer* mit 412,9 Millionen Mark Erträgnis im Jahre 1917.

Die Erbschaftsteuer, die unergiebige Bodenwertzuwachssteuer und die für den Vermögenszuwachs 1913—1916 erstmalig fällige Besitzsteuer lieferten 172,4 Millionen Mark, die Reichsstempelabgaben einschließlich der stark gesteigerten Abgaben vom Personen- und Güterverkehr und der mit den Post- und Telegraphenporti zu erhebenden Abgaben brachten 677,4 (1917) gegen 339,9 (1916) Millionen Mark. Der Zuschlag zur Kriegsabgabe lieferte 1917 807,1 Millionen Mark. Das Ergebnis der Betriebsverwaltungen des Reichs stellte sich noch weit ungünstiger als bisher. Auf Millionen abgerundet betrugen die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben ohne Berücksichtigung der verbliebenen Reste 1917:

	Post	Reichsbahn	Reichsdruckerei
Ordentliche Ausgaben	940,4		
Fehlbetrag der süddeutschen Post-Ausgleichungsbeträge	7,4		
	947,8	212,6	45,6
ordentliche Einnahmen	833,7	182,8	49,7
Ergebnis	— 114,1	— 29,8	+ 4,1

der Zölle und Verbrauchsteuern im II. Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs 1921, S. 63. Im übrigen flossen 1917 noch 5,4 Millionen Mark dem Reich an Ausgleichungsbeträgen für Zölle und Steuern zu, die zu der oben angegebenen Gesamtsumme von 1436,2 Millionen Mark hinzutreten.

Die Matrikularbeiträge brachten unverändert nach Abzug der Überweisungen 51,9 Millionen, die Einnahmen vom Überschuß der Darlehnskassen und dem Erträgnis der Reichsbank und der Notensteuer 481,9 gegen 257,6 Millionen Mark des Vorjahres; die außerordentliche Kriegsabgabe samt einem Restbetrag des Wehrbeitrags brachte 1917 4046,0 Millionen Mark.

Die Reichshaushaltsrechnung 1917 schloß — rund in Millionen Mark — folgendermaßen ab:

	Ist ausschließlich der Reste	Ist einschließlich der Reste
A. Ordentlicher Haushalt:		
Einnahme	8 475,4	8 504,6
Ausgabe	8 139,5	8 504,6
Mehreinnahme	335,9	—
B. Außerordentl. Haushalt:		
Einnahme	15 246,7	71 703,8
Ausgabe	45 121,8	71 703,8
Mehrausgabe	29 875,1	—

In der offiziellen Berechnung der ordentlichen Einnahmen sind vorweg 600,8 Millionen, die aus Fehlbeträgen der Vorjahre stammen, abgezogen. Ohne Übertragungen und Reste betrugen die ordentlichen Einnahmen 1916 9076,2 Millionen Mark. Gegenüber 53 261,3 Millionen Gesamtausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts blieben also 44 185,1 Millionen Ausgaben, die durch außerordentliche Deckungsmittel zu bestreiten waren.[38]

[38] Nach der Wirthschen Denkschrift vom 29. Juli 1920, S. 38, betrug der monatliche Bedarf an außerordentlichen Deckungsmitteln in Millionen Mark:

April 1917	3 075,8
Mai 1917	3 026,6
Juni 1917	3 378,9
Juli 1917	3 459,4
August 1917	3 154,5
September 1917	3 524,7
Oktober 1917	4 217,3
November 1917	3 075,9
Übertrag	26 913,1

Tatsächlich hat sich 1917 die Reichsschuld netto um rund 36 092,9 Millionen Mark vermehrt.

Nach dem Bericht der Reichsschuldenkommission vom 24. November 1919[39] betrug rund in Millionen Mark am 31. März 1918

die verzinsliche Reichsschuld	71 915,4
die unverzinsliche Reichsschuld einschließlich Reichskassenscheine	33 388,5
die gesamte Reichsschuld	105 303,9
außerdem Darlehnskassenscheine	9 629,0

Trotz der glänzenden Kriegsanleiheergebnisse hatte sich die diskontierte schwebende Schuld nicht verringern lassen, sondern sie war in starkem Maße gestiegen.

Die Mehrung der Schulden gegenüber dem letzten vollen Friedensjahr 1913 betrug rund in Millionen Mark:

Verzinsliche Friedensschuld am 31. März 1914	4 917,9
Verzinsliche Friedens- und Kriegsschuld am am 31. März 1918	71 915,4
Zunahme der verzinslichen Gesamtschuld seit 31. März 1914	66 997,5

(Fortsetzung von Anm. 38 auf S. 65):

Übertrag	26 913,1	
Dezember 1917	4 005,4	
Januar 1918	4 186,0	
Februar 1918	3 267,0	
März 1918	4 289,1	
Rechnungsjahr 1917	42 660,6	

Die Schuldaufnahmebewilligungen 1917 betrugen:

Haushaltsgesetz vom 30. Mai 1917 (RGBl. S. 445) Anleihekredit	7 275 764 M
zur Verstärkung der Reichshauptkasse	3 000 000 000 M
Nachtrag zum Haushaltsgesetz vom 21. Juli (RGBl. S. 651) Anleihekredit	15 000 000 000 M
2. Nachtrag zum Haushaltsgesetz vom 21. Oktober 1917 (RGBl. S. 959) weiter zur Verstärkung der Reichshauptkasse	3 000 000 000 M
3. Nachtrag zum Haushaltsgesetz vom 9. Dezember 1917 (RGBl. S. 1097) Anleihekredit	15 000 000 000 M
4. Nachtrag zum Haushaltsgesetz vom 22. März 1918 (RGBl. S. 145) Anleihekredit Rechnungsjahr 1917	15 000 000 000 M
	51 007 275 764 M

[39] Verh. RT. Bd. 343, Nr. 2912, S. 58, 59.

Unverzinsliche Schuld am 31. März 1914	524,0
Unverzinsliche Schuld am 31. März 1918	33 388,5
Zunahme der unverzinslichen Schuld seit 31. März 1914	32 864,5
Hierzu Mehrung der verzinslichen Schuld	66 997,5
Mehrung der gesamten Schuld seit 31. März 1914	99 862,0

Im Rechnungsjahr 1917 war es dem Grafen von Roedern gelungen, eine Reihe harter, aber einträglicher Steuern für das Reich durchzusetzen:

1. Durch das Gesetz vom 27. März 1917 (RGBl. S. 285) über eine weitere Kriegsabgabe der Reichsbank für 1916 wurde bestimmt, daß die Reichsbank aus dem Gewinn von 1916 vorweg 100 Millionen Mark an das Reich abzuführen hatte. Bezüglich der Reserve für Kriegsverluste wurde vorbehalten, zugunsten des Reichs später über die Summen durch Gesetz zu verfügen, welche nicht wirklich für Deckung von Kriegsverlusten verbraucht wurden.

2. Das Gesetz vom 9. April 1917 über die Erhöhung eines Zuschlags zur Kriegssteuer (RGBl. S. 349) sah einen Zuschlag von 20 vH zur Kriegsabgabe 1916 vor.

3. Das Gesetz vom 9. April 1917 über Sicherung der Kriegssteuer (RGBl. S. 351) verpflichtete die Erwerbsgesellschaften, 60 vH des im neuen Kriegsgeschäftsjahre erzielten Mehrgewinnes einer Sonderrücklage zuzuführen. Einzelpersonen hatten nunmehr vor Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland der Steuerbehörde auf ihren Namen Sicherheit zu leisten.

4. Im § 5 des Gesetzes betreffend Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1917 (RGBl. S. 445) wurde vorgesehen, daß entsprechend der Einzahlung von Stücken der Kriegsanleihen für die Kriegssteuer 1916 sich das Anleihesoll und die Kreditermächtigung von selbst vermehre — eine Maßnahme von in erster Linie etatrechtlicher Bedeutung.

5. Das Kohlensteuergesetz vom 8. April 1917 (RGBl. S. 340) sieht eine zwanzigprozentige Steuer vom Wert der gelieferten oder sonst abgegebenen oder der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbrauch zugeführten oder der einge-

führten Kohlen — entsprechend dem Verkaufspreis ab Grube bzw. Verarbeitungsstelle bzw. Grenzeingangsstelle — vor. Frei bleiben Kohlen für Aufrechterhaltung des Betriebs der Bergwerke sowie der Aufbereitungsanlagen, Braunkohlen für Preßkohlenbereitung (hier wird die Preßkohle zur Steuer herangezogen), Kohlen für Deputate der Angestellten und Arbeiter der Bergwerke, nach näherer Anordnung des Bundesrats auch Kohlen für Schiff- und Eisenbahnverkehr mit dem Ausland sowie Kohle, die zu Ölen, Fetten, Wachs und ähnlichen Erzeugnissen verarbeitet wird.

Eine Ermäßigung der Steuer auf 10 vH des Werts ist vorgesehen für Hausbrandkohlen, die von Gemeinden oder Gemeindeverbänden den Inhabern von Kleinwohnungen zu verbilligten Sätzen unter gewissen Voraussetzungen abgegeben werden.

Da nur der Kohlenverbrauch für Bergwerke, nicht aber für die Eisenproduktion der Hüttenzechen befreit blieb, so wurde eine Bevorzugung der Eisenhütten, die über eigene Kohlenbergwerke verfügen, gegenüber den auf Kauf von Kohle angewiesenen Eisenproduzenten vermieden.

6. Durch das Gesetz vom 8. April 1917 (RGBl. S. 329) über Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs wurde der Eisenbahn- und Wasserstraßenverkehr sowie die Beförderung auf Landwegen, soweit sie durch öffentliche Unternehmungen mit planmäßigen Fahrten und unter Verwendung motorischer Kraft erfolgt, mit folgenden Sätzen belastet:

Personenverkehr 10—16 vH Steuer vom Beförderungspreis,
Personengepäck 12 vH,
Güterverkehr 7 vH,
Beförderung auf Straßenbahnen 6 vH.

Außerdem wurde der Stempel auf Frachturkunden auf 15 Pf bis 6 M gesteigert, wobei aber Ermäßigungen für Kohle zugestanden wurden.

7. Durch das Gesetz vom 18. Juni 1917, betreffend Abänderung des Gesetzes betreffend eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe (RGBl. S. 551), wurde eine Einzelheit hinsichtlich der Steuerberechnung für Telegramme an der 1916 eingeführten Abgabe geändert.

8. Durch das Gesetz vom 30. März 1917 zur Änderung des Reichsstempelgesetzes (RGBl. S. 297) wurde die Gültigkeit des hundertprozentigen Zuschlags entsprechend § 95/96 des Reichsstempelgesetzes vom 3. Juli 1913 zur Grundbesitzwechselabgabe bis 31. März 1920 verlängert.

Eingreifende Anordnungen wurden 1917 noch außerdem für den Devisenverkehr und den Besitz an ausländischen Effekten getroffen.

FÜNFTES KRIEGSJAHR 1918

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts Graf von Roedern entwickelte die Vorschläge zum Reichshaushaltsplan 1918 am 26. Februar 1918.[40] Am Tage vorher hatten der Reichskanzler Graf Dr. von Hertling und der Stellvertreter des Reichskanzlers von Payer ein Bild von der politischen Lage gegeben. Der Friedensvorschlag des Papstes vom Sommer 1917, den Deutschland sympathisch begrüßte, hatte bei Deutschlands Gegnern keinen Anklang gefunden. Inzwischen hatte der amerikanische Präsident W. Wilson die Botschaft mit den bekannten 14 Punkten erlassen. Gegenüber Wilsons Vorschlägen nahm die deutsche Regierung schon damals nicht einen prinzipiell ablehnenden Standpunkt ein.[41] Seitdem war der Frieden mit Rußland dem Abschluß nahe, und es begannen Unterhandlungen mit Rumänien. Verhandlungen mit der Ukraine waren in Vorbereitung.

Bei Erörterung der Finanzlage wies Graf von Roedern darauf hin, daß sich die Ziffern beim ordentlichen Haushalt wesentlich steigern würden. Der Bedarf für den Dienst der Reichsschuld sei gestiegen: 1. durch zunehmende Zinslasten, 2. durch die Verpflichtung zur Rückzahlung von verzinslichen Schatzanweisungen. Mindereinnahmen ständen bevor durch Wegfall von bisher 10 Millionen Mark Einnahme infolge Aufzehrung des Hinterbliebenenversicherungsfonds.

Die Ausgaben steigerten sich durch Mehrbedarf an Zahlungen auf Grund der Reichsversicherungsordnung, ferner durch den Bedarf für Beamtenbezahlung und durch Sachbedarf der Reichseisenbahnen. Die Deckung des Fehlbetrags des Rechnungsjahres

[40] Verh. RT. Bd. 311, S. 4152 ff.

[41] Vgl. *K. Helfferich*, Der Weltkrieg, Berlin 1922, Bd. II, S. 366 ff.

1916 sei durch die Kriegssteuer ermöglicht. Zur Deckung des Fehlbetrags 1917 wurde ein Nachtrag zum Kriegssteuergesetz vorgesehen. Ein günstiges Moment sei andererseits darin zu erblicken, daß der im Vorjahr bewilligte Zuschlag zur Kriegssteuer mehr gebracht hatte, als man erwartete. Zum Ausgleich des Haushalts für 1918 wurde eine große Zahl von Steuervorlagen dem Reichstag unterbreitet, deren Beratung mit der Etatberatung verbunden wurde. Bei der ersten Beratung des Voranschlags äußerte sich eingehend als Fachmann am 1. März 1918[42] der frühere Staatssekretär des Reichsschatzamts Dr. Graf von Posadowsky-Wehner. Er machte einige Bedenken gegen die vorgelegten Steuerprojekte, insbesondere hinsichtlich der Vermögensabgabe, geltend und wies im übrigen ernst auf die Finanzschwierigkeiten der Zukunft hin. Da sich die Beratung des Haushaltsplans länger hinzog, wurden zunächst zur vorläufigen Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1918 Gesetze vom 28. März 1918 (RGBl. S. 161) und 28. Juni 1918 (RGBl. S. 669) nötig, bis endlich das Gesetz vom 25. Juli 1918 betreffend Feststellung des Reichshaushalts 1918 (RGBl. S. 753) fertiggestellt wurde. Die Steuervorlagen des Grafen von Roedern waren mit einigen Abänderungen bis 12. Juli 1918 zur Annahme gelangt.[43] Sozialdemokratische Anträge, welche noch über die Vorschläge der Regierung hinausgehend die Nutzung fideikommissarischen Vermögens durch eine Spezialstempelsteuer belasten wollten, wurden mit knapper Mehrheit in namentlichen Abstimmungen am 10. Juli 1918[44] und am 12. Juli 1918[45] abgelehnt.

Prüft man nach der Reichshaushaltsrechnung die tatsächlichen Ergebnisse des Rechnungsjahres 1918, so zeigt sich in den ordentlichen Ausgaben — vor allem durch den Aufwand für Schuldienst — und in den außerordentlichen Ausgaben durch den Aufwand »aus Anlaß des Kriegs« — eine starke Zunahme, wie nachfolgende Zusammenstellung — auf Millionen Mark abgerundet und ohne Reste und Übertragungen — nachweist:

[42] Verh. RT. Bd. 311, S. 4278.

[43] Vgl. Rückblick in der Rede des Grafen von Roedern 12. Juli 1918, Verh. RT. Bd. 313, S. 6125.

[44] Verh. RT. Bd. 313, S. 6029, 6044.

[45] Verh. RT. Bd. 313, S. 6130, 6132.

	1913	1917	1918
Gesamte ordentliche Ausgabe	3 403,0	8 139,5	8 628,9
davon fortdauernde und einmalige ordentliche Ausgaben für Verwaltung, Verzinsung und Tilgung der Schuld[46] sowie Tilgung der 1909 vom Reich für die Träger der Unfallversicherung geleisteten Vorschüsse	245,3	6 518,8	6 770,5
gesamte außerordentliche Ausgaben	117,9	45 121,8	36 884,7
davon aus Anlaß des Kriegs	—	42 188,4	33 928,4

Gerade nach Abschluß der eigentlichen Kriegshandlungen seit dem Waffenstillstand erwuchsen durch Demobilmachung, Revolutionswirren, Leistungen an die Alliierten große Ausgaben.

Aus Zöllen und inneren Verbrauchsteuern wurden 1918 2165,8 gegen 1436,2 Millionen Mark des Vorjahres vereinnahmt. Die Zölle zeigten das überhaupt niedrigste Ergebnis seit lange, nämlich 133,0 (1918) gegen 679,3 (1913) Millionen Mark. Die Erträge der Steuern von Branntwein und Bier hoben sich zwar gegen 1917, blieben aber bei den Beschränkungen der Produktion und angesichts des Verbrauchsrückgangs weit hinter 1913 zurück. Schaumwein, Tabak, Zucker, Salz brachten befriedigende Steuererträge. Die neue Steuer auf Wein erbrachte 159,6, die auf Mineralwasser 18,1 Millionen Mark. Der Ertrag der Kohlensteuer stieg auf 751,3 Millionen und brachte allein mehr als ein Drittel der Gesamteinnahmen von Zöllen und Akzisen insgesamt.

Besitzsteuer, Erbschaftsteuer, Bodenwertzuwachssteuer lieferten 167,7, die neue Umsatzsteuer 150,5 Millionen Mark.

Die Reichsstempelabgaben einschließlich der Abgaben vom Personen- und Güterverkehr und der Abgabe von Post- und Telegraphenporti brachten rund 1038,1 Millionen Mark.

[46] Die fortdauernden und einmaligen Schulddienstausgaben des ordentlichen Haushalts sind hier des Vergleichs wegen zusammengezogen, da durch das 5. Nachtragsgesetz zum Reichshaushalt vom 28. März 1918 (RGBl. S. 164) die Rubrizierung der Ausgaben für Verzinsung geändert wurde. Die Reichshaushaltsrechnung 1918 ist als Dr. Nr. 404, RT. 1. Wahlp. 1920 veröffentlicht.

BIBLIOTEKA SZKOLY

Kriegssteuern lieferten einschließlich eines Wehrbeitragsrestes 2410,3 Millionen Mark.

Ausfuhrabgaben brachten 516,9, Reichsbank und Darlehnskassen 885,5, die Matrikularbeiträge unverändert 51,9 Millionen Mark.

Ungünstig schlossen wiederum mit Ausnahme der Reichsdruckerei die Betriebsverwaltungen ab, und zwar rund in Millionen Mark ohne Berücksichtigung der verbliebenen Reste folgendermaßen:

	Post	Reichsdruckerei	Bahn
Ordentliche Ausgaben	1 186,5		
Defizit der süddeutschen Postausgleichungsbeträge .	44,3		
	1 230,8	62,8	185,7
Ordentliche Einnahme	873,9	71,8	137,7
Ergebnis	—356,9[47]	+ 9,0	— 48,0

Nach dem offiziellen Schema gestaltete sich der Jahresabschluß 1918 rund in Millionen Mark:

A. Ordentlicher Haushalt:	Ist ohne verbliebene Reste		Ist einschließlich der verblieb. Reste
Einnahme	8 814,5		9 012,9
Ausgabe	8 628,9		9 012,9
Mehreinnahme	185,6	genau 185,5	—
B. Außerordentl. Haushalt:			
Einnahme	— 6 764,0		67 468,4
Ausgabe	36 884,7		69 997,1
Mehrausgabe[48]	43 648,7		2 528,7
	genau 43 648,8		genau 2 528,8

[47] In der Wirthschen Denkschrift vom 29. Juli 1920 (RT. Dr. Nr. 254 1. Wahlp. 1920, S. 37) und in der Denkschrift vom 9. Dezember 1920 (RT. Dr. Nr. 1134 1. Wahlp. 1920, S. 6) ist für 1918 abweichend von den Ziffern der Reichshaushaltsrechnung 1918 das Betriebsdefizit der Post mit 508 191 000, wozu 44 338 000 Mark Fehlbetrag der süddeutschen Ausgleichsbeträge treten, das Gesamtdefizit

In den hier berechneten ordentlichen Einnahmen sind 335,9 Millionen Vorjahrsbestand mitenthalten. Rechnet man diese ab, so stehen — unter Weglassung der Reste — 8478,6 Millionen Mark ordentliche Einnahmen einer Gesamtausgabe des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts von 45 513,7 Millionen Mark gegenüber, so daß 37 035,1 Millionen Mark aus außerordentlichen Deckungsmitteln zu bestreiten waren.[49] Rechnet man hier beim letzten Kriegsjahr die Reste mit ein, so ständen 78 010,1 Gesamtausgaben 8677,0 Millionen laufende Einnahmen gegenüber, so daß 70 333,1 Millionen Mark durch außerordentliche Deckungsmittel zu bestreiten waren.

der Betriebsverwaltungen im ordentlichen Haushalt mit 596 478 000 M angegeben, während für 1913—1917 die Angaben mit den Ziffern der Reichshaushaltsrechnungen stimmen. Nach Auskunft des Reichsfinanzministeriums betrug das Betriebsdefizit der Post 1918 tatsächlich rund 356,8 Millionen Mark. Da aber noch an Ausgaben für Kriegsteuerungszulagen 580,2 Millionen und an entsprechenden Ausgleichsbeträgen für Bayern und Württemberg 97,3 Millionen hinzuzurechnen sind, so ist 1918 das Postdefizit endgültig auf 1034,3 Millionen Mark zu berechnen.

[48] Auf S. 22 der Reichshaushaltsrechnung 1918 ist hierzu bemerkt:

»Die Mehrausgabe im außerordentlichen Haushalt von 2 528 754 030,15 M ist zur Übernahme von Schuldverschreibungen usw. der Kriegsanleihen aufgewendet, die bei Entrichtung der Kriegsabgaben an Zahlungs Statt angenommen worden sind. Der Ausgleich wird ... im Rechnungsjahr 1919 durch Verrechnung des Betrags im Haushalt der Reichsschuld Kapitel 3 Titel 2 der Ausgabe des außerordentlichen Haushalts erfolgen.«

Die eisernen Bestände der Reichskassen am Schlusse des Rechnungsjahres 1918 betrugen unverändert 132,6 Millionen Mark.

[49] In der Wirthschen Denkschrift vom 29. Juli 1920, S. 38 wird der monatliche Bedarf an außerordentlichen Deckungsmitteln folgendermaßen angegeben:

April 1918	4 008,2
Mai 1918	4 212,7
Juni 1918	4 289,8
Juli 1918	4 223,1
August 1918	4 582,9
September 1918	4 402,7
Oktober 1918	4 845,8
November 1918	4 142,6
Dezember 1918	3 816,3
Januar 1919	3 551,3
Februar 1919	2 719,0
März 1919	2 005,2
Rechnungsjahr 1918	46 799,6

Nach Abschluß des Waffenstillstands im Herbst 1918 und nach Ausbruch der Revolution ergab sich — wie am 15. Februar 1919 Reichsfinanzminister Schiffer in der Nationalversammlung mitgeteilt hat (Verh. RT. Bd. 326 S. 90/91) — eine Erschöpfung der bewilligten Kredite.[50] Die Reichsschuldenverwaltung lehnte es unter Berufung auf ihre eidlichen Verpflichtungen ab, ohne gesetzliche Grundlagen ihre Unterschrift für Reichsschatzanweisungen zur Begebung an die Reichsbank zu gewähren. Die Regierung erkannte die Berechtigung dieses Standpunkts an und erwog, daß das Reich als juristische Person wechselfähig sei und hiervon Gebrauch machen könne. Man bot der Reichsbank Reichswechsel zur Diskontierung an und beschaffte sich dadurch Mittel. Nachträglich wurde um die Genehmigung der Nationalversammlung zu diesen Operationen nachgesucht.

Tatsächlich hat sich 1918 — abgekürzt auf Millionen Mark — nach den Berichten der Reichsschuldenkommission gegenüber 1917

die unverzinsliche Schuld um	25 165,5
die verzinsliche Reichsschuld netto um	20 481,0
die Gesamtschuld also um	45 646,5

Millionen Mark vermehrt. Die Gesamtschuldvermehrung vom 31. März 1914 bis 31. März 1919 betrug demnach 145 508,5 Millionen Mark.[51]

[50] Für Schuldaufnahme wurden bewilligt:

Reichshaushaltsgesetz vom 25. Juli 1918 (RGBl. S. 753)			
Anleihekredit	318	Millionen	Mark
zur Verstärkung der Mittel der Reichshauptkasse	6 000	„	„
Nachtrag zum Reichshaushalt vom 25. Juli 1918 (RGBl. S. 775)	15 000	„	„
3. Nachtrag zum Reichshaushalt vom 25. Februar 1919 (RGBl. S. 245)	25 300	„	„
	46 618	Millionen	Mark

Bereits im vorläufigen Haushaltsgesetz vom 28. März 1918 (RGBl. S. 161) war ein durch Matrikularbeiträge und Schatzanweisungen aufzubringender Höchstbetrag von 6000 Millionen Mark bewilligt worden.

[51] In der Schuldvermehrung von 145 508,5 Millionen Mark sind jedoch noch nicht die gesamten infolge des Kriegs Deutschland erwachsenen Kosten enthalten. Es bleiben noch übrig: 1. Kosten der Kriegspensionen und der Entschädi-

Am 31. März 1919 war der Stand der Reichsschuld nach dem Bericht der Reichsschuldenkommission vom 29. November 1920[52] rund in Millionen Mark:

Verzinsliche Schuld	92 396,4
Unverzinsliche Schuld einschließlich der 360 Millionen Reichskassenscheine	58 554,0
Gesamtschuld	150 950,4
Außerdem Darlehnskassenscheine	18 773,1

Im einzelnen kommen folgende Maßnahmen hinsichtlich der Besteuerung und der sonstigen finanziellen Ordnung für 1918 in Betracht:

1. Durch Gesetz vom 20. März 1918 (RGBl. S. 131) über Kriegsabgaben der Reichsbank wurde angeordnet, daß vom Gewinn der Reichsbank für 1917 vorweg dem Reich 130 Millionen Mark, vom Überschuß des Reingewinnes 1917 gegen den Durchschnitt 1911—1913 weitere drei Viertel überwiesen werden sollten. Es wurde vorgesehen, daß durch Gesetz künftig über die Reserve 1917 »für Kriegsverluste«, soweit sie nicht bis 31. Dezember 1920 von der Reichsbank zur Deckung von Kriegsverlusten wirklich verwendet worden sei, anderweitig verfügt werden könne.

2. In dem Gesetz vom 2. Juli 1918 (RGBl. S. 773) betreffend Änderung des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juni 1916 wurde in Abänderung des § 38 dieses Gesetzes bestimmt: »Die Einnahme aus der Kriegsabgabe ist zur Abminderung der Reichsschuld zu

gung von Kriegsschäden, 2. die Leistungen infolge des Waffenstillstands und des Versailler Friedens einschließlich der Lasten, die im Zusammenhang mit dem Ausgleichsverfahren und den Vorschüssen an Deutschlands Verbündete den deutschen Finanzen auferlegt wurden, 3. die Verzinsung der Kriegsschuld, 4. die nicht in der Übersicht enthaltenen Verpflichtungen aus Kreditaufnahmen im neutralen Ausland.

[52] Vgl. RT. 1. Wahlp. 1920—1923, Dr. Nr. 5615, S. 16. Im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, zuletzt 1923, S. 357, ist regelmäßig die unverzinsliche Schuld für Ende März 1919 mit 63 696 Millionen Mark unverzinslichen Schatzanweisungen, und zwar wie im Anhang III ausgeführt wird, korrekter als in dem Bericht der Reichsschuldenkommission angegeben. Die Ziffer der Gesamtschuld beträgt dann 156 452,4 Millionen Mark. Die Abweichungen beruhen nach Auskunft auf verschiedener Behandlung der zur Verstärkung des Kassenstandes ausgegebenen unverzinslichen Schatzanweisungen.

verwenden, soweit sie nicht zur Deckung von Fehlbeträgen der Rechnungsjahre 1916 und 1917 erforderlich ist.« Im übrigen wurde vorgesehen, daß ein entsprechender Betrag dem Anleihesoll und der Anleiheermächtigung für 1918 hinzutreten solle, soweit die zur Deckung des Fehlbetrags des Rechnungsjahres 1917 aus der Kriegsabgabe erforderlichen Beträge in Stücken der Kriegsanleihe entrichtet würden. In der Wirthschen Denkschrift vom 29. Juli 1920[58] ist auf S. 34 ohne Berücksichtigung der Reste, die erst in den folgenden Jahren ausgeglichen werden, der Fehlbetrag für 1916 auf 1 104 488 000 M, der Fehlbetrag für 1917 auf 891 077 000 M berechnet. Eine Anmerkung fügt hinzu: »Die Fehlbeträge der Rechnungsjahre 1916, 1917 und 1918 sind rechnungsmäßig nicht in die Erscheinung getreten, weil sie vor dem Jahresabschlusse aus der außerordentlichen Kriegsabgabe, die im übrigen zur Schuldentilgung Verwendung zu finden hatte, beglichen worden sind.« Die Einnahmen aus der außerordentlichen Kriegsabgabe werden auf S. 32 der Wirthschen Denkschrift angegeben auf:

Rechnungsjahr 1916 insgesamt	45 554 000 M
Rechnungsjahr 1917	4 842 710 000 M

3. Die Verordnung vom 15. November 1918 (RGBl. S. 1387) über Sicherung der Kriegssteuer sah vor, daß entsprechend dem Gesetz über die Sicherung der Kriegssteuer vom 9. April 1917 die steuerpflichtigen Gesellschaften 80 vH des im fünften Kriegsgeschäftsjahre erzielten Mehrgewinnes in die Kriegssteuerrücklage einzustellen hätten. Dieses Gesetz traf für Wiederholung der Kriegssteuer von Erwerbsgesellschaften nach den bisherigen Erfahrungen Vorbereitungen.

4. Nach dem Gesetz vom 26. Juli 1918 (RGBl. S. 964) über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1916 haben natürliche Personen vom Mehreinkommen, d. h. von der Differenz zwischen Kriegseinkommen und Friedenseinkommen, eine Abgabe zu entrichten, die mit 5 vH beginnt und durchgestaffelt für die Höchstbeträge 50 vH erreicht. Außerdem haben natürliche Personen ihr Vermögen nach dem Stande vom 31. Dezember 1916, in gewissen Fällen vom 31. Dezember 1917, mit 1 bis 5 pro mille durchgestaffelt zu versteuern. Diese Vermögensteuer ist noch

[58] Verh. RT. 1. Wahlp. 1920, Nr. 254.

nicht, wie spätere Reichssteuern, eine Steuer auf die Substanz des Vermögens, sondern im wesentlichen eine Ergänzung der Einkommensbesteuerung, welche die Quellen fundierten Einkommens heranzieht, ohne die Rente aufzuzehren.

5. Erwerbsgesellschaften haben für den Mehrgewinn, der sich aus der Differenz des Friedensgewinns und des Gewinnes im vierten Kriegsjahr ergibt, bis zu 60 vH durchgerechnet Steuer zu entrichten. In dem Gesetz vom 26. Juli 1918 (RGBl. S. 799, vgl. auch die Berichtigung S. 1100) zur Änderung des Reichsstempelgesetzes wurden Änderungen der Steuersätze hinsichtlich der Steuer von Gesellschaftsverträgen, von Vermögensübertragungen bei G. m. b. H., hinsichtlich des Stempels von Aktien und Kuxen, der Talonsteuer, Börsenumsatzsteuer und Aufsichtsratssteuer im Sinne erhöhter Belastung der steuerpflichtigen Vorgänge vorgesehen, auch wurde die Belastung der eingetragenen Genossenschaften verschärft. Eine Besteuerung der Geldumsätze bzw. der Habenzinsen wurde neu geschaffen.

In dem Gesetz vom 26. Juli 1918 (RGBl. S. 830) zur Änderung des Wechselstempelsteuergesetzes wurde der Wechselstempel auf 0,60 M für je 1000 M Wechselsumme erhöht.

6. Ein ganzes Programm schärferer Heranziehung der Getränke zur Besteuerung wurde verwirklicht.

a) Im Biersteuergesetz vom 26. Juli 1918 (RGBl. S. 863) und im Gesetz über Bierzölle vom 26. Juli 1918 (RGBl. S. 885), sowie im Gesetz vom 26. Juli 1918 über Biersteuerausgleichungsbeträge (RGBl. S. 886) wurde die bisherige Bierbesteuerung, welche an Merkmale während des Produktionsprozesses angeknüpft hatte, in eine Bierfabrikatsteuer — und zwar unter beträchtlicher Erhöhung der Steuerbelastung — umgewandelt. Während des Kriegs war das Bier unter Einflußnahme der Reichsgewalt, die Ersparungen im Gersteverbrauch zur Ermöglichung besserer Ernährung anstrebte, immer dünner ausgebraut worden. Eine Besteuerung, die im wesentlichen an den Malzverbrauch anknüpfte, mußte daher von dem dünnen Kriegsbier immer weniger einbringen. Unter Verwertung der in anderen Ländern mit der Bierfabrikatsteuer gemachten Erfahrungen bemühte sich nunmehr die deutsche Gesetzgebung in anerkennenswerter Weise, zu verhindern, daß das Brauereigewerbe durch die Besteuerung zur Herstellung von besonders alkoholreichem Biere gedrängt würde.

Man unterschied demgemäß bei der Fabrikatsteuer drei Arten von Bier: Vollbier mit 8—13 vH Stammwürzegehalt, Einfachbier mit einem Stammwürzegehalt bis 4,5 vH und Starkbier mit einem Stammwürzegehalt von mehr als 13 vH. Die Steuersätze für Vollbier ermäßigten sich für Einfachbier und erhöhten sich für Starkbier je um die Hälfte.

Die Biersteuer beträgt nunmehr pro Hektoliter 10—12,50 M, und zwar durchgestaffelt, so daß der höhere Steuersatz nur für die Mehrbeträge angewendet wird. Der Bierzoll erhöht sich auf 25,40 M pro Hektoliter bzw. 19,35 bis 25 M für den Doppelzentner Bier. Für untergärige Biere gilt nunmehr in Deutschland allgemein das vorher in Süddeutschland bereits geltende Surrogatverbot. Die Steuer wird bei den größeren Brauereien durch selbsttätige Vorrichtungen, die das zum Schroten bestimmte Malz wiegen, kontrolliert; in den übrigen Fällen wird die Einmaischung nach den Grundsätzen der bisherigen »Steuer auf Brauanzeige« durch einen Steuerbeamten kontrolliert oder bei kleinsten Betrieben Abfindung für die Steuer zugestanden. Weitgehende Buchführungsverpflichtungen und Kontrolle der Vorräte an Baustoffen sichern das Steuerinteresse.

Neben der Reichssteuer sind Gemeindebiersteuern zugelassen.

b) Durch das Gesetz vom 26. Juli 1918 (RGBl. S. 847) zur Änderung des Schaumweinsteuergesetzes wurde die Schaumweinsteuer vom inländischen und vom eingeführten Schaumwein auf 3 M pro Flasche bzw. 60 Pf bei Fruchtschaumwein erhöht.

c) Eine Neuschöpfung stellt das Weinsteuergesetz vom 26. Juli 1918 (RGBl. S. 831) dar. Eine zwanzigprozentige Steuer vom Wert des Weins und Traubenmosts, auch weinhaltiger Getränke wurde eingeführt. Da diese Steuer sowohl bei der Einfuhr wie bei der Abgabe an den Verbraucher (einschließlich der Abgabe an Weinwirte mit ausschließlichem Weinausschank vom Faß) erhoben wird, so kommt nicht wie bei einer reinen Fabrikatsteuer der Wert ab Erzeugungsstätte, sondern der höhere Kleinhandelspreis für die Entrichtung der zwanzigprozentigen Wertsteuer in Betracht. Die Steuerpflicht tritt ein bei Absendung von Wein an den Verbraucher, bzw. bei Aushändigung des Weins an den Verbraucher, sowie bei Entnahme von unversteuertem Wein aus eigenen Lagervorräten für Zwecke des Haushalts oder Betriebs.

Weitgehende Steueraufsicht, verbunden mit Buchführungs-

pflicht der Steuerpflichtigen, und Bestandsaufnahmen durch die Steuerbehörde sichern den Vollzug der Steuer.

Obwohl die Steuer auch vom eingeführten Wein erhoben wird, wurde außerdem noch der Weinzoll erhöht.

d) Eine noch radikalere Umgestaltung als die Bierbesteuerung erhielt die des Branntweins durch das Gesetz vom 26. Juli 1918 (RGBl. S. 887) über das Branntweinmonopol.

Bis dahin war der Branntwein in Deutschland mit der Fabrikatsteuer herangezogen worden. Unter der Herrschaft dieser sehr komplizierten Steuer hatten sich private Kartelle für Spiritusverwertung und Spiritusraffinerie gebildet. Aus dieser Tatsache zog der Gesetzgeber nunmehr die Konsequenzen; er wandelte das Privatmonopol in ein staatlich geleitetes Monopol unter Ausnützung der kaufmännischen Erfahrungen des bisherigen Spirituskartells um. Eine Ausdehnung des Monopolbetriebs auf den Kleinverkauf von Branntwein, wie beim Branntweinmonopol des zaristischen Rußland, konnte nicht in Betracht kommen. Das Vorbild der Schweiz hatte die Möglichkeit eines staatlichen Großhandelsmonopols bewiesen. Im Krieg waren in Deutschland neue Methoden der Spirituserzeugung — insbesondere für gewerbliche Zwecke — aufgekommen.

Das nunmehr neugeschaffene Reichsmonopol erstreckt sich auf drei Gebiete:

1. Übernahme des gewöhnlichen Branntweins aus den Brennereien mit gewissen Ausnahmen für Edelbranntwein usw. (§ 1).
2. Verarbeitung von Branntwein in Trinkbranntwein und Handel mit solchem, mit Ausnahme des Kleinhandels und Verschanks (§ 1, 108).
3. Herstellung von Branntwein aus Zellstoffen einschließlich der Ablaugen der Zellstoffgewinnung sowie aus Kalziumkarbid und aus anderen Stoffen, aus denen Branntwein im Inland gewerblich bisher gewonnen ist (§ 136).

Der Gewinn des Monopols wird erstrebt durch den »Branntweinaufschlag«, d.h. den Unterschied zwischen dem Branntweinübernahmepreis und Branntweinverkaufspreis.

Die bisherigen Ziele der deutschen Gesetzgebung, landwirtschaftliche Brennereien zu bevorzugen und eine Überproduktion

hintanzuhalten, werden nunmehr durch Abstufung des Branntweinübernahmepreises weiter verfolgt.

Es wird vorgesehen, daß die Branntweinausfuhr — ohne Verteuerung durch den Branntweinaufschlag des Monopols — weiter ermöglicht wird und nach wie vor Branntwein für gewerbliche Zwecke unter Innehaltung von Vorsichtsmaßregeln wohlfeil abgegeben wird.

Bei Zwergbrennereien wird der Branntweinaufschlag des Monopolamts durch eine Abgabe von vier bis acht Mark für den Liter Branntwein ersetzt. Die bestehenden Reinigungsanstalten werden von der Monopolverwaltung, soweit dies wirtschaftlich ist, übernommen; die Unternehmer und das Personal stillgelegter Betriebe werden entschädigt. (§ 199 ff.)

Wie bisher erfolgt die Kontrolle bei größeren Brennereien (Verschlußbrennereien) durch Meßuhren, bei den kleinsten Betrieben findet Abfindung statt (§ 9, 10). Die bereits bei der Fabrikatsteuer eingeführte weitgehende Überwachung der Betriebe bleibt aufrechterhalten.

Ein hoher Zoll ist vorgesehen.

e) Im Gesetz vom 26. Juli 1918 über das Branntweinmonopol, § 144, blieb als Ergänzung der deutschen Getränkesteuern die Fabrikatsteuer von demjenigen Speiseessig aufrechterhalten, der dem Alkoholessig Konkurrenz zu bereiten vermag. Die Steuer beträgt 160 M für den Doppelzentner wasserfreie Säure.

f) Eine nur aus politischen Gründen zu erklärende Konzession zur Beschwichtigung der Erzeuger berauschender Getränke ist durch das Gesetz vom 26. Juli 1918 (RGBl. S. 849) betreffend die Besteuerung von Mineralwässern und künstlich bereiteten Getränken, sowie die Erhöhung der Zölle für Kaffee und Tee geschaffen worden. An sich wäre es der größte Triumph einer scharfen Besteuerung berauschender Getränke gewesen, wenn nunmehr das deutsche Volk sich dem Genuß hygienisch einwandfreier Getränke in steigendem Maße zugewendet hätte. Diese Konkurrenz war aber den mächtigen Interessenten, welche sich durch die stärkere Belastung des Biers, Weins, Schaumweins und Branntweins in ihrem Absatz bedroht fühlten, peinlich. So wurde eine Fabrikatsteuer geschaffen, welche künstlich abgefüllte natürliche Mineralwasser, künstliche Mineralwasser, Limonaden usw. mit

0,05 bis 1 M pro Liter und Grundstoffe zur Herstellung von konzentrierten Kunstlimonaden mit 20 M belastete.

Man hat diese Steuer, die kein Ruhmesblatt für den deutschen Gesetzgeber bedeutete, später wieder infolge ihrer Unergiebigkeit abschaffen müssen.

7. In Fortbildung des im Kriege geschaffenen Warenumsatzstempels (Gesetz vom 26. Juni 1916) wurde eine Steuer von brutalem Charakter, aber großer Ergiebigkeit durch das Umsatzsteuergesetz vom 26. Juli 1918 (RGBl. S. 779) geschaffen. Sie ist in vielem mit einer ähnlichen im Krieg in Frankreich eingeführten Steuer zu vergleichen.

Die deutsche Umsatzsteuer zerfällt in eine allgemeine Umsatzsteuer auf Lieferungen und sonstige Leistungen, die auch für Entnahme aus dem eigenen Betrieb gefordert wird und anfangs 5 pro mille betrug, später stark erhöht worden ist, und außerdem eine erhöhte Steuer auf Luxusgegenstände, die in der Folge ebenfalls mannigfaltige Umgestaltungen erlebt hat.

In der Zeit der Einführung der Umsatzsteuer war Deutschland vom Welthandel abgeschnitten; durch die Blockade und durch die Inflation waren Knappheit von Waren am deutschen Markt und Preissteigerungen etwas so Alltägliches, daß zunächst die Sorge der Produzenten und Händler, ob es ihnen auch gelinge, sich durch Preiserhöhungen am Inlandsmarkt für die Steuerbelastung schadlos zu halten, wenig erheblich erscheinen konnte. Die Schwierigkeiten, welche die mehrfache Verteuerung infolge der Umsatzsteuer für die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands am Weltmarkt bringen mußte, spielten zunächst noch keine besondere Rolle.

8. Eine Anzahl von Sicherungsmaßregeln angesichts der sich anbahnenden stärkeren Steuerbelastung in Deutschland ist in folgenden Maßnahmen zu erblicken:

a) Gesetz vom 26. Juli 1918 (RGBl. S. 951) gegen die Steuerflucht: man wünschte durch dies Gesetz solche Deutsche, die ihren Wohnsitz nach dem Ausland verlegen, den Personalsteuern des Reichs und der einzelnen Staaten weiter zu unterwerfen. Eine Anzeigepflicht bei Verlegung des Wohnsitzes nach dem Ausland und weitgehende Sicherheitsleistungen an die Steuerbehörden vor Aufgabe des dauernden Aufenthalts in Deutschland werden vorgesehen.

b) Bereits als Produkt der Politik seit der Revolution stellt sich die Verordnung vom 21. November 1918 (RGBl. S. 1325) über Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung in das Ausland dar. Wertpapiere dürfen nur mehr durch Vermittlung von Banken nach dem Ausland versandt oder überbracht werden. Nach § 2 der Verordnung dürfen Banken »Aufträge, wonach

1. Wertpapiere nach dem Ausland versandt oder überbracht, für einen Ausländer in Verwahrung genommen oder ihm auf Stückekonto gutgeschrieben,

2. Geldbeträge in in- oder ausländischer Währung einem Ausländer gutgeschrieben werden sollen,

nur ausführen, wenn der Auftraggeber eine Erklärung ... in doppelter Ausfertigung einreicht. Die Banken haben eine Ausfertigung der Erklärung binnen einer Woche an das für ihre Niederlassung (Zweigniederlassung) zuständige Besitzsteueramt weiterzugeben.«

c) Durch Verordnung vom 15. November 1918 (RGBl. S. 1324) über die Post- und Telegraphenüberwachung im Verkehr mit dem Ausland wurde vorgesehen, daß auch weiter wie bisher im Krieg die Post- und Telegrammüberwachung mit dem Ausland aufrechterhalten blieb. Jedoch sollte sie sich nicht mehr auf militärische und politische Angelegenheiten erstrecken, sondern nur im Steuerinteresse oder aus wirtschaftlichen Gründen stattfinden.

9. Nachdem die Steuergesetzgebung des Deutschen Reichs immer stärker entwickelt worden war, wurde von der öffentlichen Meinung dringend gefordert, daß eine Instanz mit richterlicher Unabhängigkeit für Durchführung einheitlicher Grundsätze im deutschen Steuervollzug geschaffen werde. Diesem Zweck entsprach das noch vor der Revolution geschaffene Gesetz vom 26. Juli 1918 (RGBl. S. 959) über die Errichtung eines Reichsfinanzhofs und über die Reichsaufsicht für Zölle und Steuern. Als ein Gerichtshof, der Rechtsbeschwerden über Reichssteuern in letzter Instanz entscheidet und außerdem in gewissen Fällen der Konkurrenz verschiedener deutscher Steuergewalten im Beschlußverfahren Anordnungen trifft, wurde der Reichsfinanzhof geschaffen. Er eröffnete im Oktober 1918 in München seine Tätigkeit und stellt eine der vorzüglichsten Schöpfungen der Kriegsgesetzgebung dar.

BIBLIOTEKA SZKOŁY
NAUK POLITYCZNYCH
W KRAKOWIE

VIERTER TEIL

Rückblick und Zusammenfassung

1. Geldmarkt, Kreditmarkt und Devisenkurse

Als Quellen kommen hier insbesondere in Betracht:

Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Kriegs vom 23. November 1914 (Verh. RT. Bd. 315, Nr. 26).

1. bis 11. Nachtrag hierzu (Verh. RT. Bd. 315, Nr. 29, 44, 73, 74; Bd. 316, Nr. 107, S. 3 ff.; Nr. 147, S. 87 ff.; Nr. 162, S. 3 ff.; Bd. 317, Nr. 225, S. 76 ff.; Bd. 319, Nr. 403, S. 148 ff.; Nr. 483; Bd. 320, Nr. 650, S. 130 ff.; Bd. 322, Nr. 1214, S. 164 ff.).

Berichte der Reichsbank 1914—1918. — Jubiläumsbericht »Die Reichsbank 1901—1925«.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1919, 1923, 1924/25.

Regierungsdenkschrift von Anfang 1924: Material für ein Studium von Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen.

Bis zum Jahr 1914 war für die Noten der Reichsbank und der Privatnotenbanken sowie für die Reichskassenscheine jederzeit im Bedarfsfalle Gold zu erhalten, ebenso für Giroguthaben bei der Reichsbank und für Guthaben bei allen übrigen Banken. Die Goldausfuhr aus Deutschland war unbehindert und konnte bei ungünstigem Stand der Wechselkurse ausgleichend wirken. Bei günstigem Stand der Wechselkurse fand Goldeinfuhr statt, für die bei der Reichsbank und bei den Reichsmünzanstalten stets Nachfrage zu festem Kurs sicher war. Demgemäß schwankten die Wechselkurse auf das Ausland nur um die Versendungs-, Versicherungs- und Umprägungskosten gegenüber der Parität. Kleine Verschiedenheiten der gegenseitigen Bewertung zwischen Reichsmark und ausländischen Währungen wurden durch die Arbitrage ausgeglichen, der keine Hemmungen entgegenstanden.

Der Goldbestand der Reichsbank betrug am 23. Juli 1914 1356,9 Millionen. Vor der Mobilmachungserklärung erfolgten Abhebungen bei der Reichsbank, ihr Goldbestand verringerte sich am 31. Juli 1914 auf 1253,2 Millionen Mark.

Am Nachmittag des 31. Juli 1914 wurde die Einlösung eingestellt. Nachträglich wurde diese Praxis durch § 5 des Gesetzes betreffend die Reichskassenscheine und die Banknoten vom 4. August 1914 legalisiert.[1]

Die Politik Deutschlands richtete sich auf folgende Ziele:

1. Man strebte, daran festzuhalten, daß die uneinlösliche Banknote durchaus gleichwertig mit Gold sei, und wollte verhindern, daß sich ein Aufgeld für Goldmünzen entwickle. Die Bekanntmachung des Bundesrats vom 28. September 1914 über die Unverbindlichkeit gewisser Zahlungsvereinbarungen (RGBl. S. 417) erklärte die vor dem 31. Juli 1914 getroffenen Vereinbarungen, nach denen eine Zahlung in Gold zu erfolgen habe, bis auf weiteres für unverbindlich.[2] Die Zahlung in Gold wurde nicht verboten, aber eine in anderen Zahlungsmitteln angebotene Zahlung konnte nicht unter Berufung auf die Goldklausel abgelehnt werden, wenn der Gläubiger nicht in Verzug der Annahme kommen wollte.

Die Bekanntmachung vom 23. November 1914 (RGBl. S. 481) bedrohte mit schweren Strafen jeden, der ohne eine besondere Genehmigung des Reichskanzlers es unternimmt, Reichsgoldmünzen zu einem ihren Nennwert übersteigenden Preis zu erwerben, zu veräußern, oder solche Geschäfte über sie zu vermitteln, oder dazu auffordert oder sich erbietet.[3]

Die Reichsbank war bei ihrem Goldankauf von den Bestimmungen des Verbots einer Aufgeldbewilligung befreit.[4] Es wird berichtet, daß im Ausland bereits vereinzelt ein Agio vorgekommen sei. Bei sehr kurzer Dauer des Kriegs konnten diese Maßnahmen den Sinn haben, eine Diskreditierung der uneinlöslich gewordenen Zettel bis zu dem Zeitpunkt zu verhindern, in welchem eine Wiedereinlösung in Gold zum Nennwert erfolgen würde. Hätte man auf eine längere Dauer des Kriegs von vornherein gerechnet, so wäre der Vorwurf nicht unbegründet gewesen, daß man durch Verkündung des Prinzips »eine Papiermark gleich eine Goldmark« Verträge in wertbeständigem Geld

[1] KD. RT. Bd. 315, Nr. 26, S. 6.

[2] KD. RT. Bd. 315, Nr. 26, S. 7.

[3] KD. RT. Bd. 315, Nr. 29, S. 3.

[4] Vgl. auch Bekanntmachung vom 25. Januar 1915, KD. RT. Bd. 315, Nr. 74, S. 5.

unmöglich machte und Leute, die sich für die Zukunft sichern wollten, zur Anlage in Devisen oder Sachwerten drängte.

Jedenfalls bedeutete aber die nachträgliche Außerkraftsetzung der Goldklausel einen Eingriff in bestehende Rechte und Verpflichtungen. Dieser Eingriff mußte sich bei längerer Dauer des Kriegs folgenschwer für den Kredit der Hypothekenschuldner und für die Interessen der Hypothekengläubiger erweisen. Den Hypothekengläubigern, Pfandbriefbesitzern usw. wurde im Laufe der Zeit immer mehr Rückzahlung in entwerteten Noten aufgedrängt.

2. Sofort bei Kriegsbeginn wurde die Politik eingeleitet, die Konzentration des bisher im deutschen Umlauf verbreiteten Goldes bei der Reichsbank durchzuführen. Große, kleine und kleinste Mittel sind im Laufe des Kriegs hierfür aufgewendet worden.[5]

Bekanntlich ist es nicht gelungen, auf die Dauer im Krieg durchzusetzen, daß die Papiermark im internationalen Verkehr mit der Goldmark gleichwertig erachtet wurde; nach Kriegsabschluß aber haben die maßgebenden Instanzen es nicht erreicht, vielleicht nicht einmal versucht, die Wiedereinlösung der Noten in Gold zum Nennwert vorzubereiten. Demgemäß haben diejenigen Personen, welche in vaterländischer Gesinnung ihre Goldmünzen zum Nennwert gegen Reichsbanknoten ablieferten, eine enorme Schädigung erlitten.

3. Die Konzentration des deutschen Goldvorrats bei der Reichsbank kann nur dann sinnvoll erscheinen, wenn die Reichsbank auch die Fürsorge für die Stabilisierung der Wechselkurse übernahm. Tatsächlich wurde die Goldausfuhr zur Stützung der Devisenkurse, bald auch die Kontrolle des gesamten auswärtigen Zahlungsverkehrs bei der Reichsbank zentralisiert.

Hatte man sich zunächst bestrebt, etwaige Abweichungen, welche der Wert der Papiermark von der Goldmark innerhalb Deutschlands erleiden mochte, durch das Verbot des Goldagios

[5] Im 6. Nachtrag zur Kriegsdenkschrift Bd. 319, Nr. 403 vom 26. September 1916, S. 149 wird ausgeführt, daß 1916 ein Gedenkblatt und eiserne Gedenkmünzen bei der Ablieferung von Goldmünzen und Goldsachen außer der Vergütung in Marknoten gegeben wurde. Vgl. auch Bekanntmachung vom 3. August 1916 zum Schutze eiserner Gedenkmünzen der Reichsbank, RGBl. S. 883, Reichsbankbericht 1916, S. 7.

mindestens der Kenntnis der Öffentlichkeit vorzuenthalten, so begann nun auch ein Streben, dafür zu sorgen, daß weitere Schichten Deutschlands möglichst wenig von einer ungünstigen Bewertung der Mark im *internationalen* Verkehr erfahren sollten. Die deutschen Wertpapierbörsen waren geschlossen, nur freie Zusammenkünfte konnten stattfinden. Kursangaben über den Freiverkehr durften jedoch in öffentlichen Bekanntmachungen oder in Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, nicht gemacht werden.[6]

Dagegen wurde die Bekanntgabe von allerdings nur für Sachkenner ohne weiteres verständlichen Kursen ausländischer Börsen für Wertpapiere, Geldsorten und Devisen für zulässig erklärt.[7] Mitteilungen über deutsche Devisenkurse durften seit dem 17. März 1915 zwischen Personen des Bankgewerbes gemacht werden.[8] Bis 1916 war in Deutschland das Bankgewerbe ein freies Gewerbe gewesen. Seit dieser Zeit finden sich Eingriffe, welche die vielleicht nicht beabsichtigte Wirkung haben, den bestehenden Banken gegenüber neuaufkommenden Unternehmungen ein Vorrecht zu verleihen. Um planmäßig Deutschlands Zahlungsverkehr mit dem Ausland zu regeln, wurden Einschränkungen des Devisenverkehrs angeordnet. Seit der Bekanntmachung vom 20. Januar 1916 (RGBl. S. 49) über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln durften ausländische Geldsorten, Noten, Auszahlungen, Schecks und kurzfristige Wechsel auf das Ausland im Betriebe eines Handelsgewerbes nur bei den vom Reichskanzler bestimmten Personen gekauft, umgetauscht oder darlehensweise erworben und nur an solche verkauft, verpfändet oder darlehensweise veräußert werden.[9]

Es beginnt nunmehr eine Politik lebhaftesten behördlichen

[6] Vgl. Bekanntmachung betreffend Verbot von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw. vom 25. Februar 1915 (RGBl. S. 111), KD. 2. Nachtrag Bd. 315, Nr. 44, S. 95.

[7] Vgl. Bekanntmachung vom 29. August 1916 (RGBl. S. 993), ferner Reichsbankbericht 1916, S. 7 und KD. 9. Nachtrag Bd. 319, Nr. 403, S. 171.

[8] Vgl. Bekanntmachung vom 17. März 1915 (RGBl. S. 154) und KD. 4. Nachtrag Bd. 315, Nr. 74, S. 11; vgl. auch RGBl. 1917 S. 1019 und Zusammenfassung der Bestimmungen in KD. 11. Nachtrag Bd. 322, Nr. 1214, S. 210.

[9] Vgl. Näheres im Reichsbankbericht 1916 S. 4, KD. 8. Nachtrag Bd. 317, Nr. 225, S. 79.

Eingreifens in den Devisenverkehr. Durch Erschwerungen der Devisenabgabe und durch Kontrolle der Einfuhr wünschte man auf eine günstige Gestaltung der Zahlungsbilanz hinzuwirken. Der Versuch, hinsichtlich der Versorgung Deutschlands mit Einfuhr Vorsehung zu spielen und die Bedingungen der Einfuhr zu kontrollieren, wurde unternommen, ohne daß man sich durch das naheliegende Bedenken abschrecken ließ, daß hier Eingriffe in die kompliziertesten Vorgänge des Wirtschaftslebens vorgenommen wurden, deren Erfolg vorauszusehen keinem Sterblichen möglich ist. Tatsächlich ist es schon während des Kriegs nicht zu erreichen gewesen, daß der Wert der Papiermark nicht unter den Wert der Goldmark sank. In der Regierungsdenkschrift von 1924 S. 58—60 finden sich hierfür Nachweise. Danach berechnet sich der Wert einer Goldmark in Papiermark auf Grund der schwedischen bzw. schweizerischen und niederländischen Marknotiz Ende Dezember 1914 auf 1,019, Ende Dezember 1915 auf 1,284, Ende Dezember 1916 auf 1,481, Ende Dezember 1917 auf 1,511, Ende 1918 auf 2,083. (Vgl. auch die Kursmitteilungen KD. 10. Nachtrag Bd. 320, Nr. 650, S. 144.)

Da das deutsche Gold bei der Reichsbank zentralisiert war, wurde es nicht nur Aufgabe der Reichsbank, durch Goldausfuhr auf Befestigung der Wechselkurse hinzuwirken, sie mußte auch den inländischen industriellen sowie ärztlichen Bedarf zu decken suchen. Im übrigen begann man angesichts des geringen Erfolgs aller Versuche, auf eine aktive Handelsbilanz hinzuwirken, begreiflicherweise sich damit zu beschäftigen, ob nicht durch Wertpapierausfuhr Guthaben zur Stützung der Devisenkurse im neutralen Ausland erlangt werden könnten.

1916 wird eine Bestandsaufnahme des deutschen Privatbesitzes an ausländischen Wertpapieren aufgenommen. Hierauf folgt eine Reihe von Eingriffen, um die Besitzer ausländischer Wertpapiere zu deren Abgabe an die Reichsbank zu bestimmen oder zu unmittelbarer Ausfuhr nach dem Ausland zu veranlassen.[10]

[10] Vgl. Bekanntmachung vom 23. August 1916 (RGBl. S. 952) über die Anmeldung von Wertpapieren, KD. 9. Nachtrag Bd. 319, Nr. 403, S. 171 und Reichsbankbericht 1916 S. 7; Bekanntmachung vom 8. Februar 1917 (RGBl. S. 105) und KD. 10. Nachtrag Bd. 320, Nr. 650, S. 149; Bekanntmachung vom 28. Oktober 1916 (RGBl. S. 1209); Bekanntmachung vom 22. Mai 1917 (RGBl. S. 429).

Angesichts der Schwierigkeiten, für Bezahlung der Einfuhr Devisen zu erlangen, bürgerte sich der Ausweg der Markzahlung nach dem Ausland ein. Es beginnen die Versuche, dieses Symptom zu bekämpfen.[11]

Der naheliegende Weg, Guthaben für die Ausfuhr zu erstreben, indem man rücksichtslos Privateigentum der Feinde in Deutschland zu beschlagnahmen und zu verwerten suchte, wurde möglichst lange vermieden. Während in der deutschen militärischen Kriegführung der Grundsatz galt, daß die Offensive die beste Deckung sei, hat Deutschland die größte Zurückhaltung in Sperre und Beschlagnahme feindlichen Eigentums bewiesen. Aus den Kriegsdenkschriften ist zu ersehen, wie man auf diesem Gebiet zögernd und jeweils nur in Vergeltung der vorausgegangenen Maßnahmen des Feindes vorgegangen ist. Erwerbung von Auslandsguthaben durch solche Maßregeln kam übrigens kaum nennenswert in Betracht, wenn auch die inländische Verwertung von Waren, die dem Feind abgenommen waren, den Einfuhrbedarf mindern konnte.

Ein letztes Mittel, Aktivposten für die deutsche Zahlungsbilanz zu gewinnen, lag darin, kurzfristige Kredite vom neutralen Ausland zu erlangen. Deutschland hat versucht, hiervon Gebrauch zu machen, aber keinen besonders großen Erfolg auf diesem Wege erzielt.

Faßt man die bisher betrachteten Erscheinungen zusammen, so kann man als Gedanken der deutschen Politik formulieren: man versuchte die Überführung von ausländischen Zahlungsmitteln aus Deutschland nach dem Ausland zu beschränken, die Eingehung, nicht aber die Erfüllung der Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland von der Einwilligung der Reichsbank abhängig zu machen. Diesen Zielen dienten folgende Maßnahmen:

1. die Goldausfuhr der Privaten bei Abweichung der Wechselkurse von der Parität wurde unmöglich gemacht;
2. die Freiheit des Devisenverkehrs wurde aufgehoben;
3. eine zentrale Regelung der Wechselkurse durch die Devisenpolitik und Goldversendung der Reichsbank wird versucht;
4. Kontrolle der Wareneinfuhr wird vorgenommen;
5. die Markabwanderung ins Ausland wird bekämpft.

[11] Vgl. KD. 10. Nachtrag Bd. 320, Nr. 650, S. 145, 146; KD. 11. Nachtrag Bd. 322, Nr. 1214, S. 192.

Der innere deutsche Zahlungsverkehr im Krieg bot gegenüber der Friedenszeit mancherlei Abweichungen. Es herrschte Knappheit an Waren, die Erzeuger und Händler, welche über Vorräte von Lebensmitteln, Bekleidungsstoffen, Leder, Metallen, Baumaterialien verfügten, waren von den Käufern umworben und konnten die Zahlungsbedingungen diktieren. Die Gewohnheit der letzten Konsumenten, zeitweilig den Kaufbetrag schuldig zu bleiben und verspätet zu entrichten, schwand hinweg. Aber auch unter Geschäftsleuten bürgerte sich an Stelle der Zahlung mit kaufmännischen Wechseln immer mehr prompte Regulierung ein. Das Zurücktreten der Bedeutung des kaufmännischen Wechsels wird erkennbar durch den Rückgang der Einnahme aus Wechselstempelsteuer. Diese hatte 1913 19,6 Millionen betragen; sie sank 1914 auf 15,7, 1915 auf 11,6, 1918 gar auf 10,5 Millionen Mark.[12]

In den Ausweisen der Reichsbank sind seit Kriegsausbruch die Anlagen in kaufmännischen Wechseln und Schecks und in diskontierten Reichsschatzanweisungen nicht getrennt worden. Tatsächlich ist der Bestand an Wechseln minimal gewesen und hat sich vom 31. Juli 1914 bis 31. Dezember 1918 von 2,1 auf 0,3 Milliarden Papiermark verringert.[13]

Tatsächlich war die Vermehrung der Noten im Krieg nicht durch den Diskontierungsbegehr der Geschäftsleute, sondern durch den Finanzbedarf des Reichs bestimmt. Mit der Diskontierung von Reichsschatzanweisungen stieg der Umlauf an Reichsbanknoten, mit dem Kreditbedarf der Länder und Gemein-

[12] Vgl. Reichseinnahmen und -ausgaben in den Rechnungsjahren 1913—1920, RT. 1. Wahlp. 1920, Nr. 1134.

[13] Aus der Regierungsdenkschrift 1924 S. 63 ist zu ersehen, daß in Milliarden Papiermark die Reichsbank besaß:

	Schatzanweisungen	Wechsel
31. 7. 1914	0,3	2,1
31. 12. 1914	2,7	1,2
31. 12. 1915	5,2	0,6
31. 12. 1916	8,9	0,7
31. 12. 1917	14,2	0,4
31. 12. 1918	27,2	0,3

Nach Tab. 31 Sp. 7 der Jubiläumsschrift »Die Reichsbank 1901—1925« sind bei den Wechseln angekaufte Schecks und Devisenbestände mitgerechnet. Doch weichen für 1917 die Ziffern etwas von den obigen ab.

den der Umlauf an Darlehnskassenscheinen. Eine weitere Vermehrung an Zahlungsmitteln erfolgte zeitweilig durch Duldung von Notgeldausgabe der Gemeinden. Hier sind zwei Perioden zu unterscheiden: das unmittelbar nach Kriegsausbruch ausgegebene Notgeld von 1914 wurde kein dauernder Bestandteil des Umlaufs, sondern mit Ausnahme von Elsaß-Lothringen schon 1915 fast völlig zur Rückzahlung gebracht.[14] Eine neue Ausgabe von Notgeld wurde 1917 zugelassen, als die Auswanderung bisheriger Scheidemünzen einen Mangel an Kleingeld in Deutschland hervorgerufen hatte. Die Ausgabe von Notgeld wurde jedoch nur gestattet, wenn ein gesperrtes Guthaben bei der Reichsbank vom Emittenten bis zur Einlösung des Notgelds bereitgehalten wurde. Bis Ende November 1916 sind nach Ermittlung der Reichsbank etwa 8,5 Millionen Mark Notgeld von 357 öffentlichen und privaten Ausgabestellen ausgegeben worden.[15]

Für die Vermehrung der gesamten Umlaufsmittel ist diese Notgeldausgabe nicht von Bedeutung. Ebenfalls unerheblich ist die im Krieg erfolgte Vermehrung des Scheidemünzenumlaufs über die im Münzgesetz vorgesehenen Grenzen. Man hat es mit Ausgabe von Scheidemünzen aus Eisen, Aluminium und Zink versucht und auch kleinste Mittel nicht verschmäht, um diesen Umlauf zu schützen.[16]

Hatte sich durch die Ausgabe von Darlehnskassenscheinen, Vermehrung der Reichskassenscheine, vor allem durch Zunahme

[14] Vgl. KD. 4. Nachtrag Bd. 315, Nr. 74, S. 9.

[15] Vgl. KD. 11. Nachtrag Bd. 322, Nr. 1214, S. 174.

[16] Vgl. Reichsbankbericht 1915 S. 7 und Verordnung vom 26. 8. 1915 (RGBl. S. 541), Verordnung vom 22. 12. 1915 (RGBl. S. 844); KD. 6. Nachtrag Bd. 316, Nr. 147, S. 89, KD. 8. Nachtrag Bd. 317, Nr. 225, S. 86; vgl. ferner KD. 10. Nachtrag Bd. 320, Nr. 650, S. 153 und die dort angegebenen Bekanntmachungen vom 23. November 1916 (RGBl. S. 1301) und 15. Februar 1917 (RGBl. S. 156) betreffend die Prägung von Einpfennig- bzw. Fünfpfennigstücken aus Aluminium. Vgl. ferner KD. 11. Nachtrag Bd. 322, Nr. 1214, S. 217 und die dort wiedergegebene Bekanntmachung vom 22. März 1917 (RGBl. S. 282) betreffend die Prägung von Zehnpfennigstücken aus Zink.

Nach KD. 11. Nachtrag Nr. 1214, S. 218 war nicht nur durch die Bekanntmachung vom 10. Mai 1917 (RGBl. S. 406) die Einschmelzung von Reichssilbermünzen zu gewerblicher Verarbeitung des Silbers untersagt, sondern sogar die Verarbeitung von eisernen Scheidemünzen zu Uhrketten verboten. Hiervon wurden aber wieder Ausnahmen gemacht. (Vgl. Bekanntmachung vom 11. 5. 1917, Reichsanzeiger Nr. 116 vom 16. 5. 1917.)

des Notenumlaufs der Reichsbank und auch der Privatnotenbanken, durch Notgeld und Scheidemünzen der Umlauf an Zahlungsmitteln in Deutschland beträchtlich vermehrt, so konnten nunmehr Besorgnisse wegen zunehmender Inflation bei aufmerksamen Beobachtern nicht ausbleiben. Der Ursache der Inflation hätte man nur entgegenwirken können durch Einschränkung der Schatzscheindiskontierung bei der Reichsbank. Im Gegensatz zur Politik der Bank von England während des Kriegs ist in Deutschland nicht so verfahren worden. Dagegen suchte man nunmehr durch Propaganda für bargeldlosen Verkehr auf eine Einschränkung der Notenvermehrung hinzuwirken. Die Reichsbank und die Behörden legten größten Eifer an den Tag, um seit 1916 stärkere Ausbildung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs anzuregen.[17]

An sich liegt in der Förderung des bargeldlosen Verkehrs, insbesondere in der — seit 1923 wieder geschwundenen — Bereitwilligkeit der Behörden, Scheckzahlungen entgegenzunehmen, einer der Fälle vor, in welchen technische Fortschritte durch die Kriegsnot begünstigt und beschleunigt wurden. Vom Standpunkt des volkswirtschaftlichen Theoretikers dagegen konnte nicht übersehen werden, daß eine Inflation nicht bloß durch Notenausgabe, sondern auch dadurch herbeigeführt werden kann, daß künstliche Kaufkraft durch Verfügung über solche Bankguthaben erlangt wird, die durch Kreditgewährung begründet worden sind.

Im wesentlichen hat es sich bei den verschiedenen bisher geschilderten Maßnahmen um Bekämpfung von Symptomen, nicht etwa der Ursache der Zahlungsmittelvermehrung gehandelt. Ein naheliegender Gedanke, der vielfach erörtert wurde, war, ob es nicht durch die Diskontpolitik möglich gewesen wäre, der Inflation während der Kriegszeit entgegenzuwirken. Der Diskontsatz der Reichsbank war am 31. Juli 1914 von 4 auf 5, am 1. August

[17] Vgl. KD. 9. Nachtrag Nr. 403, S. 161 ff. und S. 165 den Abdruck des Merkblatts der Reichsbank; ferner Reichsbankbericht 1916 S. 8 und 10 über die Einführung bestätigter Schecks der Reichsbank; ferner KD. 11. Nachtrag Nr. 1214, S. 180 ff. Merkwürdigerweise wurde im Merkblatt des preußischen Kultusministeriums ausgeführt: die Reichsbank sei berechtigt, für je 100 M in Gold, das sie als Deckung in ihren Kassen bereit halte, 300 M in Banknoten auszugeben. Es komme daher auf das gleiche hinaus, ob 100 M Goldmünzen oder 300 M Papiergeld zur Reichsbank gebracht würden.

1914 auf 6 vH erhöht worden.[18] Am 23. Dezember 1914 wurde der Reichsbankdiskont auf 5 vH ermäßigt und beharrte auf diesem niedrigen Satz während des ganzen Kriegs. Es ist zweifelhaft, ob eine starke Erhöhung des deutschen Diskontsatzes beträchtliche Kapitaleinwanderung nach Deutschland während des Kriegs herbeigeführt hätte, da die Solidarität der Geldmärkte durch staatliche Eingriffe in die freie Kapitalübertragung überall beeinträchtigt war. Am inneren Markt würde ein höherer Diskontsatz vermutlich viele Personen, die sich Mittel durch wohlfeile Kreditaufnahme schaffen konnten, genötigt haben, Wertpapiere und Waren zu veräußern, es würde auch die Kreditbeschaffung für Herstellung von Kriegsbedarf und von Ersatzmitteln für solche Auslandswaren, von denen Deutschland abgesperrt war, erschwert worden sein. Vor allem aber würde der Markt für Kriegsanleihen bei Verteuerung und Erschwerung des Kredits ungünstig beeinflußt worden sein; darauf aber, den Markt für Kriegsanleihen willig zu erhalten, mußte sich begreiflicherweise die Politik der Reichsbank konzentrieren. Bemühte man sich doch auch im übrigen, durch eine Menge von Maßnahmen den Privatkredit in der Kriegszeit zu stützen, ein allgemeines Moratorium der Schuldner zu vermeiden, dabei aber in besonderen Fällen Härten zu verhindern.

Die Politik stabilen niedrigen Diskonts war gewiß nicht volkswirtschaftlich das empfehlenswerteste, wurde aber als politisch notwendig angesehen. Merkwürdigerweise hat man aber das, was die Not forderte, damals in den offiziellen Ausführungen sogar als etwas besonders Wünschenswertes verherrlicht. Es beginnt während des Kriegs ein Wiederaufleben ältester merkantilistischer Schlagworte, vor allem in der berühmten Kreislauflehre von dem Geld, welches im Lande bleibt und damit die Volkswirtschaft befruchtet. Man weist auf den flüssigen Geldstand hin, der während des Kriegs beobachtet wurde, und spricht davon, die wirtschaftliche und finanzielle Kraft Deutschlands erneuere sich aus den im Lande vorhandenen Hilfsquellen und entgehe damit der Gefahr, sich durch Zahlung an das Ausland nennenswert zu schwächen. Die Heeresverwaltung zahlte prompt in Noten oder Giroüberweisung; daraus folgte eine wesentliche

[18] Reichsbankbericht 1914, S. 18.

Verminderung der Inanspruchnahme von Bank- und Wechselkredit durch die Lieferanten.[19]

Daß hier vom theoretischen Standpunkt die bedenklichsten Verwechslungen zwischen Kapital und Geld vorlagen, braucht nicht erst ausgesprochen zu werden. Die Ausführungen, welche beflissene offiziöse Federn während des Kriegs in dem Bestreben, eine freundliche Stimmung aufrechtzuerhalten, über die Bedeutung der Flüssigkeit des Geldmarkts dem deutschen Volk boten, haben sich weniger durch Richtigkeit und Gedankentiefe ausgezeichnet, als durch wohlgemeinten Eifer; im übrigen bestätigt sich wieder der alte Satz, daß man im Krieg in frühere Wirtschaftsperioden zurückversetzt wird, und zwar in diesem Falle bis zu überwundenen Ideologien früherer Zeiten zurückgelangte.

Deutschland hatte vom Hilfsmittel des Kredits wie andere Staaten im Krieg reichlich Gebrauch gemacht und insbesondere es nicht vermieden, durch Vermehrung von Kreditzahlungsmitteln künstliche Kaufkraft zu schaffen. An sich wären die Voraussetzungen für eine erhebliche Steigerung der Warenpreise in Deutschland entsprechend der schon eingetretenen Inflation bereits im Krieg dagewesen. Die Niederhaltung der Preise durch die Zwangskriegswirtschaft und die Absperrung von überseeischer Zufuhr infolge der Blockade bewirkten jedoch, daß während des Kriegs die Inflation im Preisstand sich nicht voll auswirken konnte, sie war latent vorhanden und kam erst voll

[19] KD. 4. Nachtrag Bd. 315, Nr. 74, S. 10, 11. Im Reichsbankbericht 1915 S. 8 und in der KD. 9. Nachtrag Bd. 319, Nr. 403, S. 159 wird gerühmt, wie günstig der Kreislauf des Geldes in Deutschland wirke. »Somit verblieben namentlich auch die großen Summen, die seitens des Reichs fortgesetzt zur Auszahlung gelangten, im Inland, und der eigenartige Kreislauf flüssiger Kapitalien in Deutschland dauerte an.«

In KD. 7. Nachtrag Bd. 316, Nr. 162, S. 12 wird darauf hingewiesen, daß bei Banken und Sparkassen in Deutschland die fremden Gelder zunehmen und ein dauerndes Angebot flüssiger Geldmittel am Geldmarkt zu bemerken sei. »So vollzog sich in Verbindung mit der Umbildung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse eine eigenartige Neugestaltung unseres Kreditwesens. Während im Frieden die geschäftlichen Betriebe im größten Umfang auf den Bankkredit angewiesen waren, der dann seinerseits auf die Reichsbank zurückfiel, ist gegenwärtig an Stelle jenes Kreditbedarfs der privaten Arbeitgeber in großem Umfang der Kreditbedarf des nunmehrigen größten Arbeitgebers, des Reichs, getreten, und er wendet sich unmittelbar an die Reichsbank, während diese von der privaten Kreditversorgung entlastet wird.«

zur Geltung, als nach Kriegsende die freie Wirtschaft allmählich wieder eingeführt wurde und der dringliche Bedarf nach überseeischen Rohstoffen und Lebensmitteln eine Versorgung durch Einfuhr zu allerdings recht hohen Preisen herbeiführte. Es würde immerhin übertrieben sein, zu behaupten, daß die Vermehrung des Umlaufs an Zahlungsmitteln bei Kriegsende in Deutschland bereits so groß gewesen sei, daß alles Vertrauen auf Wiederherstellung gesunder Zustände ein völlig ungerechtfertigter Optimismus gewesen wäre.

Nach dem Reichsbankbericht 1918 betrugen am 31. Dezember 1918

die umlaufenden Noten	22 187 815 000 M
sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	13 280 398 000 M

Dem standen als wichtigste Aktivposten gegenüber:

Metallbestand	2 282 167 000 M
davon Gold	2 262 219 000 M
Reichskassenscheine und Darlehnskassenscheine	5 266 919 000 M
Noten anderer Banken	2 908 000 M
Wechsel, Schecks und diskontierte Schatzanweisungen	27 415 712 000 M

Nach der Regierungsdenkschrift 1924, S. 63, war der Anteil kaufmännischer Wechsel an dem Diskontportefeuille nur 0,3 Milliarden, der Rest entfiel auf Schatzanweisungen. Von insgesamt 55,2 Milliarden begebenen Schatzanweisungen war jedoch nur die kleinere Hälfte bei der Reichsbank, etwas mehr als die Hälfte, nämlich 28 Milliarden, außerhalb der Reichsbank untergebracht. Die Lombardforderungen der Reichsbank mit 5 637 000 M waren ganz unerheblich, da die Reichsbank in diesem Geschäftszweig durch die Darlehnskassen entlastet war. Es ist übrigens hervorzuheben, daß die starke Vermehrung des Notenumlaufs und der Giroverbindlichkeiten der Reichsbank vor allem erst in die Monate nach Abschluß des Waffenstillstands fiel. Noch am 31. Oktober 1918 hatte der Notenumlauf nur 16 661 550 000 M betragen; sonstige stets fällige Verbindlichkeiten machten 10 733 776 000 M aus.

Die Golddeckung hatte betragen	1915 vH	1916 vH	1917 vH	1918 vH
vom durchschnittlichen Notenumlauf	43,6	36,0	27,4	17,5
von Noten und fremden Geldern zusammen[20]	32,7	26,0	17,3	10,8

Die Darlehnskassen hatten Ende 1918 insgesamt an Darlehnskassenscheinen ausgegeben 15 625 500 000 M. Hiervon liefen im freien Verkehr 64,7 vH, gleich 10 109 199 795 M[21] in Abschnitten von 1 bis 50 M um. In den Beständen der Reichsbank lagen 5 263 270 205 M. Diese Darlehnskassenscheine wurden praktisch im Umlauf durch Reichsbanknoten vertreten.

Bei den Privatnotenbanken waren hinterlegt 133 030 000 M.[22] Als Deckung für die Vermehrung des Umlaufs an Reichskassenscheinen gemäß Gesetz vom 22. März 1915 waren hinterlegt 120 000 000 M.

Zu dem Umlauf der Reichsbanknoten, Privatbanknoten und Darlehnskassenscheine traten noch die Reichskassenscheine, ein wirkliches Staatspapiergeld, hinzu, und zwar mit 360 Millionen Mark, von denen 120 Millionen Mark durch hinterlegte Darlehnskassenscheine gedeckt waren. Hierzu kamen noch vorübergehend die nicht gerade beträchtlichen Beträge an Notgeld, sowie die im Kriege vorgenommene Prägung von Scheidemünzen.

[20] Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1919, S. 167.

[21] Der Darlehnskassenbericht 1918 S. 10, 11 gibt den Umlauf im freien Verkehr auf 10 109,2 Millionen Mark an, der Reichsbankbericht 1918 S. 20 auf 10 242,2 Millionen Mark. Offenbar sind hier die 133 Millionen Mark als Deckung bei Privatnotenbanken hinterlegten Darlehnskassenscheine mitgerechnet.

[22] »Um den vier noch vorhandenen Privatnotenbanken — der Sächsischen Notenbank, der Bayerischen Notenbank, der Württembergischen Notenbank und der Badischen Bank — die Möglichkeit zu geben, ihrerseits durch verstärkte Notenausgabe an der Bekämpfung der Zahlungsmittelnot mitzuwirken, hat die Reichsbank ihnen die nach dem Bankgesetz erforderliche Deckung für die Mehrausgabe an Noten in großen, nicht für den freien Verkehr bestimmten Darlehnskassenscheinen aus ihren eigenen Beständen zur Verfügung gestellt. Der Gesamtbetrag der zu diesem Zweck bei den Privatnotenbanken hinterlegten Darlehnskassenscheine war bis zum Jahresschluß auf 133,03 Millionen Mark angewachsen.« — Mitgeteilt in dem Bericht »Die Darlehnskassen des Reichs im Jahre 1918«, Berlin 1919, S. 4, dem auch die oben angegebenen Zahlen entnommen sind.

Daß jedoch die im Krieg bewirkte Prägung von Eisenmünzen, Zinkmünzen und Aluminiummünzen wirklich eine Vermehrung des Scheidemünzenumlaufs bedeutete, ist kaum zu behaupten, da viel beträchtlichere Beträge an Silbermünzen, Nickelmünzen und Kupfermünzen durch Einschmelzung oder Ausfuhr gleichzeitig aus dem Verkehr verschwunden sind.[23]

Der Kurs der Reichsmark an neutralen Märkten zeigte 1918 eine Entwertung; doch ging der Kurs im Jahresdurchschnitt 1918 noch nicht auf die Hälfte der Parität herab. Im Dezember 1918 wurden für 100 Reichsmark noch 53,375 bis 62,875 Schweizer Franken bezahlt.[24]

Im Durchschnitt des Jahres 1918 betrug der Preis für 100 Reichsmark in Zürich 74,603 Franken gegenüber einer Parität von 123,46 Franken.[25]

Nicht nur im Stand der Wechselkurse, sondern auch in der Steigerung des Nennwerts der Passiva der Banken usw. war bereits die Wirkung der Inflation zu erkennen.

Die kurzfristigen Einlagen betrugen in Millionen Mark:[26]

	1913	1918
bei Privatbanken	4 852,0	19 126,0
bei öffentlichen und nichtöffentlichen Sparkassen	19 689,0	31 760,0

Die Großhandelspreise zeigten 1918 im Durchschnitt in Deutschland eine nicht größere Steigerung als in Spanien, England und den Vereinigten Staaten; die deutsche Preissteigerung blieb 1918 gegenüber der französischen zurück.[27]

[23] Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1919, S. 164, sind bis einschließlich 1918 mehr geprägt als eingezogen worden: an Münzen aus Eisen, Zink und Aluminium 87,7 Millionen Mark.

[24] Vgl. Statistisches Jahrbuch 1919, S. 172.

[25] Vgl. Statistisches Jahrbuch 1919, S. 171.

[26] Die Ziffern sind dem in Genf veröffentlichten Memorandum des Völkerbunds »On Currency 1913—1922«, S. 128, entnommen; jedoch ist die Ziffer der Einlegerguthaben an öffentlichen und nicht öffentlichen Sparkassen für 1918 auf Grund des deutschen Statistischen Jahrbuchs 1920, S. 124, berichtigt.

[27] Nach Institut International de Statistique, Bulletin Mensuel, Mai 1923, S. 106, 107, betrug der Großhandelsindex (zurückgeführt auf die Basis 1913 =

Da die der Notenvermehrung entsprechende Preissteigerung sich bis zum Kriegsende noch nicht voll in Deutschland durchgesetzt hatte und die Vermehrung der Zahlungsmittel bis zum Kriegsende zwar bedeutend, aber nicht derart übertrieben bereits sich darstellte, daß jede Heilung unmöglich gewesen wäre, so hätte eine kluge Politik des Wiederaufbaus in Deutschland bei Kriegsende auf die Hoffnung nicht unbedingt verzichten müssen, eine Stabilisierung der Papiermark zum Nennwert der Goldmark durchzuführen. Die schlimmste Inflation ist nicht im Kriege, sondern nachher gekommen. Ob die würdigste Lösung der Schwierigkeiten — nämlich Stabilisierung der Mark unter Aufrechterhaltung des bisher stets proklamierten Grundsatzes »eine Papiermark gleich eine Goldmark« — vereitelt worden ist durch die politische Umwälzung und deren schädliche Wirkung auf den öffentlichen Kredit oder ausschließlich durch die drükkenden Bedingungen des Waffenstillstands und Friedens, ob auch unzureichende Kraft der verantwortlichen Stellen und zu geringe Widerstandsfähigkeit derselben gegenüber inflationslüsternen Sonderinteressen mitgespielt haben mag, sind Streitfragen, über die heute die Wissenschaft noch nicht entscheiden kann. Vergleicht man Ende 1918, ja selbst noch Ende 1919 die Lage anderer Zentralnotenbanken, vor allem Frankreichs, mit der deutschen, so schneidet Deutschland, wenn man die Schwierigkeiten des vorangegangenen Kriegs würdigt, nicht allzu schlecht ab.[28]

2. Die Reichsfinanzen und der Krieg

Drei Fragen drängen sich auf: 1. Was hat der Krieg Deutschland gekostet? 2. Wieweit sind die Gesamtausgaben durch Steuern, Verwaltungseinnahmen und Erwerbseinkünfte, wieweit durch Schuldaufnahme gedeckt worden? Wie stellt sich hierbei das Verhältnis zwischen fundierter und schwebender Schuld? 3. Mit welchen Schulden und sonstigen Lasten hatte das Reich am Schlusse des Kriegs zu rechnen?

100) im Jahre 1918 in Deutschland 217, in Spanien 207, in Großbritannien und Irland 226, 227, in den Vereinigten Staaten 190, 194, 196, 203, 205, 211, in Frankreich 341.

[28] Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1919, S. 27*, 1920, S. 35.

Zu 1. Die Feststellung der Kriegsausgaben Deutschlands ist kein einfaches Problem. In den Reichshaushaltsrechnungen findet sich jeweils im außerordentlichen Etat ein Posten Ausgaben »aus Anlaß des Kriegs«. Diese Summen betragen abgekürzt auf Millionen Mark:

6 935,7	1914	ohne die verbliebenen Reste
23 908,9	1915	„ „ „ „
24 739,3	1916	„ „ „ „
42 188,4	1917	„ „ „ „
33 928,4	1918	„ „ „ „
hierzu: 32 599,3	1918	verbliebene Ausgabereste
164 300,0		

Dr. Helfferich, der aus seiner Erfahrung als zeitweiliger Leiter der Reichsfinanzen schreibt, gibt für die Zeit vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1918, also für einen Zeitraum, der die drei Monate Januar bis März 1919 nicht mehr umfaßt, folgende Ziffern:[29]

Kriegsausgaben in Milliarden Mark:	Im ganzen	Im Monatsdurchschnitt
1. Kriegsjahr (1. 8. 1914 bis 31. 7. 1915) .	20,1	1,675
2. Kriegsjahr (1. 8. 1915 bis 31. 7. 1916) .	24,1	2,008
3. Kriegsjahr (1. 8. 1916 bis 31. 7. 1917) .	34,4	2,867
4. Kriegsjahr (1. 8. 1917 bis 31. 7. 1918) .	46,9	3,818
1. 8. 1918 bis 31. 12. 1918	21,8	4,358
Insgesamt (1. 8. 1914 bis 31. 12. 1918) . .	147,3	2,780

Die in der Reichshaushaltsrechnung »aus Anlaß des Kriegs« gebuchten Ausgaben enthalten etwas mehr als die durch den Krieg verursachten Ansprüche an das Budget und andererseits keineswegs alle Lasten, die durch den Krieg augenblicklich und für die Folgezeit im Budget erwuchsen. Die Ziffern enthalten mehr als die Kriegsausgaben dadurch, daß in steigendem Maße der bereits im Frieden für Heer, Marine und Kolonien jährlich entstehende ordentliche Bedarf auf das Konto Kriegsausgaben übernommen wurde. Die Ausgaben »aus Anlaß des Kriegs« ent-

[29] Vgl. *Karl Helfferich*, Das Geld, 6. Auflage, Leipzig 1923, S. 209.

halten nicht die volle durch den Krieg den Finanzen erwachsene Belastung, weil die Lasten, die den einzelnen deutschen Staaten und den Gemeinden durch den Krieg erwuchsen, nicht inbegriffen sind und ferner der Kapitalwert der durch den Krieg erwachsenen Pensionszahlungen an Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebenen, der Aufwand für Verzinsung der Kriegsschulden und die Kosten des Wiederaufbaus und der Demobilmachung, die Entschädigung, welche an Deutsche zu leisten ist, denen ihre ausländischen Guthaben weggenommen wurden, und endlich die durch den Waffenstillstand und den Friedensvertrag verursachten Lasten sowie die Einbuße durch Wegnahme der Guthaben aus Vorschüssen an die Kriegsverbündeten darin nicht enthalten sind.

Immerhin zeigt schon ein flüchtiger Blick auf die Ziffern der Haushaltsrechnungen, auch auf die Helfferichschen Ziffern, daß die Kosten von 1917 ab sich jäh gesteigert haben.[30]

Sieht man von den feineren statistisch-methodologischen Problemen ab, so ist keine sehr große Abweichung zwischen der Summe der gesamten Kriegsausgaben von 164,3 Milliarden, zu der wir auf Grund der Reichshaushaltsrechnungen 1914—1918 gelangt waren, und derjenigen Schätzung festzustellen, welche in seiner Rede vor der Nationalversammlung vom 15. Februar 1919 auf Grund einer anderen Methode der damalige Reichsfinanzminister Schiffer aufgestellt hat.

Er ging davon aus, daß bei Kriegsende rund 151,5 Milliarden durch Schuldaufnahme und andere außeretatmäßige Einnahmen (z. B. Inanspruchnahme des Kriegsschatzes) 1914—1918 beansprucht worden seien. Hierzu müßten weitere 9,5 Milliarden für

[30] *Karl Helfferich*, Der Weltkrieg Bd. I, Teil II, Berlin 1922, S. 281, sagt über die Wirkungen des sogenannten Hindenburg-Programms: »Auch unsere finanzielle Kraft wurde durch die Überspannung des Waffen- und Munitionsprogramms über Gebühr in Anspruch genommen. Die monatlichen Kriegsausgaben, die noch im August 1916 sich unter dem Betrag von 2 Milliarden Mark hielten, überschritten im Oktober 1916 bereits den Betrag von 3 Milliarden Mark. Ein Jahr später wuchsen sie über die vierte Milliarde hinaus, und im Oktober 1918 haben sie den Betrag von 4 Milliarden 800 Millionen Mark erreicht. Es ist also auch nach der Einschränkung des Hindenburg-Programms nicht mehr gelungen, den immer stärker anschwellenden Strom der Kriegsausgaben wieder einzudämmen.«

sogenannte »belegte Kredite« hinzugerechnet werden. Es handle sich um diejenigen Kredite, die zum Teil aus der Bereitstellung der Subsidien stammen, die Deutschland seinen Bundesgenossen gewährt hat, zum anderen Teil aus den Krediten, die Deutschland im Verkehr mit neutralen Ländern aufgenommen habe. Einschließlich dieser belegten Kredite gelangt Minister Schiffer zu 161 Milliarden Kriegskosten. Hierin sei jedoch die durch den Krieg erwachsene Schuldzinsenlast nicht berücksichtigt. Andererseits seien in den 161 Milliarden etwa eine Milliarde Ausgaben enthalten, die zur Deckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Haushalts Verwendung fanden.

Zu 2. Zwei Methoden sind möglich, um zu berechnen, welchen Anteil an der Deckung der Gesamtausgaben einerseits Aufnahme von Schulden, andererseits solche Einnahmen gehabt haben, die nicht eine Belastung der Zukunft, sondern lediglich der Gegenwart bedeuten. Die eine mögliche Methode ist, die Ziffern des Reichshaushalts daraufhin umzurechnen, wieviel jeweils für Friedenszwecke und für Kriegszwecke verausgabt wurde, und dem die Einnahmen ebenfalls unter Scheidung der Einnahmen in solche mit und ohne Belastung der Zukunft gegenüberzustellen. Bei dieser Methode kommen natürlich nicht die Bruttoeinnahmen von Post, Eisenbahn usw., sondern lediglich die Überschüsse der Betriebsverwaltungen neben den Steuern als ordentliche Einnahmen in Betracht. Diese Methode operiert mit dem Nettoetatprinzip. In der Tat ist unter dem Reichsfinanzminister Dr. Wirth nach dem Krieg ein sehr interessanter Versuch unternommen worden, seitens der Regierung die Ziffern der Reichshaushaltsrechnungen übersichtlich nach dem Nettoetatprinzip zu verarbeiten.

In der Denkschrift vom 29. Juli 1920,[81] die durch die Nachweise in der Denkschrift vom 9. Dezember 1920 ergänzt wurde, sind für die Jahre seit 1913 die Einnahmen des ordentlichen Haushalts einschließlich Überschuß oder Fehlbetrag der Betriebsverwaltungen — mit Abzug der Verwaltungskosten — den ordentlichen Ausgaben — nach Abzug der Verwaltungseinnahmen — gegenübergestellt. Die im Rechnungsjahr verbliebenen Reste sind weggelassen, die Ausgaben je nach dem Zweck übersichtlich grup-

[81] RT. 1. Wahlp. 1920 Nr. 254, S. ff., 31 ff.; RT. 1. Wahlp. 1920 Nr. 1134.

piert, indem z. B. auch die Aufwendungen für Militärpensionen usw., die sonst nicht unter den Heeresausgaben erscheinen, diesen zugezählt sind.

Den gesamten Nettoausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts — unter Weglassung der Ausgaben der Betriebsverwaltung — sind die Nettoeinnahmen einschließlich Überschuß oder Fehlbetrag der Betriebsverwaltungen, soweit sie nicht aus Anleihen oder schwebenden Schulden gewonnen wurden, gegenübergestellt. Würden bei dieser Methode alle Rechenfehler vermieden, so müßte sie in der Tat als recht rationell bezeichnet werden, wenn es gilt, festzustellen, welcher Prozentteil des Bedarfs durch Schulden und durch Steuern gedeckt worden ist.

Die andere mögliche Methode geht von den Bruttoziffern der Reichshaushaltsrechnung aus. Bei dieser Methode stellt man die Bruttoeinnahmen, welche ohne Belastung der Zukunft erzielt wurden, den gesamten Bruttoausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts einschließlich der Ausgaben der Betriebsverwaltungen gegenüber. Diese Methode ist vielleicht unvollkommener vom prinzipiellen Standpunkt, sie hat aber den großen Vorzug, ohne Umrechnung direkt mit dem Quellenmaterial zu arbeiten und mögliche Fehlerquellen auszuschließen, bzw. jedermann zu erlauben, auf Grund der Quellen die Berechnungen nachzuprüfen.

An sich wäre zu erwarten, daß das Abschlußresultat, die Ziffer des durch außerordentliche Deckungsmittel zu bestreitenden Gesamtbedarfs, bei beiden Methoden Übereinstimmung zeigen sollte.

Gehen wir zunächst von der Bruttoetatmethode aus.

Nach den Reichshaushaltsrechnungen und den Berichten der Reichsschuldenkommission beliefen sich — abgerundet auf Millionen Mark — die gesamten Bruttoausgaben des Reichs, die Einnahmen aus Steuern einschließlich einmaliger Abgaben, Erwerbseinkünften und Verwaltung in Bruttoziffern, der durch außerordentliche Deckungsmittel zu bestreitende Teil des Ausgabebedarfs und die jährliche Schuldzunahme auf folgende Summen:

	Bruttoausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts insgesamt	Ordentliche Einnahme brutto	Bedarf an außerordentlichen Deckungsmitteln	Schuldzunahme
1914 ohne Reste und Übertragungen	9 650,6	3 343,9	6 306,7	11 513,0
1915 ohne Reste und Übertragungen	26 689,0	2 711,5	23 977,5	22 901,2
1916 ohne Reste und Übertragungen	28 779,5	3 063,4	25 716,1	29 355,0
1917 ohne Reste und Übertragungen	53 261,3	9 076,2	44 185,1	36 092,9
1918 ohne Reste und Übertragungen	45 513,7	8 478,6	37 035,1	45 646,5
	163 894,1	26 673,6	137 220,5	145 508,6
1918 verbliebene Reste . .	33 496,4	198,4	33 298,0	
	197 390,5	26 872,0	170 518,5	
1914 übernommener Vorjahrsbestand		— 85,3		
		26 786,7		

Wie ist aber das Ergebnis bei der Nettoetatmethode?

Bei Einstellung der Ausgaben abzüglich der Verwaltungseinnahmen und der Einnahmen einschließlich Überschuß oder Fehlbetrag der Betriebsverwaltungen, soweit die Einnahmen nicht aus Anleihen oder schwebenden Schulden bestritten wurden, kommt man auf Grund der Ziffern der Wirthschen Denkschrift vom 29. Juli 1920, S. 5, zu folgenden Ergebnissen in Millionen Mark:

	Gesamtausgaben[32] netto	Nicht durch Kreditaufnahme beschaffte Gesamteinnahmen einschließlich der Überschüsse oder Fehlbeträge der Betriebsverwaltungen im ordentlichen Haushalt	Somit Bedarf an außerordentlichen Deckungsmitteln
1914	8 653,8	2 350,8	6 303,0
1915	25 708,4	1 735,2	23 973,2
1916	27 740,9	2 029,4	25 711,5
1917	52 015,4	7 830,3	44 185,1
1918	44 030,7	6 795,0	37 235,7
	158 149,2	20 740,7	137 408,5

Daß sich nach den Wirthschen Ziffern die Gesamtsumme des 1914—1918 nicht durch ordentliche Deckungsmittel bestrittenen Gesamtbedarfs auf 137 408,5 statt wie bei Bruttoprinzip auf 137 220,5 Millionen Mark stellt, ist nicht allzu überraschend, wenn wir bedenken, daß für 1918 in der Wirthschen Denkschrift das Gesamtdefizit der Betriebsverwaltungen auf 596 478 000 M berechnet war, während sich nach der Reichshaushaltsrechnung 395,8 Millionen Mark ergaben.[33] Dies würde eine Differenz von 200,6 Millionen Mark erklären, während die Verschiedenheit der Gesamtsummen nur 188 Millionen Mark beträgt.

Nach der ergänzten und revidierten Wirthschen Übersicht der Einnahmen und Ausgaben vom 9. Dezember 1920 (RT. 1. Wahlp.

[32] Hierbei sind die ordentlichen Nettoausgaben ausschließlich der Betriebsverwaltungen und sämtliche außerordentliche Ausgaben nach Abzug gegenüberstehender Einnahmen einschließlich der durch Anleihe gedeckten außerordentlichen Ausgaben der Betriebsverwaltungen mitgerechnet.

[33] Die Ergebnisse der Betriebsverwaltungen im ordentlichen Haushalt betrugen 1918 in Millionen Mark

	nach der Wirthschen Übersicht	nach der Reichshaushaltsrechnung
Post- und Telegraphenverwaltung	— 508,2	— 312,6
dazu Ausgleichsbeträge von Bayern und Württemberg	— 44,3	— 44,3
zusammen	— 552,5	— 356,9
Reichsdruckerei	+ 9,6	+ 9,0
Reichs-Eisenbahnverwaltung	— 53,5	— 48,0
Summe	— 596,4 (596,5)	— 395,9

1920, Dr. Nr. 1134), die ebenfalls nach dem Nettoetatprinzip berechnet ist, ergeben sich folgende Ziffern in Millionen Mark:

	Gesamtausgaben netto im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt ohne Betriebsverwaltungen[34]	Ordentl. Einnahmen netto einschließlich einmaliger Steuern und des Ergebnisses im ordentl. Haushalt der Betriebsverwaltungen	Mehrbetrag der Gesamtausgaben gegenüber den ordentl. Nettoeinnahmen ohne Einschluß des Anleihebedarfs für außerordentl. Ausgaben der Betriebsverwaltungen (insgesamt 81,5 Millionen Mark)	Bedarf an außerordentl. Deckungsmitteln nach S. 38 der ersten Wirthschen Denkschrift Nr. 254, errechnet auf Grund der täglichen Kassenzettel der Reichshauptkasse und der Monatsnachweise
1914 . . .	8 619,5	2 350,8	6 268,7	12 194,7
1915 . . .	25 693,8	1 735,2	23 958,6	23 621,6
1916 . . .	27 732,0	2 029,4	25 702,6	29 454,8
1917 . . .	52 002,7	7 830,3	44 172,4	42 660,6
1918 . . .	44 019,7	6 795,0	37 224,7	46 799,6
	158 067,7	20 740,7	137 327,0	154 731,3

Auch in dieser Aufstellung, mit welcher ungefähr — wenn auch nicht genau — die Berechnung in dem Buche von *H. G. Moulton* und *C. E. McGuire*, Germany's Capacity to Pay, S. 147, übereinstimmt, macht sich die abweichende Ziffer hinsichtlich des Defizits der Betriebsverwaltungen für 1918 geltend, ohne daß jedoch die Abweichung von dem nach Bruttoziffern der Reichshaushaltsrechnungen festgestellten Ergebnis restlos erklärt wäre.

Um zu verstehen, warum die Schuldaufnahme in den einzelnen Jahren und überhaupt 1914—1918 größer als die Differenz der Gesamtausgaben und der ordentlichen Deckungsmittel gewesen ist, erscheint der Hinweis auf S. 5 der zweiten Wirthschen Denkschrift vom 9. Dezember 1920 wertvoll, daß außer jenen im außerordentlichen Haushalt nachgewiesenen Ausgaben, die aus Anleihemitteln bestritten wurden, jeweils folgende Summen — rund in Millionen Mark — an *Vorschüssen für den Krieg* bereitgestellt und in den folgenden Rechnungsjahren verrechnet wurden:

[34] Hierfür wurden von mir die in der zweiten Wirthschen Denkschrift angeführten ordentlichen und die aus Anleihemitteln bestrittenen außerordentlichen Ausgaben (ohne Betriebsverwaltungen) zusammengezählt. Es fehlen also die anders als durch Anleihe gedeckten außerordentlichen Ausgaben, ferner 81,5 Millionen Mark durch Anleihen gedeckte außerordentliche Ausgaben der Betriebsverwaltungen.

1914	5624,0
1915	5436,7
1916	10136,1
1917	10610,4
1918	13221,0

Im ganzen ergibt sich bei der Berechnung nach Bruttoetatziffern, daß 1914—1918 von insgesamt 163894,1 Millionen Mark Ausgaben des Reichs durch Steuern, Erwerbseinkünfte und Verwaltungseinnahmen 26673,6 Millionen Mark gleich 16,275 vH aufgebracht wurden. Hierbei ist weder der 1918 verbliebene Ausgaberest noch der 1914 übernommene Minusbestand des ordentlichen Haushalts berücksichtigt. Unter Einrechnung dieser Posten stehen 26786,7 Millionen Mark ordentlichen Bruttoeinnahmen 197390,5 Millionen Mark Bruttoausgaben gegenüber. Der Prozentsatz der nicht durch Schulden gedeckten Ausgaben beträgt dann nur 13,57 vH. Nach den Ziffern der ersten Wirthschen Denkschrift sind von 158149,2 Millionen Mark Nettoausgaben 20740,7 anders als durch Schuldaufnahme gedeckt worden, dies sind 13,115 vH. Bei der Berechnung von 158067,7 Millionen Mark Nettoausgaben würde der entsprechende Prozentsatz 13,121 vH betragen.

Tatsächlich lassen sich aus diesen Ziffern nur schwer Folgerungen ziehen. Erstens ist ein Teil der durch den Krieg verursachten öffentlichen Ausgaben, nämlich der Aufwand der einzelnen Staaten und Gemeinden für Kriegsfürsorge, in den Reichsausgaben nicht enthalten, und der Nachweis, wie die einzelnen Staaten und Gemeinden ihre Ausgaben durch Schulden und ordentliche Einnahmen deckten, ist nicht exakt zu erbringen. Andererseits sind durch den Krieg noch Kosten der Demobilmachung und weitere sehr erhebliche Lasten für das Reich entstanden, die erst der Zukunft zur Last fallen und nach ihrem Kapitalwert bei Kriegsabschluß nicht zu schätzen sind.

Aber auch wenn genau feststehen würde, wieviel von den durch den Krieg verursachten Lasten durch Schulden und durch Steuern usw. gedeckt wurde, wäre es sehr wohlfeil, Deutschland ohne weiteres vorzuwerfen, daß es erst spät und verhältnismäßig zu einem kleinen Prozentsatz den Krieg mit Steuern finanziert habe. Denn es gibt für die Doktrin keinen Präzedenzfall der verzweifel-

ten Lage, in der ein einer riesigen Übermacht gegenüberstehendes Land in bitteren Schwierigkeiten der Versorgung und Ernährung, mit Mangel an Arbeitskräften, Rohstoffen, Betriebsmitteln, von der Zufuhr aus dem Ausland durch Blockade abgeschnitten sich durchhungert und durchkämpft.

Nach der Regierungsdenkschrift von Anfang 1924 »Material für ein Studium von Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen«, S. 14, ging die Biergewinnung in Deutschland von 1913 bis 1919 zurück von 69 200 000 auf 29 458 000 Hektoliter. Die Branntweinproduktion hatte 1912/13 betragen 3 753 000 HektoliterAlkohol, und sank 1919/20 auf 621 000 Hektoliter. Die Zuckererzeugung betrug 1913/14 2 716 000 Tonnen, dagegen 1919/20 702 000 Tonnen. Nach S. 11 derselben Denkschrift sank der Verbrauch pro Kopf für menschliche und tierische Ernährung und gewerbliche Zwecke

von Roggen	153,1 kg	(1913/14)	auf	102,9 kg	(1921/22)
„ Weizen und Spelz .	95,8 „	(1913/14)	„	78,0 „	(1921/22)
„ Gerste	108,0 „	(1913/14)	„	35,6 „	(1921/22)
„ Hafer	128,3 „	(1913/14)	„	75,3 „	(1921/22)
„ Kartoffeln	700,2 „	(1913/14)	„	339,6 „	(1921/22)

Der Verbrauch in Kilogramm auf den Kopf betrug

an Zucker	19,2 kg	(1913)	. . . . .	13,6 kg	(1920)
„ Reis	2,49 „	(1913)	. . . . .	2,07 „	(1920)
dagegen an Heringen .	2,89 „	(1913)	. . . . .	6,45 „	(1920)

Für den ungeheuern Ausfall in der Versorgung des deutschen Volks mit Milch und Fett können leider ähnlich übersichtliche Ziffern der Denkschrift nicht entnommen werden.

Mit Recht hebt Karl Helfferich [35] hervor, daß nicht bloß unter dem Gesichtspunkt »Steuern oder Schulden« die finanzielle Dek-

[35] Vgl. *Karl Helfferich*, Der Weltkrieg Bd. I, Teil II, S. 154. — Für die wichtige Frage, wieweit — wie anderwärts — auch in Deutschland es an strengster Wirtschaftlichkeit bei Vergebung von Kriegslieferungen gemangelt hat, gibt Helfferich ebenda S. 136 und 281 Material. Vgl. auch *Helfferich*, Das Geld, 6. Auflage, Leipzig 1923, S. 641. Dort wird ausgeführt, daß es vermöge einer Politik strenger Sparsamkeit und vorsichtiger Preisbemessung für die Kriegslieferungen trotz riesigen Bedarfs an Kriegswerkzeug aller Art und trotz gesteigerten Munitionsverbrauchs bis Herbst 1916 gelungen sei, die Kriegsausgaben

kungsfrage von Kriegsausgaben betrachtet werden darf, sondern daß noch wichtiger für die Beurteilung ist, ob der Kriegsbedarf ohne Inflation oder mit Inflation gedeckt wurde. Er sagt: »Steuern als Mittel zur Deckung des Kriegsbedarfs haben mit der Aufbringung durch die Ausgabe langfristiger Anleihen den Vorteil gemeinsam, daß sie lediglich bereits vorhandene Kaufkraft aus den Händen Privater in die Hände des Staates legen, daß also die Volkswirtschaft sich nicht den Gefahren der Überflutung mit neuen Zahlungsmitteln aussetzt; daß ferner der Staat vor dem Damoklesschwert der kurzfristigen Verbindlichkeiten gewaltigen Umfangs bewahrt bleibt. Vor dem Anleiheweg hat der Steuerweg den Vorteil voraus, daß er die endgültige Lösung der Deckungsfrage darstellt, während die Anleihe die Deckungsfrage für Zinsen und Tilgung auf die Zukunft schiebt.«

Dadurch, daß es in Deutschland nicht vermieden wurde, in immer steigendem Maße Kredit für Kriegszwecke durch Schaffung künstlicher Kaufkraft in Anspruch zu nehmen, wurde während des Kriegs ein scheinbares Blühen der Geschäfte, welches tatsächlich mit Substanzverlust verbunden war, dem Volke vorgetäuscht. Es muß jedoch betont werden, daß ein Substanzverlust bei jeder Finanzierungspolitik mit einem Kriege notwendig verbunden ist; ferner, daß die Aufbringung von Kriegsbedarf durch Anleihen beim Publikum, die in reichlichem Maße in Deutschland unternommen wurde, nicht etwa dadurch von der Finanzierungspolitik rücksichtsloser Steuererhöhung sich unterscheidet, daß etwa in der Volkswirtschaft die Einschränkung der Lebenshaltung und die wünschenswerte Vermehrung der Sparsamkeit nur mit rücksichtsloser Steuererhöhung zu erreichen wäre. Wer auf die Kriegsanleihen zeichnete, mußte sich entweder zur Veräußerung von Besitz entschließen, also durch sein

auf etwa zwei Milliarden Mark pro Monat stabil zu halten. »Das beschleunigte Tempo in der Papiergeldausgabe und das Zurückbleiben der Anleiheerträgnisse hinter den Kriegskosten fällt zusammen nicht nur mit den erhöhten Anforderungen des ‚Hindenburg-Programmes', sondern auch mit einer Änderung der Preispolitik der Heeresverwaltung in der Richtung, daß Lieferungen, statt zu festen Preisen, immer mehr zu Materialkosten und Löhnen zuzüglich eines Gewinnzuschlages abgeschlossen wurden. *Dieses System der Preisfestsetzung nahm den für die Kriegsbedürfnisse arbeitenden Unternehmungen jedes eigene Interesse an niedrigen Materialpreisen und Löhnen und mußte so zu einer wesentlichen Verteuerung des Kriegsmaterials führen.*«

Angebot die Preise von Waren oder Wertpapieren herunterdrücken, oder er mußte sich Beschränkungen in der Verwendung seines Einkommens auferlegen, soweit bei der herrschenden Notlage in der Versorgung des täglichen Bedarfs solche Einschränkungen in der Einkommensverwendung überhaupt möglich waren.

So verhängnisvoll die Inflation als Wirkung der deutschen Kriegsfinanzierungspolitik ist, so muß doch auch hervorgehoben werden, daß der Grad der Inflation, welcher bei Kriegsschluß erreicht war, keineswegs unheilbar war.

Zu 3. Eine Übersicht über den Schuldenstand am Schluß des Kriegs ist im Anhang III c gegeben. Die Summe der Schulden in Papiermark ist verhältnismäßig nicht schwer festzustellen. Für die Verpflichtungen in fremden Währungen, die immerhin bei Kriegsschluß nicht ganz unerheblich waren, fehlt eine übersichtliche Zusammenstellung.

Welche jährliche Lasten durch Unterstützungen und Pensionen infolge des Kriegs erwachsen, zeigen folgende dem Entwurf des Reichshaushaltsplans für 1924, Anlage XII, Kapitel 2, entnommene Ziffern:

1. Versorgungsgebührnisse für frühere Angehörige der Wehrmacht (altes Heer) . .	310 493 480	Goldmark
2. Versorgungsgebührnisse für Hinterbliebene von früheren Angehörigen des alten Heeres	480 841 250	„
3. Unterstützungen für ehemalige Angehörige der Wehrmacht und deren Hinterbliebene (früheres Heer)	1 630 000	„
5. Heilbehandlung und damit zusammenhängende Ausgaben	27 141 000	„
6. Beihilfen an kriegsbeschädigte und tropendienstbeschädigte ehemalige Militärpersonen	175 000	„
7. Zur Beseitigung von Härten bei Anwendung der Versorgungsgesetze	1 100 000	„
Summe	821 380 730	Goldmark

Es ist mir nicht möglich, den Kapitalwert dieser je nach der Lebenserwartung der Empfänger verschieden zu bewertenden Jahresleistungen, die durchweg recht bescheidene Entschädigungen darstellen, für Kriegsende ziffernmäßig zu schätzen.

Wäre nicht durch die Eingriffe der Sieger der Reichsbank ein sehr erheblicher Teil ihres Goldvorrats[36] nach Kriegsschluß entzogen worden und wäre nicht seit Waffenstillstand und Friedensschluß dem durch Gebietsabtretungen verkleinerten Deutschland die Last des Unterhalts großer Besatzungsarmeen der alliierten Staaten und eine Menge schwerster Leistungen auferlegt worden, ferner die stark polizeiliche deutsche Devisenpolitik angesichts des Vorgehens der Alliierten im besetzten Gebiet durch das sogenannte Loch im Westen erfolglos gemacht worden, Deutschland hätte nicht notwendig auf Grund der Finanz- und Währungslage, die es am Kriegsschluß aufwies, in die Zerrüttung verfallen müssen, durch die es ein Element der Beunruhigung für das Wirtschaftsleben Europas wurde.

Es folgten die Erschütterungen der öffentlichen Ordnung durch die Revolution nach Kriegsschluß, die Wirkungen, welche Besetzungen der steuerkräftigsten Gebiete durch weiße und farbige Truppen der Alliierten ausübten, Anforderungen an die deutschen Staatsfinanzen und Eingriffe ins deutsche Privateigentum, wie sie weder im Verlaufe noch nach Abschluß bisheriger Kriege in Europa seit 1815 vorgekommen waren. All dies brachte es mit sich, daß der Leitung des Reichs — auch soweit sie in fähigen Händen lag — Erfolge der auswärtigen Politik seit Friedensschluß versagt blieben. Durch fortgesetzte Demütigungen, die man hinnehmen mußte, durch Mißerfolge nach außen und finanzielle und politische Schwierigkeiten im Inneren wurde das Ansehen der Regierung so beeinträchtigt, daß eine energische Bekämpfung der Inflation, wie sie nur einer starken Regierung möglich gewesen wäre, bis zum Herbst 1923 unterblieb.

Blickt man im ganzen auf die deutsche Kriegsfinanzierung seit 1914 zurück, so ist sicher, daß sie keineswegs vollkommen war: aus den Erfahrungen ist gewiß viel vom wissenschaftlichen

[36] Vgl. Versailler Frieden Art. 259, 261. Deutschlands Vorschüsse an seine Bundesgenossen, die von den Siegern in Anspruch genommen wurden, werden von *K. Helfferich*, Der Weltkrieg Bd. I, Teil II, S. 171, auf 10 700 Millionen Mark geschätzt. Hiervon seien 3900 Millionen Mark in bar gewährt worden.

Standpunkt aus zu lernen. Lehren für die Zukunft lassen sich aus Deutschlands Geschichte 1914—1918 gewinnen, und zwar nicht nur für die Frage, wie man einen Krieg finanziert, sondern auch dafür, wie Voraussetzungen für einen dauernden Frieden der Welt geschaffen werden könnten, sobald man einmal die Zusammenhänge der Weltwirtschaft und die schwierige Lage eines zur Verzweiflung gebrachten Volkes würdigt, dessen Finanzen weit mehr noch durch die Anforderungen der Gegner nach Kriegsschluß als durch seine eigenen Kriegsaufwendungen zerrüttet wurden.[37]

[37] Literatur über Deutschlands Kriegsfinanzen:

1. *Karl Helfferich*, Der Weltkrieg, 2 Bände. Berlin 1922.
2. *Karl Helfferich*, Das Geld, 6. Aufl. Leipzig 1923.
3. *R. Kuczynski*, German taxation in the World-War. The Journal of Political Economy. Chicago, Dezember 1923, S. 763 ff.
4. Die Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden (Arbeitsstätte für sachliche Politik). S. 20 ff.: *Stahl*, Die Finanzlage des Reiches. 1920.
5. *Rud. Will*, Die schwebenden Schulden der europäischen Großstaaten. Tübingen 1921.
6. *H. G. Moulton* and *C. E. McGuire*, Germany's capacity to pay. New York 1923, S. 147 ff. und Anhang G.
7. *Ernest Ludlow Bogart*, War costs and their financing. New York und London 1921, S. 100.
8. *Gaston Jèze*, Cours de Science des finances, 6. Aufl., Dépenses publiques — Théorie générale du crédit public. Paris 1922, S. 386 ff.
9. *Schiffer*, Deutschlands Finanzlage und Steuerpolitik. Berlin 1919.
10. *W. Prion*, Inflation und Geldentwertung. Berlin 1919.

BIBLIOTEKA SZKOŁY
NAUK POLITYCZNYCH
W KRAKOWIE

BEILAGEN

ANHANG I

Material über den Schuldenstand bei Kriegsausbruch

Entsprechend dem Bericht der Reichsschuldenkommission vom 20. Mai 1915 (Verh. RT. Bd. 315, Nr. 101, S. 33, 34, 37) betrug nach dem Stand vom 31. März 1914:

a) die verzinsliche Schuld:	Nennbetrag
vierprozentige Anleiheschuld	1 083 670 300 M
dreieinhalbprozentige Anleiheschuld (einschließlich der vormals vierprozentigen)	1 975 038 200 M
dreiprozentige Anleiheschuld	1 639 189 100 M
vierprozentige Schatzanweisungen	220 000 000 M
Summe a	4 917 897 600 M
b) die unverzinsliche Schuld:	
Unverzinsliche Schatzanweisungen	284 000 000 M
Reichskassenscheine	240 000 000 M
Summe b	524 000 000 M
Dazu Summe a	4 917 897 600 M
Gesamtschuld	5 441 897 600 M

Außerdem waren am Schluß des Rechnungsjahres 1913 noch 143 500 M bereits fällige vierprozentige Schatzanweisungen des Reichs, welche noch nicht zur Einlösung eingegangen waren, in Umlauf.

Hierzu tritt die Schuld der deutschen Schutzgebiete, welche am 31. März 1914 sich auf 183 750 000 M vierprozentiger Schutzgebietsanleihe von 1908 bis 1913 belief.

Von den vierprozentigen Schatzanweisungen des Reichs waren 80 Millionen Serie I von 1912 am 1. August 1914 fällig. 60 905 000 Mark davon wurden gegen vierprozentige Schatzanweisungen

Serie I von 1914 umgetauscht, der Rest war einzulösen. (Vgl. Verh. RT. Bd. 319, Nr. 434, S. 12, 13, Bericht der Reichsschuldenkommission vom 26. Juni 1916 Anlage I.) Außerdem war bis zu Kriegsausbruch durch Emission von vierprozentigen Anleihen seit 1. April 1914 die Reichsschuld um 50 Millionen und um einen kleinen Betrag vierprozentiger durch Bareinzahlung begründeter Buchschuld, die Schutzgebietsschuld um nominell 66 200 000 M vermehrt worden. (Vgl. Verh. RT. Bd. 319, Nr. 434, S. 11, 34, 39.)

Die Anleihedenkschrift 1915 (Verh. RT. Bd. 316, Nr. 165) gibt für einen Termin kurz vor Kriegsausbruch, nämlich 30. Juni 1914, auf S. 30 ff. den Stand der verzinslichen Schuld nach dem Nennwert folgendermaßen an:

4prozentige Reichsanleihe A./O.	487 266 300 M	
4prozentige Reichsanleihe J./J.	647 915 700 M	
	1 135 182 000 M	1135,2 Millionen Mark
3½prozentige Reichsanleihe A./O. ..	552 530 300 M	
3½prozentige Reichsanleihe J./J.	1 430 113 300 M	
	1 982 643 600 M	1982,6 Millionen Mark
3prozentige Reichsanleihe A./O.	1 012 569 400 M	
3prozentige Reichsanleihe J./J.	627 680 700 M	
	1 640 250 100 M	1640,3 Millionen Mark
4prozentige Reichsschatzanw. A./O...	60 000 000 M	
4prozentige Reichsschatzanw. J./J. ..	160 000 000 M	
	220 000 000 M	220,0 Millionen Mark
		4978,1 Millionen Mark

Bis 1. August 1914 haben sich hierin noch Änderungen ergeben. Der Umlauf unverzinslicher Schatzanweisungen bei Kriegsbeginn wird in der Wirthschen Denkschrift vom 29. Juli 1920, S. 38, Anmerkung, auf 365 Millionen Mark angegeben.

ANHANG II

Material über deutsche Kriegsschulden und Nachkriegsschulden in ausländischer Währung

Über die Versuche der deutschen Regierung, während des Kriegs Kredite in ausländischen Währungen aufzunehmen, finden sich in den veröffentlichten Dokumenten folgende Angaben:

1. Bericht der Reichsschuldenkommission vom 20. Mai 1915, Verh. RT. Bd. 315, Nr. 101, S. 2:

»Ausgefertigt, aber nicht begeben sind ... 175 000 000 Dollar fünfprozentige Schatzanweisungen von 1914, Serie II bis V (ausgestellt in englischer Sprache). Der größte Teil davon, nämlich 160 Millionen Dollar, ist bereits kassiert worden.« [1]

2. Anleihedenkschrift 1915, Verh. RT. Bd. 316, Nr. 165, S. 4: »Zum Zwecke der Verwertung in den Vereinigten Staaten von Amerika sind fünfprozentige Reichsschatzanweisungen in Dollarwährung ausgefertigt worden. Nähere Mitteilungen hierüber bleiben vorbehalten.«

3. Bericht der Reichsschuldenkommission vom 26. Juni 1916 (Verh. RT. Bd. 319, Nr. 434, S. 2): »Ausgefertigt sind ... 15 000 000

[1] Der Bericht der Reichsschuldenkommission vom 26. Juni 1916 (Bd. 319, Nr. 434, S. 12) bemerkt hierzu:

»Auf Grund der Paragraphen 2 und 3 des Gesetzes vom 4. August 1914 (RGBl. S. 345) sind zufolge Anordnung des Reichskanzlers unterm 8. August 1914 folgende in englischer Sprache und auf Dollar ausgestellte 5prozentige Schatzanweisungen zu 250 000 und 125 000 Dollar, verzinslich am 1. März und 1. September, mit Zinsscheinen über die vom 1. September an laufenden Zinsen ausgefertigt und an das Reichsschatzamt abgeliefert worden:

Serie II über 25 Millionen Dollar, fällig am 1. 9. 1915
Serie III über 50 Millionen Dollar, fällig am 1. 9. 1915
Serie IV über 50 Millionen Dollar, fällig am 1. 9. 1916
Serie V über 50 Millionen Dollar, fällig am 1. 9. 1917

Diese Schatzanweisungen sind unbegeben geblieben. Sie sind in der Kaiserlichen Botschaft in Washington entwertet worden und werden an die Kontrolle der Staatspapiere zurückgeliefert werden, sobald die Verkehrsverhältnisse die Rücksendung von Amerika gestatten.«

Dollar fünfprozentige Schatzanweisungen von 1915, Serie V und VI (ausgestellt in englischer Sprache). Der Nachweis über vorstehende Beträge wird von der Reichsschuldenverwaltung später geführt werden.«

4. Bericht der Reichsschuldenkommission vom 16. Mai 1917 (Verh. RT. Bd. 323, Nr. 1264, S. 2): »Ausgefertigt sind außerdem 5 Millionen Dollar fünfprozentige Schatzanweisungen von 1916, Serie XI (ausgestellt in englischer Sprache), und 36 Millionen holländische Gulden fünfprozentige Schatzanweisungen von 1916, Serie XXII—XXVII (zur Verwertung in Holland). Der Nachweis über vorstehende Beträge wird von der Reichsschuldenverwaltung später geführt werden.«

5. Bericht der Reichsschuldenkommission vom 24. Juni 1918 (Verh. RT. Bd. 325, Nr. 1899, S. 2): »Ausgefertigt sind außerdem ... 100 257 000 holländische Gulden fünfprozentige Schatzanweisungen Serie I, II, VIII bis XI von 1917 und I bis VII von 1918 zur Verwertung in Holland. Der Nachweis über vorstehende Beträge wird von der Reichsschuldenverwaltung später geführt werden.«

(S. 11.) *Fünfprozentige Schatzanweisungen Serie VI von 1915.* »Diese Schatzanweisungen im Betrage von 5 Millionen Dollar sind gegen fünfprozentige Schatzanweisungen Serie XI von 1916 ... umgetauscht worden. Sie sind in der Kaiserlichen Botschaft in Washington entwertet worden und werden an die Kontrolle der Staatspapiere zurückgeliefert werden, sobald die Verkehrsverhältnisse die Rücksendung von Amerika gestatten.« (Vgl. oben unter 3.)

(S. 12.) *Fünfprozentige Schatzanweisungen Serie XI von 1916.* (Vgl. oben unter 4.) »An Stelle der am 1. September 1916 fällig gewordenen fünfprozentigen Schatzanweisungen Serie VI von 1915 ... sind ... zufolge Anordnung des Reichskanzlers unterm 21. August 1916 in englischer Sprache ausgestellte fünfprozentige Schatzanweisungen in Abschnitten zu 50 000, 25 000, 10 000 und 5000 Dollar, verzinslich am 1. März und 1. September, mit Zinsscheinen über die vom 1. September 1916 an laufenden Zinsen ausgefertigt und an die Deutsche Versicherungsbank 1916 zur Versendung nach den Vereinigten Staaten von Amerika abgeliefert worden. Diese Schatzanweisungen werden in Amerika für Rechnung des Reichs aufbewahrt, bis die Verkehrsverhältnisse die Rückbeförderung gestatten.«

(S. 12.) *Fünfprozentige Schatzanweisungen Serie XXII bis XXVII von 1916.* (Vgl. oben unter 4.) Es wurden an die Reichsbank abgeliefert zufolge Anordnung des Reichskanzlers unterm 18. November 1916:

Serie XXII	6 000 000	holländische	Gulden,	fällig 1. November 1918
„ XXIII	6 000 000	„	„	„ 1. Dezember 1918
„ XXIV	6 000 000	„	„	„ 1. Januar 1919
„ XXV	6 000 000	„	„	„ 1. Februar 1919
„ XXVI	6 000 000	„	„	„ 1. März 1919
„ XXVII	6 000 000	„	„	„ 1. April 1919

Die Einlösung dieser Schatzanweisungen und ihrer Zinsscheine erfolgt in Amsterdam für Rechnung der Reichsbank.

6. *Anleihedenkschrift 1917 Bd. 322, Nr. 1263, S. 9:* Auf die Anleihekredite »sind größere Beträge in Schatzanweisungen und Wechseln für Valutazwecke und zur Stellung von Sicherheiten ausgefertigt worden. Eine Begebung für Reichsrechnung hat indessen in diesen Fällen nicht stattgefunden, so daß ein näherer Nachweis hier nicht zu erfolgen hat. Über Schatzanweisungen, die zur Begebung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika bereitgestellt worden sind, kann erst näher berichtet werden, sobald nach Friedensschluß die erforderlichen Unterlagen beschafft werden können.«

7. *Bericht der Reichsschuldenkommission vom 24. November 1919 (Verh. RT. Bd. 343, Nr. 2912, S. 2).* Ausgefertigt 27 400 000 holländische Gulden fünfprozentige Schatzanweisungen, Folge X bis XIII, XV und XVI von 1918, zur Verwertung in Holland. Der Nachweis über vorstehende Beträge wird von der Reichsschuldenverwaltung später geführt werden.

(S. 15.) 100 257 000 holländische Gulden fünfprozentige Schatzanweisungen von 1917 wurden 1918 an die Reichsbank, Disconto-gesellschaft in Berlin, oder Deutsche Tabakhandelsgesellschaft von 1916 m. b. H. in Bremen abgeliefert. Die Einlösung dieser Schatzanweisungen und ihrer Zinsscheine erfolgt in Amsterdam für Rechnung der Reichsbank.

8. *Bericht der Reichsschuldenkommission vom 29. November 1920* (Verh. RT. 1. Wahlp. 1920/23, Nr. 5615, S. 2, 10).

(S. 2.) Nach Schluß des Rechnungsjahres 1918 sind inzwischen weiter ausgefertigt worden:

25 000 000 holländische Gulden sechsprozentige Schatzanweisungen, Folge X bis XIV von 1920, zur Verwertung in Holland,

20 000 000 000 M Gold unverzinsliche, auf Grund des Friedensvertrags ausgefertigte Schatzanweisungen von 1920, fällig am 1. März 1921,

40 000 000 000 M Gold tilgbare verzinsliche, auf Grund des Friedensvertrags ausgefertigte Schatzanweisungen von 1920, vom 1. Mai 1921 bis 30. April 1926 mit 2½ vH, vom 1. Mai 1926 an mit 5 vH, ebenfalls in Goldmark verzinslich.

Die Anleihedenkschrift 1922 (Dr. Nr. 5557, RT. 1. Wahlp. 1920 bis 1923, S. 2) bemerkt hierzu:

»Die zur Ausführung der Bestimmungen im § 12 c der Anlage II zu Teil VIII des Friedensvertrags auf Grund des § 20 des Gesetzes vom 31. August 1919 (RGBl. S. 1530) ausgefertigten Schuldverschreibungen über 60 Milliarden Mark Gold und die auf gleicher Grundlage ausgestellte Verpflichtung zur Ausgabe von Schuldverschreibungen über weitere 40 Milliarden Mark Gold, welche durch die in der vorjährigen Denkschrift erwähnten Schuldverschreibungen über 132 Milliarden Mark ersetzt worden sind, sind von der Reparationskommission zurückgegeben worden.«

In eben dieser Anleihedenkschrift 1922 wird auch erwähnt, daß für die rückständigen Raten der Reparationszahlungen für August und September der Reparationskommission in Dollar zahlbare und am 15. Februar und 15. März 1923 fällige Schatzanweisungen über 96 Millionen Goldmark übergeben worden seien.

9. Seit dem Versailler Frieden und dem Londoner Ultimatum sowie dem Abkommen von Spa häufen sich die deutschen Verpflichtungen in Goldmark und in fremden Währungen unheimlich. Vgl. hierüber:

Anleihedenkschrift 1922, S. 2,

Bericht der Reichsschuldenkommission vom 29. November 1920 (Dr. Nr. 5615, RT. 1. Wahlp. 1920/23, S. 2),

Bericht der Reichsschuldenkommission vom 29. März 1922 (Dr. Nr. 5665, RT. 1. Wahlp. 1920/23, S. 2).

Außerdem wurden beträchtliche Emissionen von fünfprozentigen Schatzanweisungen in holländischer Währung nachgewiesen in

Bericht der Reichsschuldenkommission vom 29. November 1920 (Dr. Nr. 5615, RT. 1. Wahlp. 1920/23, S. 10) und

Bericht der Reichsschuldenkommission vom 29. März 1922 (Dr. Nr. 5665, RT. 1. Wahlp. 1920/23, S. 7).

Ein Bild, wie sich im Frühjahr 1924 insgesamt die deutschen Reichsschulden in fremden Währungen stellen, konnte ich nicht gewinnen. Leider sind diese sehr drückenden Lasten weder in den jährlichen Übersichten der Reichsschuldenkommission über die gesamte Reichsschuld noch in den Schuldübersichten der Statistischen Jahrbücher für das Deutsche Reich mit aufgeführt, so daß der nicht anderweitig informierte Benutzer dieser Quellen über die deutsche Verschuldung sich eine viel zu günstige Meinung bildet. Einiges findet sich in der Übersicht auf S. 71 der Regierungsdenkschrift von 1924 zusammengestellt.

ANHANG III

Materialien betreffend die Entwicklung der Reichsschuld 1914 bis 1918

1. Ergebnis der neun deutschen Kriegsanleihen[2]

Übersicht der Begebungen von Kriegsanleihen einschließlich der Feld- und Überseezeichnungen

Kriegsanleihen 1	5prozentige Reichsanleihe Mark 2	5prozentige Schatzanweisungen Mark 3	4½prozentige Schatzanweisungen Mark 4	Insgesamt Nennbetrag der Begebungen Mark 5	Erlös Mark 6
I. 10. 9. bis 19. 9. 1914	3 491 861 900 A./O.	1 000 000 000 A./O.	—	4 491 861 900	4 350 965 738,60
II. 27. 2. bis 19. 3. 1915	8 330 282 800 J./J.	776 111 900 J./J.	—	9 106 394 700	8 920 906 715,65
III. 4. 9. bis 22. 9. 1915	12 161 630 100 A./O.	—	—	12 161 630 100	11 980 776 192,00
IV. 4. 3. bis 22. 3. 1916	9 194 164 100 J./J.	—	1 571 949 700 J./J.	10 766 113 800	10 502 425 352,35
V. 4. 9. bis 5. 10. 1916	9 622 404 100 A./O.	—	1 074 348 600 J./J.	10 696 752 700	10 403 931 606,80
VI. 15. 3. bis 16. 4. 1917	11 747 207 800 J./J.	—	1 849 967 000 J./J.	13 597 174 800	12 790 320 614,10
VII. 19. 9. bis 18. 10. 1917	11 304 925 100 A./O.	—	1 369 178 000 J./J.	12 674 103 100	12 252 591 024,00
VIII. 18. 3. bis 18. 4. 1918	13 532 310 100 J./J.	—	1 593 300 000 J./J.	15 125 610 100	14 635 086 523,95
IX. 23. 9. bis 23. 10. 1918	9 193 952 700 A./O.	—	1 376 020 000 J./J.	10 569 972 700	10 118 813 845,70
Besondere Begebungen	19 800 A./O.	800 000 000	1 400 000 000 J./J.	2 200 019 800	973 125 500,00
Summe I. bis IX. Kriegsanleihe	88 578 758 500	2 576 111 900	10 234 763 300	101 389 633 700	
Bei der Begebung von Schatzanweisungen, die in vorstehenden Ziffern enthalten sind, wurden im Umtausch zurückgegeben .	1 855 422 000	16 747 400	252 429 600	2 124 599 000	
Gesamtergebnis	86 723 336 500	2 559 364 500	9 982 333 700	99 265 034 700	96 928 943 113,15

[2] Vgl. *W. Lotz*, Kritische Studien über die Statistik der Kriegsanleihen; ferner Nachtrag hierzu in Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 47. Jahrgang, München und Leipzig 1924, S. 240, 241; 48. Jahrgang 1924, S. 981 ff.; insbesondere S. 985.

2. Schwebende Schuld des Deutschen Reichs aus diskontierten Schatzanweisungen, verglichen mit dem Erlös der Kriegsanleihen[3]

Monatsende	Gesamtsumme der vom Reich zur Diskontierung begebenen Schatzanweisungen in Milliarden Mark	Davon befanden sich		Notenumlauf d. Reichsbank	Kriegsanleiheerlös in Millionen Mark
		außerhalb der Reichsbank	bei der Reichsbank		
Juli 1914	0,3	—	0,3	2,9	
August »	2,1	0,2	1,9	4,2	
September »	2,7	0,4	2,3	4,5	
Oktober »	1,0	0,3	0,7	4,2	I. KA. 4 351,0
November »	1,6	0,1	1,5	4,2	
Dezember »	2,9	0,2	2,7	5,0	
Januar 1915	4,3	1,5	2,8	4,7	
Februar »	5,9	2,5	3,4	4,9	
März »	7,2	1,2	6,0	5,6	
April »	3,1	0,1	3,0	5,3	II. KA. 8 920,9
Mai »	3,8	0,4	3,4	5,3	
Juni »	5,2	0,9	4,3	5,8	
Juli »	6,7	2,5	4,2	5,5	
August »	8,2	3,8	4,4	5,6	
September »	8,6	1,8	6,8	6,2	
Oktober »	3,6	0,1	3,5	5,9	III. KA. 11 980,8
November »	4,1	0,0	4,1	6,0	
Dezember »	5,7	0,5	5,2	6,9	
Januar 1916	6,8	2,1	4,7	6,5	
Februar »	8,9	3,7	5,2	6,6	
März »	8,6	1,2	7,4	7,0	
April »	4,8	0,5	4,3	6,7	IV. KA. 10 502,4
Mai »	5,9	1,2	4,7	6,7	
Juni »	7,2	1,3	5,9	7,2	
Juli »	8,8	3,0	5,8	7,0	
August »	10,9	4,6	6,3	7,1	
September »	11,5	1,5	10,0	7,4	
Oktober »	8,3	1,2	7,1	7,3	V. KA. 10 403,9
November »	9,9	2,6	7,3	7,3	
Dezember »	12,6	3,7	8,9	8,1	

[3] Vgl. die Anfang 1924 erschienene Regierungsdenkschrift »Material für ein Studium von Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen«, S. 62, und die Übersichten in den Reichsbankberichten 1914—1919.

Monatsende	Gesamtsumme der vom Reich zur Diskontierung begebenen Schatzanweisungen in Milliarden Mark	Davon befanden sich		Notenumlauf d. Reichsbank	Kriegsanleiheerlös in Millionen Mark
		außerhalb der Reichsbank	bei der Reichsbank		
Januar 1917	15,0	7,4	7,6	7,9	
Februar »	17,7	9,2	8,5	8,1	
März »	18,7	5,6	13,1	8,6	
April »	13,8	5,6	8,2	8,3	VI. KA. 12 790,3
Mai »	15,6	6,7	8,9	8,3	
Juni »	18,3	7,8	10,5	8,7	
Juli »	21,4	10,7	10,7	8,9	
August »	24,7	13,7	11,0	9,3	
September »	26,0	10,8	15,2	10,2	
Oktober »	22,9	11,6	11,3	10,4	VII. KA. 12 252,6
November »	24,8	13,0	11,8	10,6	
Dezember »	28,6	14,4	14,2	11,5	
Januar 1918	32,5	19,9	12,6	11,1	
Februar »	35,8	23,0	12,8	11,3	
März »	33,4	17,7	15,7	12,0	
April »	31,5	18,0	13,5	11,8	VIII. KA. 14 635,1
Mai »	34,7	20,4	14,3	12,0	
Juni »	38,4	22,0	16,4	12,5	
Juli »	41,8	26,0	15,8	12,7	
August »	46,6	29,2	17,4	13,6	
September »	48,0	24,4	23,6	15,3	
Oktober »	48,2	27,7	20,5	16,7	IX. KA. 10 118,8
November »	51,2	29,3	21,9	18,6	
Dezember »	55,2	28,0	27,2	22,2	
Januar 1919	58,6	31,8	26,8	23,6	
Februar »	61,6	34,5	27,1	24,1	
März »	63,8	33,9	29,9	25,5	

Die Regierungsdenkschrift von 1924 S. 62 gibt den Gesamtumlauf der begebenen unverzinslichen Schatzanweisungen für Ende August 1918 — anscheinend infolge eines Druckfehlers — auf 46,0 statt 46,6 Milliarden Mark an.

Helfferich[4] gibt folgende Ziffern:

	Nennbetrag der Zeichnung in Millionen Mark	Ausstehende Schatzanweisungen am Ende des Zeichnungsmonats in Millionen Mark	Überschuß der Anleihezeichnungen über die ausstehenden Schatzanweisungen
1. Kriegsanleihe (Sept. 1914)	4 460	2 632	+ 1 832
2. Kriegsanleihe (März 1915)	9 060	7 209	+ 1 851
3. Kriegsanleihe (Sept. 1915)	12 101	9 691	+ 2 410
4. Kriegsanleihe (März 1916)	10 712	10 388	+ 324
5. Kriegsanleihe (Sept. 1916)	10 652	12 766	— 2 114
6. Kriegsanleihe (März 1917)	13 122	14 855	— 6 732
7. Kriegsanleihe (Sept. 1917)	12 626	27 204	— 14 578
8. Kriegsanleihe (März 1918)	15 001	38 971	— 23 970
9. Kriegsanleihe (Sept. 1918)	10 443	49 414	— 38 971

Hierzu ist zu bemerken:

1. Die Ziffern der Denkschrift von Anfang 1924 hinsichtlich der begebenen Schatzanweisungen stimmen nicht durchweg, wenn man jeweils für Ende März der Rechnungsjahre die Angaben in den Berichten der Reichsschuldenkommission damit vergleicht. Helfferichs Ziffern stimmen wiederum nicht mit den für Ende September in der Regierungsdenkschrift enthaltenen Angaben. Wie sich diese — vielleicht auf verschiedenen Berechnungsmethoden beruhenden — Verschiedenheiten erklären, ist nicht ohne weiteres zu ersehen.

2. Jedenfalls ist das übereinstimmende Ergebnis aller Zusammenstellungen, daß der Gedanke, durch den Erlös der Kriegsanleihen jeweils die aufgelaufene schwebende unverzinsliche Schuld völlig zu tilgen, nicht verwirklicht wurde.

3. Methodisch wäre die Übersicht Helfferichs, wenn die Zahlen richtig wären, die vollkommenste. Jedoch operiert er erstens mit den bei der Zeichnung erzielten Nennbeträgen, nicht den Beträgen des Erlöses der unter pari emittierten Kriegsanleihen, zweitens hält er sich nicht frei von den Fehlern der amtlichen deutschen Kriegsanleihestatistik, so daß auch die Nennbeträge nicht genau sind.

4. Nimmt man die in der Regierungsdenkschrift von 1924 mitgeteilten Angaben über das Verhältnis der außerhalb und der bei

[4] Vgl. *Karl Helfferich*, Das Geld. 6. Auflage, Leipzig 1923, S. 213.

der Reichsbank begebenen Schatzanweisungen als brauchbar an, so ist vor allem hervorzuheben, daß es mit der Zeit gelang, sehr ansehnliche Beträge, seit Herbst 1917 sogar mehr als die Hälfte der ausgegebenen Schatzanweisungen außerhalb der Reichsbank unterzubringen. Daß im übrigen der Notenumlauf der Reichsbank nicht stets so schnell stieg wie die Menge der bei ihr begebenen Schatzanweisungen, erklärt sich aus dem Anwachsen der Girogelder, welches übrigens auch eine Inflationserscheinung war.

3. Die Veränderungen im Stand der Reichsschuld nach den Berichten der Reichsschuldenkommission [5]

	Verzinsliche Schuld Mark	Unverzinsliche Schuld [6] einschließlich der Reichskassenscheine, jedoch ausschließlich der Darlehnskassenscheine Mark	Gesamtschuld Mark
31. III. 1914	4 917 897 600	524 000 000	5 441 897 600
Zunahme 1914	4 578 970 300	6 934 000 000	11 512 970 300
31. III. 1915	9 496 867 900	7 458 000 000	16 954 867 900
Zunahme 1915	20 738 212 300	2 163 000 000	22 901 212 300
31. III. 1916	30 235 080 200	9 621 000 000	39 856 080 200
Zunahme 1916	20 063 987 400	9 291 000 000	29 354 987 400
31. III. 1917	50 299 067 600	18 912 000 000	69 211 067 600
Zunahme 1917	21 616 355 500	14 476 500 000	36 092 855 500
31. III. 1918	71 915 423 100	33 388 500 000	105 303 923 100
Zunahme 1918	20 480 988 200	25 165 500 000	45 646 488 200
31. III. 1919	92 396 411 300	58 554 000 000	150 950 411 300
Zunahme 31. III. 1919 gegen 31. III. 1914	87 478 513 700	58 030 000 000	145 508 513 700

[5] Bereits an früherer Stelle wurde darauf hingewiesen, daß die im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1923, S. 357, sowie in früheren Jahrgängen der Statistischen Jahrbücher gegebenen Ziffern der unverzinslichen Schatzanweisungen sowie der Gesamtschuld Ende März 1914 und Ende März 1919 mit den Berichten der Reichsschuldenkommission, die als Quelle hier benutzt wurden, nicht ganz übereinstimmen.

[6] Nach Auskunft des deutschen *Reichsfinanzministeriums* haben auf Grund genauerer Erhebungen sich die Ziffern der schwebenden Reichsschuld (ohne Reichskassenscheine und Darlehnskassenscheine) wie folgt gestellt:

Stand der schwebenden Schuld

Tag	Auf Grund des Kassenkredits ausgefertigte Schatzanweisungen Mark	Auf Grund des Anleihekredits ausgefertigte Schatzanweisungen Mark	Gesamtbetrag Mark
31. III. 1916	1 358 000 000	7 262 310 000	8 620 310 000
31. III. 1917	1 390 000 000	17 306 702 500	18 696 702 500
30. III. 1918	2 990 000 000	30 346 277 877,74	33 336 277 877,74
31. III. 1919	5 600 000 000	58 096 105 500,24	63 696 105 500,24
demgegenüber 31. III. 1920	5 990 000 000	85 483 404 850,96	91 473 404 850,96

Diese Ziffern für Ende März 1919 stimmen mit denjenigen des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich 1923, S. 357 fast genau überein.

REGISTER

A

Akzise siehe Verbrauchssteuern
Anleihedenkschriften 31 n. 6
Ausgleichsbeiträge 5, 12, 44, 45, 72
Auslandswährung, Schulden in solcher Anhang II, 113 ff.

B

Bareinlösung der Noten suspendiert 20
Bargeldloser Zahlungsverkehr 91
Besitzsteuer 64, 71
Biersteuer siehe Verbrauchssteuern
Blockade 17, 31
Bodenwertzuwachssteuer 45, 52, 64, 71
Branntweinmonopol siehe Verbrauchssteuern
Branntweinsteuer siehe Verbrauchssteuern
Bruttobudget 101, 103

D

Darlehnskassen 19, 20, 22—25, 34 n. 9, 50, 53, 57, 90, 95
Deckung der Kosten siehe Kriegsfinanzierung
Devisenverkehr 69, 86—89
Diskontpolitik 91, 94
Druckerei 3, 5, 6, 11, 44, 57, 64, 72, 103 n. 33

E

Einfuhrbedarf 15, 16
Einfuhrerleichterungen 49
Einkommensteuer 30
Einzelstaaten 4, 5, 30
Eisenbahnen 3, 11, 44, 57, 64, 72, 103 n. 33, 109 n. 36
Erbschaftssteuer 52, 64, 71

F

Frachturkundenstempel 1916 60, 68

G

Geldverfassung 1914 13
Gemeinden 29
Gesellschaftsverträge, Besteuerung 77
Getränkesteuern siehe Verbrauchssteuern
Goldaufgeld 29, 84
Goldvorrat der Reichsbank 21, 85
Güterverkehrsbesteuerung 68, 71

H

Handelsbilanz 15
Heeresausgaben 4, 18, 30, 43, 51, 56, 62, 71
Helfferich, Staatssekretär 28 n. 1, 30 n. 4, 5, 39, 54, 55, 98 n. 29, 99 n. 30, 106 n. 35, 109 n. 36, 121 n. 4

I

Inflation 1, 23, 29, 39, 50, 61, 90—97

K

Kapitalabwanderung 82
Kleinwohnungen 63
Kohlensteuer 64, 67, 71
Kontrollgesetz 54, 62
Kriegsanleihen 28, 32—41, Anh. III 1
Kriegsausbruch, Gesetze v. 4. August 1914 19
Kriegsfinanzierung durch ordentliche bzw. außerordentliche Einnahmen 1, 27, 30, 31, 97 ff.
Kriegsgewinnsteuern 31, 54, 60, 64, 67, 70, 72, 75 ff.
Kriegsjahr 1914 12, 42—50
Kriegsjahr 1915 50—56
Kriegsjahr 1916 56—62
Kriegsjahr 1917 62—69
Kriegsjahr 1918 69 ff.
Kriegskreditbanken 20, 49, 57
Kriegskreditbewilligungen 18, 42, 51, 58, 63, 66, 70.

Kriegsschatz 25
Kriegsschuld siehe Schuld
Kriegsteilnehmer, Unterstützung der Angehörigen 47, 48
Kühn, Staatssekretär 30

M

Matrikularbeiträge 12, 45, 57
McGuire 104
Mehreinkommensteuer 1918 76
Mehrgewinnsteuer der Erwerbsgesellschaften 60, 64, 67, 76, 77
Mobilmachung, finanzielle 15 ff.
Moratorium, möglichst vermieden 20
Moulton 104

N

Nettobudget 11 n. 1, 100, 103
Notgeld 29, 90

P

Pensionslast 108
Personenverkehrsbesteuerung 68, 71
Post 3, 5, 11, 44, 57, 64, 72, 103 n. 33
Post- u. Telegraphengebühren, Steuern von 68, 71
Privateigentum 19
Privatnotenbanken 13, 95 n. 22

R

Rechenschaftsbericht 31 n. 1
Rechnungsjahr 6
Reichsbahn siehe Eisenbahnen
Reichsbank 13, 19, 20, 21, 33, 53, 55, 57, 67, 75, 82 ff.
Reichsdruckerei siehe Druckerei
Reichsfinanzhof 82
Reichshaushalt 1913 9 ff.
Reichskassenscheine 13, 25, 50
Reichspost siehe Post
Reichsschuld siehe Schuld
Rießer 15 n. 1
Roedern Graf von, Staatssekretär 30, 62 ff., 69 ff.

S

Schatzanweisungen, unverzinsliche, 19, 20, 21, 28, 61, 89, Anhang III 2, 3
Schatzanweisungen, verzinsliche, 34, 36—39, Anhang III 1, 3
Schatzwechsel, s. Schatzanweisungen
Scheidemünzen 96
Schiffer, Reichsfinanzminister 31 n. 6, 99.
Schuld 6, 28, 47, 54, 59, 61, 66, 67, 74 bis 76, 111 ff., Anhang I—III
Schuldenstand bei Kriegsausbruch 6 n. 3, 111 ff.
Schwebende Schuld siehe Schatzanweisungen
Stempelsteuern 45, 49, 52, 57, 64, 69, 71, 77
Steuerflucht 81
Stundung von Steuern 48

T

Tabaksteuererhöhung 1916 59

U

Umsatzsteuer 61, 71, 81

V

Verbrauchssteuern 31, 44, 45, 52, 57, 63, 64, 71, 77—81
Vermögensteuer 30, 76
Vermögenzuwachssteuern siehe Besitzsteuer, Kriegsgewinnsteuern

W

Wechselkurse 13, 85, 96
Wechselstempel 77
Wehrbeitrag 45, 52, 57, 72
Wilson, Präsident 69
Dr. Wirth, Reichsfinanzminister 28 n. 3, 31 n. 6, 42 n. 15, 46 n. 17, 47 n. 19, 52 n. 26, 53 n. 27, 58 n. 35, 63 n. 37, 65 n. 38, 72 n. 47, 73 n. 49, 76, 100 ff., 104 n. 34.

Z

Zahlungsbilanz 15
Zinslast 51 n. 25, 62, 69—71
Zölle 45, 49, 52, 57, 63, 71

ANHANG

PLAN DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALGESCHICHTE DES WELT-KRIEGES

I.

HERAUSGEBER UND SCHRIFTLEITUNGEN

Generalherausgeber:

Professor Dr. James T. Shotwell

BELGIEN

Professor H. Pirenne, Herausgeber

DEUTSCHLAND

Dr. Carl Melchior, Vorsitzender
Geh. Legationsrat Dr. Hermann Bücher
Geh. Regierungsrat Professor Dr. Carl Duisberg
Geh. Hofrat Professor Dr. A. Mendelssohn Bartholdy
Geh. Regierungsrat Professor Dr. Max Sering
Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio

ENGLAND

Sir William Beveridge, Vorsitzender
Professor H. W. C. Davis
F. W. Hirst, Esq.
Thomas Jones
J. M. Keynes
Professor W. R. Scott
Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio

FRANKREICH

Professor Charles Gide, Vorsitzender
Arthur Fontaine

Professor Henri Hauser
Professor Charles Rist
Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio

HOLLAND

Professor H. B. Greven, Herausgeber

ITALIEN

Senator Professor Luigi Einaudi, Vorsitzender
Professor Pasquale Jannaccone
Professor Umberto Ricci
Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio

ÖSTERREICH UND UNGARN

GEMEINSAME SCHRIFTLEITUNG

Professor Dr. James T. Shotwell, Vorsitzender

ÖSTERREICHISCHE SCHRIFTLEITUNG

† Minister a. D. Professor Dr. Friedrich Wieser, Vorsitzender
Gesandter a. D. Richard Riedl
Sektionschef Professor Dr. Richard Schüller

UNGARISCHE SCHRIFTLEITUNG

Minister a. D. Dr. Gustav Gratz

SCHRIFTLEITUNG DER ABTEILUNG ÖFFENTLICHES GESUNDHEITSWESEN

Professor Dr. Clemens Pirquet

RUMÄNIEN

David Mitrany, Herausgeber

RUSSLAND

ERSTE SERIE

† Sir Paul Vinogradoff, Herausgeber 1920—1925

SKANDINAVISCHE STAATEN

Professor Harald Westergaard (Dänemark), Vorsitzender
Professor Eli Heckscher (Schweden)
Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio

II.

VERZEICHNIS DER VERÖFFENTLICHUNGEN

Dieses Verzeichnis enthält die bereits veröffentlichten oder in Vorbereitung befindlichen Publikationen und wird von Zeit zu Zeit vermehrt, beziehungsweise geändert werden. Die Publikationen, deren Titel nachstehend angeführt werden, sind teils solche, die einen eigenen Band im Umfange von 300 bis 400 Seiten bilden, teils Monographien und Spezialstudien im Umfange von etwa 100 Seiten, die mit Abhandlungen ähnlichen Charakters zu einem Band vereinigt werden dürften. Bereits erschienene Werke sind durch ein Sternchen gekennzeichnet. Die Titel der nichtdeutschen Werke sind in enger Anlehnung an die Originaltitel übersetzt.

AMERIKANISCHE SERIE

*Einleitung in die amtlichen amerikanischen Quellen für die Wirtschafts- und soziale Geschichte des Weltkrieges, von Waldo G. Leland und Dr. Newton D. Mereness.

Industriekontrolle in den Vereinigten Staaten während der Kriegszeit, von Professor Alvin S. Johnson.

Kriegsgeschichte der amerikanischen Eisenbahnen und Transportpolitik während des Krieges, von Walker D. Hines.

Finanzgeschichte des Krieges: Einkommen, Kriegsbesteuerung usw., von Professor Thomas Sewall Adams.

Kriegskontrollmaßnahmen in den Vereinigten Staaten, von Professor Edwin F. Gay.

BELGISCHE SERIE

Belgien und der Weltkrieg, von Professor H. Pirenne.

Deportation belgischer Arbeiter und Zwangsarbeit der Zivilbevölkerung während der deutschen Besetzung Belgiens, von Fernand Passelecq.

*Die Lebensmittelversorgung Belgiens während der deutschen Besetzung, von Albert Henry.

*Die deutsche Gesetzgebung und Verwaltung in Belgien, von J. Pirenne und M. Vauthier.

*Die Arbeitslosenunterstützung in Belgien während der deutschen Besetzung, von Professor Ernest Mahaim.

Die Zerstörung der belgischen Industrie durch die Deutschen, von Graf Ch. de Kerchove.

Die Wirtschaftspolitik der belgischen Regierung während des Krieges, von Professor F. G. van Langenhove.

DEUTSCHE SERIE

Bibliographie der deutschen Schriften und Abhandlungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, von Professor Dr. A. Mendelssohn Bartholdy und Dr. Eduard Rosenbaum. Mit einem Anhang über das deutsche Reichsarchiv und seine Bestände, von Dr. Ernst Müsebeck.

Die Wirkungen des Krieges auf Verfassung und Verwaltung des Reichs und der Länder, von Professor Dr. A. Mendelssohn Bartholdy.

Die Staatsverwaltung der besetzten Gebiete:

*Belgien, von Staatsminister a. D. Professor Dr. Ludwig von Köhler;

Baltikum, von Freiherrn von Gayl;

Generalgouvernement Warschau, von Wirkl. Geh. Rat Dr. Wolfgang von Kries.

*Geistige und sittliche Wirkungen des Krieges in Deutschland:

Der sittliche Zustand des deutschen Volkes unter dem Einfluß des Krieges, von Professor Dr. Otto Baumgarten;

Die Stellung der evangelischen Kirche, von Professor Dr. Erich Foerster;

Die Stellung der katholischen Kirche, von Professor Dr. Arnold Rademacher;

Der Krieg und die Jugend, von Dr. Wilhelm Flitner.

Kriegskriminalität in Deutschland, von Geh. Justizrat Professor Dr. Moritz Liepmann.

Die geistige Haltung der deutschen Arbeiterschaft im Kriege, von Minister a. D. Dr. Eduard David.

Die deutsche Volkswirtschaft unter dem Einfluß des Krieges, von Geh. Regierungsrat Professor Dr. Max Sering.

Die Einwirkung des Krieges auf Bevölkerungsbewegung, Einkommen und Lebenshaltung in Deutschland:

Die deutsche Bevölkerungsbewegung, von Professor Dr. Rudolf Meerwarth;

Die Folgen des Krieges für das Einkommen und die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung, von Professor Dr. Adolf Günther;

Die Lage der arbeitenden Klassen in Deutschland unter dem Einfluß des Krieges, von Professor Dr. Waldemar Zimmermann.

Deutschlands Gesundheitsverhältnisse unter dem Einfluß des Krieges, von Geh. Medizinalrat Dr. F. Bumm unter Mitwirkung zahlreicher Fachgenossen.

Organisation der deutschen Kriegswirtschaft und Bewirtschaftung der Kriegsrohstoffe, von Staatssekretär a. D. Professor Dr. Heinrich Göppert und Staatssekretär a. D. Dr. A. Koeth.

Die Tätigkeit der ZEG. und das Zusammenwirken mit den Bundesgenossen, von Geh. Legationsrat Dr. Walter Frisch.

Die Bewirtschaftung der besetzten Gebiete:

Belgien und Nordfrankreich, von Professor Dr. Georg Jahn;

Rumänien und Ukraine, von Professor Dr. Fritz Karl Mann;

Baltikum, von Freiherrn von Gayl;

Generalgouvernement Warschau, von Wirkl. Geh. Rat Dr. Wolfgang von Kries.

Deutschlands Außen- und Innenhandel unter den Wirkungen des Krieges, von Professor Dr. Kurt Wiedenfeld.

Das deutsche Verkehrswesen unter den Wirkungen des Krieges:

Die deutschen Eisenbahnen im Kriege, von Eisenbahnpräsidenten Geh. Regierungsrat Dr. Sarter.

Das deutsche Schiffahrtswesen im Kriege, im Dr. Eduard Rosenbaum.

Die deutsche Industrie am Schlusse des Krieges — Interessengemeinschaften und Kartelle, von Geh. Legationsrat Dr. Hermann Bücher.

Die deutschen Gewerkschaften im Kriege, von Paul Umbreit.

Mit einem Anhang über die gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges, von Dr. Charlotte Lorenz.

Der Einfluß des Krieges auf die deutsche Sozialpolitik, von Dr. W. Dieckmann.

Die deutsche Agrarverfassung unter dem Einfluß des Krieges, von Geh. Regierungsrat Professor Dr. Max Sering.

Deutsche Kriegsernährungswirtschaft, von Professor Dr. August Skalweit.

Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland, von Professor Dr. Friedrich Aereboe.

*Die deutsche Staatsfinanzwirtschaft im Krieg, von Geheimrat Professor Dr. Walther Lotz.

Deutsches Bank- und Börsenwesen im Krieg. (Verfasser noch zu bestimmen.)

Allgemeine Lehren der Kriegsverwaltung und Kriegswirtschaft. (Verfasser noch zu bestimmen.)

ENGLISCHE SERIE

*Bibliographische Übersicht über die zeitgenössischen Quellen für die Wirtschaft- und Sozialgeschichte des Krieges, von Miß M. E. Bulkley.

*Handbuch der Archivverwaltung, mit Einschluß der Fragen der Kriegsarchive und der Archivanlage, von Hilary Jenkinson.

*Britische Archive und die Quellen für die Geschichte des Weltkrieges, von Dr. Hubert Hall.

Die Kriegsregierung von Großbritannien und Irland (mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse), von Professor W. G. S. Adams.

*Die Kriegsregierung der britischen Dominions, von Professor A. B. Keith.

*Preise und Löhne im Vereinigten Königreich 1914—1920, von Professor A. L. Bowley.

*Britische Kriegsbudgets, von F. W. Hirst und J. E. Allen.

Die Besteuerung, die Kriegseinkommen und Kriegsgewinne, von Sir Josiah C. Stamp.

Der Krieg und das Versicherungswesen, eine Reihe von Monographien:

Lebensversicherung, von S. G. Warner; Feuerversicherung, von A. E. Sich und S. Preston; Schiffahrtsversicherung, von Sir Norman Hill; Unterstützungsvereine und Gesundheitsversicherung, von Sir Alfred Watson; Arbeitslosenversicherung, von Sir William Beveridge; mit einem Anhange über die Sparkassenbewegung, von Sir William Schooling.

*Versuche staatlicher Bewirtschaftung durch das Kriegs- und das Ernährungsministerium, von E. M. H. Lloyd.

Britische Nahrungsmittelkontrolle, von Sir William Beveridge und Sir Edward C. K. Gonner.

*Die Nahrungsmittelerzeugung während des Krieges, von Sir Thomas H. Middleton.

Die Wirkung des Krieges auf die britischen Textilindustrien:

Der Wollhandel während des Krieges, von E. F. Hitchcock;

*Das Baumwollkontrollamt, von H. D. Henderson.

*Die Schiffahrtskontrolle der Alliierten, ein Versuch internationaler Verwaltung, von Sir J. Arthur Salter.

Allgemeine Geschichte der britischen Schiffahrt während des Krieges, von C. Ernest Fayle.

*Der britische Kohlenbergbau während des Krieges, von Sir R. A. S. Redmayne.

Die britische Eisen- und Stahlindustrie während des Krieges, von W. T. Layton.

Die britischen Arbeitervereinigungen und der Krieg:

*Gewerkschaftswesen und Munitionsindustrie, von G. D. H. Cole.

*Die Arbeiterschaft im Kohlenbergbau (1914—1921), von G. D. H. Cole.

*Werkstättenorganisation, von G. D. H. Cole.

*Der Arbeitsmarkt und seine Regelung, von Humbert Wolfe.

Die Wirkung des Krieges auf die Volksgesundheit:

Die gesundheitlichen Verhältnisse in England während des Krieges, von Dr. A. W. J. Macfadden;

Die Gesundheitsverhältnisse der heimgekehrten Soldaten, von Dr. E. Cunyngham Brown.

*Die Industrien des Clyde-Tales während des Krieges, von Professor W. R. Scott und J. Cunnison.

*Das ländliche Schottland während des Krieges, eine Mono-

graphienreihe, mit einer Einleitung herausgegeben von Professor W. R. Scott:

Schottische Fischerei, von D. T. Jones; Schottische Landwirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der Nahrungsmittelerzeugung, von H. M. Conacher; Die schottische landwirtschaftliche Arbeiterschaft, von J. F. Duncan; Schottische Landsiedelung, von W. R. Scott; Anhang über die Jute-Industrie in Schottland während des Krieges, von J. P. Day.

Wales im Weltkriege, von Thomas Jones.

Führer zum Studium der Kriegswirtschaft:

Verzeichnis der staatlichen Kriegswirtschaftsorganisationen, von Dr. N. B. Dearle;

Wirtschaftschronik des Krieges, von Dr. N. B. Dearle.

Die Kriegskosten Großbritanniens (Verfasser noch nicht bestimmt).

Studien zur Sozialgeschichte Englands während des Weltkrieges (Verfasser noch nicht bestimmt).

FRANZÖSISCHE SERIE

*Methodische Bibliographie der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Frankreichs während des Krieges, von Professor Camille Bloch.

Die Organisation der französischen Regierung während des Krieges:

*Die Formen der Kriegsregierung, von Konservator Pierre Renouvin.

*Das Problem des Regionalismus, von Professor Henri Hauser.

Die Verwaltungsämter während des Krieges, ihre Geschichte und Archive, von Armand Boutillier du Retail.

*Die Kontrolle der Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung, von Pierre Pinot.

*Die Landwirtschaft während des Krieges, von Michel Augé-Laribé.

Der Krieg und die französische Industrie:

*Die französische Industrie während des Krieges, von Arthur Fontaine.

Die Organisation der Kriegsindustrien, von Albert Thomas.
*Die Textilindustrie in Frankreich während des Krieges, von Professor Albert Aftalion.
Die Metallindustrien (Verfasser noch zu bestimmen).
Die chemischen Industrien, von Eugène Mauclère.
Die mineralischen Brennstoffe, von Henri de Peyerimhoff.
*Die hydro-elektrischen Kräfte, von Professor Raoul Blanchard.
Die Nutzhölzer, von General Chevalier.
Die Flugzeugindustrien, von Oberst Paul Dhé.

Der Krieg und die Arbeit (3 Bände):
Löhne, Tarife, Kollektivverträge und Streiks, von William Oualid und C. Picquenard.
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, von A. Créhange.
Der Syndikalismus, von Roger Picard.
*Arbeitskräfte aus dem Ausland und den Kolonien, von Professor B. Nogaro und Oberstleutnant Lucien Weil.
Volksgesundheit und Frauenarbeit, von Marcel Frois.

Wirtschaftliche Folgen des Krieges in den Invasionsgebieten:
Die Organisation der Arbeit in den französischen Invasionsgebieten während der Besetzung, von Pierre Boulin.
Die Lebensmittelversorgung der Invasionsgebiete, von Paul Collinet und Paul Stahl.
Die Kriegsschäden Frankreichs, von Edmond Michel und Prangey.

Flüchtlinge und Kriegsgefangene:
Die Flüchtlinge, von Pierre Caron.
Die Kriegsgefangenen in Frankreich, von Georges Cahen-Salvador.

Der Krieg und der Handel:
Frankreich und die interalliierte Wirtschaftspolitik (2 Bände), von Etienne Clémentel.
Der Krieg und der französische Handel, eine allgemeine Studie von Charles Rist.

Der Krieg und die französische Handelsflotte:
Seetransporte: die Handelsflotte, von Cangardel.
Die französischen Häfen während des Krieges, von Georges Hersent.

Der Krieg und das Transportwesen:

Politik der Eisenbahntransporte, von Marcel Peschaud.

*Die französische Binnenschiffahrt während des Krieges, von Georges Pocard de Kerviler.

Der Krieg und die französischen Finanzen:

*Die Kriegsfinanzen Frankreichs, von Professor Henri Truchy.

Der französische Geld- und Finanzmarkt während des Krieges, von Albert Aupetit.

Die Kriegskosten Frankreichs:

*Die Kriegsausgaben Frankreichs, von Professor Gaston Jèze;

Die Kriegskosten Frankreichs, von Charles Gide und Gaston Jèze.

Der Krieg und das soziale Leben:

Die Bekämpfung der Teuerung durch die privaten Organisationen, von Charles Gide und Daudé-Bancel.

Wohnungsproblem und Großstadtfragen, von Henri Sellier.

Bevölkerung und Einkommen in Frankreich, von Michel Huber.

*Die Bewegung der Preise und Löhne während des Krieges, von Lucien March.

Der Krieg und die Volksgesundheit:

Die Wahrung der Volksgesundheit während des Krieges, von Dr. Léon Bernard.

Die Kriegsverstümmelten, von Cassin und de Ville-Chabrolle.

Studien zur Lokalgeschichte (2 Bände):

Paris, von Poëte, Henri Sellier und Bruggeman.

*Lyon während des Krieges, von Edouard Herriot.

Marseille, von Paul Masson.

Rouen von G. Levainville.

*Das Wirtschaftsleben in Bordeaux während des Krieges, von Professor Paul Courteault.

Bourges, von Claude-Joseph Gignoux.

*Tours und der Krieg, eine wirtschaftliche und soziale Studie von Professor Michel Lhéritier und Minister a. D. Camille Chautemps.

Elsaß und Lothringen, von Georges Delahache.
Der Krieg und die französischen Kolonien:
Nordafrika, von Augustin Bernard.
Die französischen Kolonien während des Krieges, von Arthur Girault.

GRIECHISCHE SERIE

Wirtschaftliche und soziale Wirkungen des Krieges auf Griechenland, von Professor A. Andreades.

HOLLÄNDISCHE SERIE

*Die Kriegsfinanzen in den Niederlanden bis zum Jahre 1918, von M. J. van der Flier.
Die Kriegsfinanzen in den Niederlanden 1918—1922 und die Kriegskosten, von Professor Dr. H. W. C. Bordewyck.
Wirtschaftliche und soziale Wirkungen des Krieges auf die Niederlande:
Nahrungsmittelversorgung und Landwirtschaft, von Dr. F. E. Posthuma.
Holländische Industrie, von C. J. P. Zaalberg.
Hollands Handel und Schiffahrt, von E. P. de Monchy.
Preise, Löhne und Lebenskosten, von Professor Dr. H. W. Methorst.
Bankwesen und Währung, von Dr. G. Vissering und Dr. J. Westerman Holstyn.
Die holländischen Kolonien, von Professor Dr. J. H. Carpentier Alting und de Cock Buning.
Wohnungsproblem 1914—1922, von Dr. H. J. Romeyn.

JAPANISCHE SERIE

Einfluß des Krieges auf die Produktion von Rohmaterialien in Japan, von Mr. Kobayashi.
Einfluß des Krieges auf die japanische Industrie, von Mr. Ogawa.
Einfluß des Krieges auf den japanischen Handel, von Mr. Yamazaki.
Einfluß des Krieges auf das japanische Transportwesen, von Mr. Matsuoka.

Einfluß des Krieges auf die japanischen Finanzen und den Geldmarkt, von Mr. Ono.

Soziale Wirkungen des Krieges auf Japan, von Mr. Kobayashi.

ITALIENISCHE SERIE

Bibliographie der wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Krieges, von Professor Vincenzo Porri, mit einer Einleitung über die Sammlung und Benützung der Kriegsurkunden, von Comm. Eugenio Casanova.

*Die kriegswirtschaftliche Gesetzgebung, von Professor Alberto de Stefani.

Die landwirtschaftliche Produktion in Italien 1914—1919, von Professor Umberto Ricci.

Die bäuerlichen Klassen Italiens während des Krieges, von Professor Arrigo Serpieri.

*Nahrungsmittelversorgung und -politik in Italien, von Professor Riccardo Bachi.

Die Nahrungsmittelversorgung der italienischen Armee, von Professor Gaetano Zingali.

Kriegsfinanzen, von Professor Luigi Einaudi.

Die Kriegskosten Italiens, von Professor Luigi Einaudi.

Die Papiergeldinflation in Italien und ihre Wirkungen auf die Preise, die Einkommen und die ausländischen Wechselkurse, von Professor Pasquale Jannaccone.

Die Volksgesundheit in Italien in und nach dem Kriege, von Professor Giorgio Mortara.

Das italienische Volk in und nach dem Kriege, von Professor Gioacchino Volpe.

*Piemont und die Wirkungen des Krieges auf sein wirtschaftliches und soziales Leben, von Professor Giuseppe Prato.

JUGOSLAWISCHE SERIE

Die wirtschaftliche Lage Serbiens bei Kriegsausbruch und während des ersten Kriegsjahres, von Professor Velimir Bajkitch.

Wirtschaftliche und soziale Wirkungen des Weltkrieges auf Serbien, von Professor Dragoliub Yovanovitch.

Wirtschaftliche und soziale Wirkungen des Krieges auf Jugoslawien (Verfasser noch zu bestimmen).

ÖSTERREICHISCHE UND UNGARISCHE SERIE.

ABTEILUNG ÖSTERREICH-UNGARN

*Das Geldwesen im Kriege, vom Präsidenten der Ungarischen Nationalbank, Minister a. D., vormals Gouverneur der Österr.-ungar. Bank Dr. Alexander Popovics.

Die militärische Kriegswirtschaft; eine Reihe von Monographien unter der Leitung von Minister a. D. Professor Dr. Friedrich Wieser, den Generalen Hoen und Krauß und Oberstleutnant Glaise-Horstenau.

Die Kriegswirtschaft in den okkupierten Gebieten:
Serbien, Montenegro, Albanien, von General Hugo Kerchnawe.
Italien, von General Ludwig Leidl.
Rumänien, von Generalkonsul Felix Sobotka.
Ukraine, von General Alfred Krauß.
Polen, von Major Rudolf Mitzka.

Die Kriegskosten Österreich-Ungarns, von Präsident Dr. Friedrich Hornik.

*Die äußere Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns: »Mitteleuropäische Pläne«, von Minister a. D. Dr. Gustav Gratz und Sektionschef Professor Dr. Richard Schüller.

Die Erschöpfung und Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie, von Minister a. D. Professor Dr. Friedrich Wieser, mit einem Anhang: Die Zerreißung des österreichischen und ungarischen Wirtschaftsgebietes, von Sektionschef Professor Dr. Richard Schüller.

ABTEILUNG ÖSTERREICH

*Bibliographie der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, von Professor Dr. Othmar Spann.

Der Einfluß des Weltkrieges auf Geist und Sitte der Gesellschaft, von Bundeskanzler a. D. Dr. Ignaz Seipel.

*Österreichische Regierung und Verwaltung im Weltkriege, von Minister a. D. Professor Dr. Joseph Redlich.

Die Regelung der Industrie im Kriege, eine Reihe von Monographien unter der Leitung des Gesandten a. D. Richard Riedl.

*Die Regelung der Volksernährung im Kriege, von Staatssekretär a. D. Dr. Hans Loewenfeld-Ruß (im Druck).

*Die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Kriege, eine Reihe von Monographien unter der Leitung von Staatssekretär a. D., Abgeordneten Ferdinand Hanusch (im Druck).

Die österreichischen Eisenbahnen im Kriege, von Sektionschef Ing. Bruno Enderes.

*Die Kohlenversorgung in Österreich während des Krieges, von Minister a. D. Ing. Emil Homann-Herimberg.

Krieg und Kriminalität, von Professor Dr. Franz Exner.

ABTEILUNG UNGARN

Die Geschichte der Kriegswirtschaft Ungarns, ein allgemeiner Überblick, von Minister a. D. Dr. Gustav Gratz.

Die Wirkungen des Krieges auf die Staatsverwaltung und die öffentliche Meinung in Ungarn, von Minister a. D. Graf Albert Apponyi.

Die Industrie Ungarns während des Krieges, von Minister a. D. Baron Joseph Szterényi.

Der Handel Ungarns während des Krieges, von Staatssekretär a. D. Dr. Alexander von Matlekovits.

Die Finanzwirtschaft Ungarns während des Krieges, von Minister a. D. Dr. Johann von Teleszky.

Die landwirtschaftliche Produktion Ungarns während des Krieges, von Generalsekretär Dr. Karl von Muschenbacher; die Regelung der Volksernährung in Ungarn, von Professor Johann Bud.

Die sozialen Verhältnisse in Ungarn während des Krieges, von stellv. Staatssekretär Dr. Desiderius Pap.

ABTEILUNG FÜR VOLKSGESUNDHEIT IN ÖSTERREICH UND UNGARN

Allgemeine Übersicht, von Professor Dr. Clemens Pirquet.

*Studien über Volksgesundheit und Krieg; eine Reihe von Monographien, verfaßt von den Doktoren K. Biehl, J. Bokay, B.

Breitner, C. Economo, A. Edelmann, A. Eiselsberg, H. Elias, E. Finger, C. Helly, J. Hockauf, A. Juba, K. Kassowitz, C. Kirchenberger, J. Kyrle, E. Lazar, E. Mayerhofer, A. Müller-Deham, E. Nobel, Cl. Pirquet, E. Přibram, W. Raschofsky, F. Reischel, G. Schacherl, B. Schick, J. Steiner, R. Wagner, unter der Leitung von Professor Dr. Clemens Pirquet (im Druck).

RUMÄNISCHE SERIE

Die agrarische Umwälzung in Rumänien und Südosteuropa, von D. Mitrany.

Die Wirkung der feindlichen Besetzung Rumäniens, von Dr. G. Antipa.

Die Wirkung des Krieges auf die Volksgesundheit in Rumänien, von Professor J. Cantacuzino.

Die Wirkung des Krieges auf das wirtschaftliche Leben Rumäniens (Verfasser noch zu bestimmen).

Rumänische Kriegsfinanzen, von Vintila Bratianu.

ERSTE RUSSISCHE SERIE

(bis zur bolschewistischen Revolution)

Die Wirkungen des Krieges auf die Regierung und die Staatsfinanzen Rußlands:

- Die Wirkungen des Krieges auf die Zentralregierung, von Professor Paul P. Gronsky.
- Die Staatsfinanzen während des Krieges, von Alexander M. Michelson.
- Der russische Staatskredit während des Krieges, von Paul N. Apostol.

Die Wirkungen des Krieges auf die Währung und das Bankwesen Rußlands:

- Die Währung Rußlands während des Krieges, von Professor Michel B. Bernadsky.

Die Gemeinden und Semstwos während des Krieges:

- Die Semstwos in Frieden und Krieg, von Fürst I. Lvoff.
- Die Wirkung des Krieges auf die russischen Kommunen und die allrussische Städteunion, von N. I. Astroff.
- Die Semstwos, die allrussische Union der Semstwos und die

»Zemgor«, von Fürst Vladimir A. Obolensky und Sergius P. Turin.

Der Krieg und die geistige Verfassung der Semstwos-Arbeiter, von Isaak V. Shklovsky.

Die Wirkungen des Krieges auf die genossenschaftliche Bewegung in Rußland:

Die Wirkung des Krieges auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften und das genossenschaftliche Kreditwesen, von Professor A. N. Anziferoff.

Die russische Armee im Weltkriege, eine sozialhistorische Studie von General Nikolaus N. Golovine.

Die Agrarpolitik Rußlands und der Krieg, von Professor A. N. Anziferoff, Professor Alexander D. Bilimovitsch und M. O. Batscheff.

Die Wirkung des Krieges auf Landbesitz und Siedlung in Rußland, von Professor Alexander D. Bilimovitsch und Professor V. A. Kossinsky.

Die Nahrungsmittelversorgung Rußlands während des Krieges, von Professor Peter B. Struve.

Die staatliche Kontrolle der russischen Industrie während des Krieges, von Simon O. Zagorsky.

Die Wirkungen des Krieges auf die russischen Industrien:

Kohlenbergbau, von Boris N. Sokoloff.

Chemische Industrie, von Mark A. Landau.

Flachs- und Wollindustrie, von Sergius N. Tretiakoff.

Petroleumindustrie, von Alexander M. Michelson.

Die Wirkungen des Krieges auf die Arbeits- und Industrie-Verhältnisse:

Die Löhne während des Krieges, von Anna G. Eisenstadt.

Die Änderungen der Lage und der Zusammensetzung der arbeitenden Klassen, von W. T. Braithwaite.

Die Wirkungen des Krieges auf Handel und Verkehr:

Der russische Binnenhandel während des Krieges, von Paul A. Buryschkin.

Rußland und der Wirtschaftskrieg, von Professor Boris E. Nolde.

Die Wirkungen des Krieges auf die Transportverhältnisse Rußlands, von Michael B. Braikevitsch.

Die Wirkungen des Krieges auf Erziehung und Volksgesundheit in Rußland:

Die Elementar- und Sekundärschulen während des Krieges, von Professor D. M. Odinietz.

Die Universitäten und akademischen Einrichtungen während des Krieges, von Professor P. J. Novgorodzoff.

Sozialgeschichte der Ukraine während des Krieges, von Nikolaus M. Mogilansky.

Die Bevölkerungsstatistik Rußlands während des Krieges, von Stanislas S. Kohn.

Rußland im Weltkrieg, eine historische Synthese (Verfasser noch zu bestimmen).

SKANDINAVISCHE SERIE

Die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges auf Schweden, eine Reihe von Studien unter der Leitung von Professor Eli F. Heckscher:

Leben und Arbeit des schwedischen Volkes, allgemeine Einleitung von Professor Eli F. Heckscher.

Die schwedische Landwirtschaft und Nahrungsmittelversorgung, von Carl Mannerfelt.

Die schwedische Industrie, von Olof Edström.

Die arbeitenden Klassen, von Otto Järte.

Die Wirkung des Krieges auf Schwedens Finanzen und Handel:

Währung und Finanzen, von Professor Eli F. Heckscher.

Der schwedische Handel, von Kurt Bergendal.

Norwegen und der Weltkrieg, von Dr. Wilhelm Keilhau.

Die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges auf Dänemark, von Dr. Einar Cohn; mit einer Abteilung über Island, von Thorstein Thorsteinsson.

TSCHECHOSLOWAKISCHE SERIE

*Die Finanzpolitik der Tschechoslowakei während des ersten Jahres ihrer Geschichte, von Dr. A. Rašin.

Die Wirkung des Krieges auf das tschechoslowakische Volk, eine Reihe von Studien unter der Leitung des Präsidenten Dr. Th. G. Masaryk.

III.

VERLEGER

Die Herausgabe der Monographien geschieht unter der Oberleitung der Yale University Press im Verein mit den Verlegern in den einzelnen Ländern. Jedes erscheinende Werk kann nicht nur durch den Verleger des Landes, in welchem das Werk erscheint, sondern auch durch den Verleger jedes anderen Landes bezogen werden.

Nachstehend mit den Originaltiteln angeführte Bände sind erschienen oder werden demnächst erscheinen:

AMERIKANISCHE SERIE

Introduction to the American Official Sources for the Economic and Social History of the World War, by Waldo G. Leland and Newton D. Mereneß. 1926.

BELGISCHE SERIE

Le Ravitaillement de la Belgique pendant l'occupation allemande, par Albert Henry. 1924.

La Législation et l'administration allemandes en Belgique, par J. Pirenne et M. Vauthier. 1925.

Le Secours-Chômage en Belgique pendant l'occupation allemande, par M. Ernest Mahaim.

ENGLISCHE SERIE

Allied Shipping Control; an Experiment in International Administration, by J. A. Salter. 1921.

War Government of the British Dominions, by Arthur Berriedale Keith. 1921.

Prices and Wages in the United Kingdom, 1914—1920, by Arthur L. Bowley. 1921.

A Manual of Archive Administration, including the Problems of War Archives and Archive Making, by Hilary Jenkinson. 1922.

The Cotton Control Board, by Hubert D. Henderson. 1922.

Bibliographical Survey of Contemporary Sources for the Economic and Social History of the War, by M. E. Bulkley. 1922.

Labour Supply and Regulation, by Humbert Wolfe. 1923.
The British Coal-Mining Industry during the War, by Sir Richard A. S. Redmayne. 1923.
Food Production in War, by Sir Thomas Hudson Middleton. 1923.
Workshop Organization, by G. D. H. Cole. 1923.
Trade Unionism and Munitions, by G. D. H. Cole. 1923.
Labour in the Coal-Mining Industry, 1914—1921, by G. D. H. Cole. 1923.
Experiments in State Control at the War Office and the Ministry of Food, by E. M. H. Lloyd. 1924.
The Industries of the Clyde Valley during the War, by W. R. Scott and J. Cunnison. 1924.
British Archives and the Sources for the History of the World War, by Hubert Hall. 1925.
Rural Scotland during the War; a series of studies under the direction of Professor W. R. Scott. 1926.
British War Budgets, by F. W. Hirst and J. E. Allen. 1926.

FRANZÖSISCHE SERIE

Bibliographie méthodique de l'histoire économique et sociale de la France pendant la guerre, par Camille Bloch. 1925.
Le Problème du régionalisme, par Henri Hauser. 1924.
L'Industrie textile en France pendant la guerre, par Albert Aftalion.
Les Forces hydro-électriques pendant la guerre, par Raoul Blanchard.
L'Industrie française pendant la guerre, par Arthur Fontaine.
Lyon pendant la guerre, par Edouard Herriot.
L'Agriculture pendant la guerre, par Michel Augé-Laribé.
Le Contrôle du ravitaillement de la population civile, par Pierre Pinot.
La Vie économique à Bordeaux pendant la guerre, par Paul Courteault. 1925.
Les Formes du gouvernement de guerre, par Pierre Renouvin. 1925.
Mouvement des prix et des salaires pendant la guerre, par Lucien March. 1925.

La Main-d'œuvre étrangère et coloniale pendant la guerre, par le professeur B. Nogaro et le lieutenant-colonel Lucien Weil. 1926.

Tours et la guerre, étude économique et sociale, par Michel Lhéritier et Camille Chautemps. 1926.

Les Dépenses de guerre de la France, par Gaston Jèze. 1926.

Les Finances de guerre de la France, par Henri Truchy. 1926.

La Navigation intérieure en France pendant la guerre, par G. Pocard de Kerviler.

HOLLÄNDISCHE SERIE

(Englisch)

War Finances in the Netherlands up to 1918, by M. J. van der Flier. 1923.

ITALIENISCHE SERIE

Giuseppe Prato: Il Piemonte e gli effetti della guerra sulla sua vita economica es sociale. 1925.

Alberto de Stefani: La legislazione economica della guerra. 1926.

Riccardo Bachi: L'alimentazione e la politica annonaria in Italia. 1926.

ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHE SERIE

Bibliographie der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, von Professor Dr. Othmar Spann. 1923.

Das Geldwesen im Kriege, von Dr. Alexander Popovics. 1925.

Die Kohlenversorgung in Österreich während des Krieges, von Minister a. D. Ing. Emil Homann-Herimberg. 1925.

Österreichische Regierung und Verwaltung im Weltkriege, von Minister a. D. Professor Dr. Joseph Redlich. 1925.

Die äußere Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns: »Mitteleuropäische Pläne«, von Minister a. D. Dr. Gustav Gratz und Sektionschef Professor Dr. Richard Schüller. 1925.

Studien über Volksgesundheit und Krieg; eine Reihe von Monographien unter der Leitung von Professor Dr. Clemens Pirquet.

Die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Kriege, eine Reihe von

Monographien unter der Leitung von Staatssekretär a. D., Abgeordneten Ferdinand Hanusch.

Die Regelung der Volksernährung im Kriege, von Staatssekretär a. D. Dr. Hans Loewenfeld-Ruß.

TSCHECHOSLOVAKISCHE SERIE

(Englisch)

Financial Policy of Czecho-Slovakia during the First Year of its History, by Dr. Alois Rašin. 1923.

VERLEGER UND VERTRIEBSSTELLEN IN DEN EINZELNEN LÄNDERN

Amerika . . . . . Yale University Press, New Haven, Connecticut.

Österreich und Ungarn . Hölder-Pichler-Tempsky A.-G., Wien IV, Johann-Strauß-Gasse 6.

Frankreich . . . . . Les Presses Universitaires de France, 49 Boulevard Saint-Michel, Paris.

Deutschland . . . . . Deutsche Verlags-Anstalt, Berlin und Stuttgart.

Großbritannien . . . . . Oxford University Press, Amen House, Warwick Square, London E. C. 4.

Italien . . . . . Casa Editrice Gius. Laterza e figli, Bari.

Anfragen bezüglich Inhalt und Preis der einzelnen Bände können sowohl an den Verleger des betreffenden Landes als auch an den Verleger des Landes, in dem sich der Anfragesteller befindet, gerichtet werden.

BIBL[illegible] K[illegible] KOLY
NAUK P[illegible] [illegible]CH
W KRAKOWIE